



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 5. Sitzung - endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 22. September 2022, 12.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Einzigiger Tagesordnungspunkt	Seite
Öffentliche Anhörung von Sachverständigen zum Thema Lage in Afghanistan zum Zeitpunkt des Doha-Abkommens (Beweisbeschluss SV-1)	9
Anwesenheitsliste	3

* Hinweis:

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigefügt.
Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem * gekennzeichnet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Seite

Panel 1: Zivilgesellschaft und Stabilität der Institutionen **9**

Hans-Hermann Dube

Ehemaliger Regionalleiter GTZ/GIZ

Dr. Katja Mielke

Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH

Sandra Petersmann

Deutsche Welle

Mariam Safi

Organization for Policy Research and Development Studies (DROPS)

Dr. Conrad Schetter

Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH

Dr. Ellinor Zeino

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Panel 2: Beurteilung der Sicherheitslage und militärischen Lage **62**

Hans-Lothar Domröse

General a. D.

Fatima Gailani

Afghanische Politikerin

Hosna Jalil

Afghanische Politikerin

Dr. Markus Kaim

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Franz Marty

Freier Journalist

Prof. Dr. Daniel Zerbin

Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.10 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 5. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode.

Ich stelle fest, die Öffentlichkeit ist hergestellt, und ich darf an dieser Stelle die Öffentlichkeit und die Pressevertreter ganz herzlich begrüßen. Dass es keine Ton- und Bildaufnahmen geben darf, wissen, glaube ich, alle Beteiligten. Ich weise aber ausdrücklich noch mal darauf hin. Diese Aufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig.

Wegen des besonderen öffentlichen Interesses hat der Ausschuss nach § 13 Absatz 1 des Untersuchungsausschussgesetzes beschlossen, von der heutigen Sitzung ausnahmsweise eine Fernsehaufzeichnung durch das Parlamentsfernsehen fertigen zu lassen. Diese Sitzung wird im Parlamentsfernsehen übertragen und in der Mediathek des Deutschen Bundestages dauerhaft abrufbar sein.

Ebenfalls beschlossen wurde die Zulassung eines Fotografen des Öffentlichkeitsreferats des Deutschen Bundestages. Das betrifft immer die, die in der ersten Reihe sitzen.

Sonstige Bild-, Ton- oder Filmaufzeichnungen sind nicht zulässig. Entsprechende Geräte sind bitte abzuschalten. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Deutschen Bundestages nicht nur einen dauernden Ausschluss von den Sitzungen des Ausschusses, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen. Das ist sicherlich nicht erforderlich. Ich muss das der Vollständigkeit halber hier vortragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe den **einzigsten Punkt der Tagesordnung** der heutigen 5. Sitzung des Untersuchungsausschusses auf:

Öffentliche Anhörung von Sachverständigen zum Thema

Lage in Afghanistan zum Zeitpunkt des Doha-Abkommens

(Beweisbeschluss SV-1)

Danach wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag Bundestagsdrucksache 20/2352.

Diese Anhörung findet ausschließlich öffentlich statt.

Der Ausschuss hat die heutige Sachverständigenanhörung in zwei Panels unterteilt, die nacheinander stattfinden werden. Das erste Panel wird sich mit dem Thema „Zivilgesellschaft und Stabilität der Institutionen“ beschäftigen, das zweite Panel im Anschluss mit der „Beurteilung der Sicherheitslage und der militärischen Lage“.

Wir werden die Anhörung heute leider unterbrechen müssen; dafür bitte ich insbesondere unsere Gäste um Verständnis. Das sind die Gepflogenheiten des Parlaments. Zum einen stehen namentliche Abstimmungen und Wahlen zu Gremien an - da besteht Teilnahmepflicht -, und zum anderen hat der Ausschuss eine Unterbrechung der Sitzung beschlossen, um den Mitgliedern die Teilnahme an der Plenardebatte zum Thema „Unterstützung der Ukraine mit schweren Waffen“ zu ermöglichen. Diese Unterbrechungen erfolgen voraussichtlich um 14.20 Uhr, 16.35 Uhr und 18.05 Uhr.

Wir haben ebenfalls geplant, dass die Mitglieder des Ausschusses bereits nach dem Abschluss des ersten Panels den Pressevertretern für Statements zur Verfügung stehen. Das hängt auch damit zusammen, dass wir die Öffentlichkeit natürlich möglichst gut informieren wollen. Das gilt dann auch für den Abschluss des zweiten Panels, falls die Medien denn nach Sonnenuntergang anwesend sind, wenn wir das irgendwann heute Abend abschließen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf nun die Sachverständigen des ersten Panels „Zivilgesellschaft und Stabilität der Institutionen“ in alphabetischer Reihenfolge vorstellen



Nur zur dienstlichen Verwendung

und alle wirklich sehr herzlich begrüßen. Wir sind Ihnen sehr dankbar dafür, dass Sie da sind und uns Ihre Expertise zur Verfügung stellen.

Ich begrüße Herrn Hans-Hermann Dube, den ehemaligen Direktor der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit und zuständigen Regionalleiter der GIZ International Services in Afghanistan. Herzlich willkommen!

Ich begrüße Frau Dr. Katja Mielke, Wissenschaftlerin am Bonn International Centre for Conflict Studies mit Schwerpunkten in Friedensprozessen und -verhandlungen. Herzlich willkommen auch Ihnen!

Ich begrüße Frau Sandra Petersmann, Auslandskorrespondentin für die ARD und die Deutsche Welle mit Schwerpunkt Krisengebiete, darunter auch Afghanistan. Auch Sie sind uns herzlich willkommen.

Ich begrüße Frau Mariam Safi von der Organisation for Policy Research and Development Studies. Ich begrüße auch Sie ganz herzlich.

Und ich begrüße Herrn Professor Conrad Schetter, Friedens- und Konfliktforscher und derzeitiger Direktor für Forschung des Bonn International Centre for Conflict Studies. Herzlich willkommen auch Ihnen!

Last, but not least begrüße ich Frau Dr. Ellinor Zeino, ehemalige Leiterin des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. in Kabul und nunmehr Leiterin des Regionalprogramms Südwestasiens der Konrad-Adenauer-Stiftung. Herzlich willkommen auch Ihnen!

Sehr geehrte Damen und Herren Sachverständige, neben dem Dank, dass Sie meiner Einladung gefolgt sind und dem Ausschuss zur Verfügung stehen, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass die Bundestagsverwaltung nicht nur eine Videoliveübertragung, sondern auch eine Tonaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird dann nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie zum Prozedere noch Fragen? - Das sehe ich nicht.

Sie haben die Gelegenheit erhalten, ein schriftliches Gutachten einzureichen. Soweit Sie davon Gebrauch gemacht haben, bedanke ich mich herzlich bei Ihnen dafür und verweise darauf, dass das Gutachten auf der Webseite des Ausschusses veröffentlicht wird.

Wir müssen noch die Gelegenheit nutzen, uns von den Pressevertretern, die hier mit der Kamera unterwegs sind, zu verabschieden, nachdem sie die freundlichen Auftaktbilder gemacht haben. Herzlichen Dank! Das waren jetzt noch keine Staatsgeheimnisse; insofern ist das, glaube ich, in Ordnung gewesen.

Dann habe ich Sie als Sachverständige, meine Damen und Herren, noch über die Pflichten zu belehren. Sie sind als Sachverständige geladen worden und sind als solche verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihr Gutachten ist unparteiisch und nach bestem Wissen und Gewissen zu erstatten.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen: Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit einer Geldstrafe bestraft werden. Nach § 28 in Verbindung mit § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren. - Sie verstehen, dass ich das vorlesen muss. Das ist wie beim Notar.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich nehme an, dass Sie dazu keine Fragen haben. Wenn doch, hätten Sie jetzt die Gelegenheit. Die Kollegen werden sich daran gewöhnen müssen, dass wir das jetzt jedes Mal vortragen, wenn wir Zeugen haben. Irgendwann werde ich es auswendig können, hoffe ich. Momentan ist das noch nicht der Fall.

Ich würde Ihnen jetzt gern nach den notwendigen Vorbemerkungen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Zu Beginn haben Sie nach § 28 in Verbindung mit § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Die Reihenfolge richtet sich nach dem Alphabet; dem entspricht auch Ihre Sitzordnung. Ich bitte Sie, sich bei Ihren Einführungsstatements an einen Zeitrahmen von maximal zehn Minuten zu halten. Bei den fremdsprachigen Sachverständigen haben wir uns auf zusätzliche drei Minuten wegen der Übersetzung verständigt.

Direkt im Anschluss an das Statement haben die Mitglieder des Ausschusses die Möglichkeit, eventuell aufgekommene Verständnisfragen gleich mit Ihnen zu klären. Ich weise darauf hin, dass es sich da ausschließlich um Verständnisfragen handeln soll und dass es keine allgemeine Fragerunde ist.

Nachdem alle Sachverständigen ihre Eingangsstatements erstattet haben und die Verständnisfragen geklärt worden sind, werden wir in die Befragung durch die Mitglieder des Ausschusses einsteigen.

Der Ausschuss hat sich für die Fragerunde darauf verständigt, dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden sowie jeder Fraktion jeweils einen Zeitraum von fünf Minuten für Frage und Antwort einzuräumen. „Frage und Antwort“ meint, dass die Fragen möglichst kurz sind, sodass Sie Gelegenheit haben, ausführlich zu antworten. Ich würde als Vorsitzender beginnen, dann das Wort an den stellvertretenden Vorsitzenden und darauf den Fraktionen erteilen. Der oder die Fragende wird dabei jeweils zu Beginn der Frage ankündigen, an welchen Sachverständigen oder Sachverständige sich die Frage richtet.

Am Ende werden Sie, sehr geehrte Damen und Herren Sachverständige, noch Gelegenheit haben, Ihre Auffassung in einem abschließenden Statement prägnant zusammenzufassen; dafür haben Sie etwa vier Minuten Zeit. Das soll auch die subjektive Unwucht ausgleichen, die durch die Fragestellung ja auch ausgelöst wird, sodass Sie noch mal abschließend Stellung nehmen können.

Haben Sie Fragen zum Ablauf? - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich die Sachverständigen um ihre Eingangsstatements bitten. Wir machen das mit der Zeit hier so diskret, dass wir sehen, wie der Ablauf ist, und gehen davon aus, dass Sie mit den Zeiträumen klarkommen.

Wir beginnen mit Hans-Hermann Dube. - Herr Dube, Sie haben jetzt Gelegenheit für Ihre einführenden Worte.

Sachverständiger Hans-Hermann Dube: Herr Vorsitzender! Verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Ich habe schon vor zwei, drei Wochen ein schriftliches Gutachten abgegeben, wie die anderen auch. Aber ich glaube, wir unterscheiden uns so ein bisschen dadurch, dass ich angefangen habe mit einem Fließtext zu der Gesamtsituation, den Sie vorliegen haben.

Ich würde jetzt eigentlich eingehen wollen auf die speziellen Fragen. Damit das nicht so kompliziert wird und ich nicht alle Fragen vorlesen muss, habe ich Ihnen auch den Text, den ich jetzt hier vortrage, schon überreicht. Frau Schimmel, er ist, glaube ich, verteilt worden, nicht wahr?

Dann steige ich in Frage 1 ein: Zivilgesellschaft, Stabilität. Es geht darum, wie sich die politische Lage, insbesondere für die Zivilgesellschaft, zum Zeitpunkt des Doha-Abkommens am 29. Februar 2020 darstellte. - Die Sicherheitslage im gesamten Land war zum Zeitpunkt des Abschlusses des Doha-Abkommens desolat. Jährlich starben Tausende von Polizisten, Soldaten und Zivilisten bei Angriffen durch Aufständische, die - ich sage es ganz bewusst hier - nicht unbedingt immer Taliban gewesen sein müssen. Bedingt durch diese Angriffe starben und desertierten jährlich bis zu 25 Prozent aller afghanischen Sicherheitskräfte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Keine Armee und keine Polizei dieser Welt kann unter solchen Bedingungen auch nur halbwegs brauchbar funktionieren.

Ich komme zu Frage 2: Doha-Abkommen. Aus meiner Sicht war dieses Abkommen ein bösartiger Affront gegen die ohnehin extrem schwache afghanische Regierung, aber auch völlig unangemessen im Umgang mit allen anderen Partnerregierungen. Da die afghanische Regierung ohnehin kaum über einen Einfluss verfügte, der über Kabul hinausging, waren die Möglichkeiten der afghanischen Regierung sehr begrenzt, eine halbwegs angemessene politische Stabilität beizubehalten.

Frage 3: Haltung der afghanischen Regierung zu dieser Vereinbarung. Die afghanische Regierung war äußerst empört und frustriert, sah aber keine Möglichkeit, sich noch sinnvoll bei den US-Amerikanern einzubringen. Man fühlte sich an die Taliban verkauft.

Frage 4: Da die Regierung ohnehin kaum über einen Einfluss verfügte, der über Kabul hinausging, waren die Möglichkeiten sehr begrenzt, eine halbwegs angemessene politische Stabilität beizubehalten. Außerdem fühlten sich die Taliban durch das Abkommen mit den Vereinigten Staaten deutlich gestärkt und sahen sich ohnehin als die legitime Vertretung des Landes.

Frage 5: Welche Unterstützung genoss die afghanische Regierung in der Bevölkerung? - Diese Frage muss zweigeteilt beantwortet werden.

Weite Teile der städtischen Eliten, die in erster Linie von dem Einsatz der Staatengemeinschaft profitierten, hatten zum Zeitpunkt des Doha-Abkommens bereits das Land verlassen, weil keinerlei Vertrauen mehr in die afghanische Regierung bestand. Schon Präsident Karzai wurde gern als „Bürgermeister von Kabul“ bezeichnet. Seinem Nachfolger, Präsident Ashraf Ghani, wurde nicht einmal diese Rolle zuteil und zugetraut.

Für die ländliche Bevölkerung - Teil zwei der Beantwortung dieser Frage - hat Kabul selten eine bedeutende Rolle gespielt. Hier haben die lokalen

Stammesführer das Sagen. Zitat, das ich oft gehört habe: Kabul ist sehr weit weg und hat uns noch nie genutzt, sondern uns immer nur brutal ausgebeutet. - Das ist etwas, was ich praktisch vom ersten Tag meiner Zeit in Afghanistan immer wieder gehört habe. Das war die Haltung in der ländlichen Bevölkerung.

Zumindest in der ländlichen paschtunischen und auch extrem konservativen Bevölkerung genießen die Taliban ein hohes Ansehen, da sie auch Teil der dörflichen Struktur sind und unter - in Anführungszeichen - „normalen“ Bedingungen dort als Bauern, als Handwerker, Lehrer etc. arbeiten. Sie rennen ja nicht, wie sich das hier bei uns viele Leute vorstellen, permanent mit der Kalaschnikow durch die Gegend, um irgendwelche Leute zu überfallen. Das ist dort also nicht der Fall.

Frage 7: Welchen Einfluss hatten ausländische Akteure wie Pakistan oder Iran auf die Zivilgesellschaft in Afghanistan? - Pakistan wie auch der Iran handeln bis heute in Afghanistan ausgesprochen interessengeleitet. Pakistan hat immer ein starkes Interesse an einer schwachen afghanischen Regierung gehabt, auch heute noch. Deshalb wurden die Taliban massiv unterstützt. Der Iran wiederum unterstützte die schiitische Minderheit in Afghanistan, die weitgehend sehr unbeliebt ist im Lande und ständig von diversen militanten Gruppen, auch anderen als Taliban, angegriffen wird.

Frage 8: Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft. Die Leistungsfähigkeit nahezu aller afghanischen Institutionen kann nur als extrem schwach bezeichnet werden. Ich weiß es, weil wir verschiedene Ministerien aufzubauen versucht haben. Ohne massive ausländische finanzielle und personelle Hilfe wäre kaum eine Einrichtung handlungsfähig gewesen.

Welche Rolle spielte die Korruption bei den staatlichen Institutionen? Die Korruption ist aus meiner Sicht einer der Hauptgründe dafür, dass Afghanistan keine Entwicklungschance hatte. Gelder, die direkt an den Staat gingen, ausländische Gelder, wurden zu erheblichen Teilen direkt ins Ausland gebracht. Diese Gelder finden sich



Nur zur dienstlichen Verwendung

nebenbei in eindrucksvollen Bauten auf der Palminsel in Dubai wieder.

In der Bevölkerung wurde diese Korruption durch die Regierung und durch die hohen Beamten auch sehr deutlich gesehen und verurteilt. Konkret bedeutete Korruption beispielsweise bei Polizei und Militär, dass die oberen Dienstgrade selten den vollen Sold an ihre Soldaten oder an die Polizisten auszahlten. Sie behielten erhebliche Teile des Soldes für sich, weil die - in Anführungsstrichen - „einfachen Dienstgrade“ ja dankbar sein mussten, dass sie überhaupt eine Beschäftigung hatten. Damit gab es auch praktisch keine Loyalität der Soldaten für ihre Vorgesetzten und für die Regierung. Das mag auch mit einer der Gründe dafür sein, dass sich in der Endphase die bewaffneten Organe so schnell komplett auflösten - wegen der fehlenden Loyalität. Die Talibanführer gelten aus Sicht der meisten Menschen nicht als korrupt. Sicherlich gibt es da auch etliche Korrupte, aber die werden anders wahrgenommen, und Wahrnehmung bestimmt ja oft das Bild.

Frage 10: Worauf beruht die Loyalität bzw. das Misstrauen gegenüber der politischen Führung? - In praktisch der gesamten ländlichen Bevölkerung, zu der ich Kontakt hatte - und ich hatte Kontakt zu der Bevölkerung praktisch über das gesamte Land, in allen Provinzen -, konnte ich nie eine wirkliche Loyalität zur Regierung oder zu Regierungsinstitutionen wie Polizei oder Militär erkennen. Im besten Fall gab es eine Koexistenz. Allerdings gab es auch kaum eine Loyalität, wie unter Frage 8 berichtet, zu den Vorgesetzten innerhalb der Polizei und des Militärs. In der städtischen Gesellschaft gab es durchaus starke Loyalitäten, da es in der Regierung lukrative Positionen gab, die innerhalb der einschlägigen Familien verteilt wurden.

Frage 11: Entwicklungszusammenarbeit. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist in Afghanistan seit Mitte der 20er-Jahre des letzten Jahrhunderts in den unterschiedlichen Ausprägungen aktiv und genießt in der Bevölkerung, besonders im ländlichen Bereich, einen nahezu legendären Ruf. Wir waren und sind überall will-

kommen und wurden nie als Besatzer wahrgenommen. Ich habe meine Besuche im ländlichen Bereich immer auch mit den jeweiligen Nationen - NATO, ISAF -, die dort Verantwortung trugen, abgesprochen. Wir sind aber nie mit militärischer Unterstützung unterwegs gewesen, um die Dörfler nicht zu verschrecken, da ausländische Soldaten über die Nationalitäten durch die Bevölkerung fast immer als Besatzer wahrgenommen wurden.

Die deutsche EZ, Entwicklungszusammenarbeit, hat in Afghanistan sehr viel erreicht. Als ein Beispiel greife ich die berufliche Bildung heraus, über die Tausende Menschen im Lande sehr einfache und für das Land angepasste Skills erworben haben. Diese Fähigkeiten sind als nachhaltig zu betrachten und werden noch in Jahrzehnten bedeutsam sein. Allerdings kann ich nicht erkennen, dass die deutsche Entwicklungszusammenarbeit zu einer besseren Wahrnehmung der afghanischen Regierung bei der Bevölkerung geführt hat.

Die deutsche EZ wurde im gesamten Land geschätzt. Nahezu alle Aktivitäten, die sich direkt an die Menschen wandten, waren erfolgreich. Unsere Capacity-Development-Aktivitäten in Ministerien und anderen Institutionen dürfen aber sicherlich als weitgehend gescheitert angesehen werden, da unsere Zielpersonen - die, die wir wirklich auch inhaltlich begleitet haben - in der Regel nicht mehr im Dienst sind und/oder das Land verlassen haben, überwiegend in die USA gegangen sind.

In so hoch fragilen Staaten wie Afghanistan ist es deshalb immer sehr sinnvoll, natürlich immer in Absprache mit der jeweiligen Regierung, Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit so durchzuführen, dass sie direkt bei den Menschen ankommen und auch dabei helfen, dass die Menschen Einkommen generieren - ich sage das sehr plakativ, aber so ist es tatsächlich -, um Nahrung für ihre Familien kaufen zu können. In enger Abstimmung zwischen staatlicher und zivilgesellschaftlicher EZ lässt sich ganz viel erreichen. In Teilen wurde das auch in Afghanistan erreicht. Wir sind dort also nicht nur gescheitert.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, erlauben Sie mir noch ein paar abschließende Worte. Sie sind alle in der Lage, die geopolitischen Verhältnisse in Asien einzuschätzen. Sie wissen genau, dass die Volksrepublik China sich intensiv durch ihre Seidenstraßenpolitik neue Regionen erschließt, um an dringend benötigte Rohstoffe zu kommen. Afghanistan gehört zu den rohstoffreichsten Ländern der Welt. Ich war selbst bei der Bekanntgabe eines Surveys dazu in Kabul anwesend.

Um es einmal sehr deutlich zu sagen: Kaum haben die letzten Flugzeuge der Staatengemeinschaft in Kabul ab, trafen hochrangige chinesische, russische und türkische Regierungsvertreter dort ein - ich habe das ergänzt, nachdem ich das gestern nachgeprüft hatte -, um den Boden für eine Kooperation mit der neuen Talibanregierung einzufädeln. Bedenken, wie wir sie haben, dass in Afghanistan Menschenrechte nicht geachtet werden, haben die Chinesen nicht. Sie wollen an die in größtmöglichen Mengen vorhandenen Rohstoffe, und dafür werden sie nahezu jeden Preis zahlen.

Bedenken Sie bitte auch, dass der durch Pakistan laufende Teil der Seidenstraße, der Karakorum Highway, der von der chinesischen Grenze am Khunjerab-Pass bis nach Gwadar unten verläuft, dicht an Kandahar in Südafghanistan vorbeiführt, und China dadurch schon jetzt die nötige Infrastruktur hat, um Rohstoffe über den Tiefseehafen in Gwadar in Pakistan zu verschiffen. Befindet sich Afghanistan erst einmal in chinesischer Hand, werden wir dort keine Möglichkeit haben, noch einmal sinnvoll aktiv zu werden. Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, halte ich es für zwingend notwendig, dass wir mit der Talibanregierung wieder ins Gespräch kommen und auch sehr zeitnah mit unserer Entwicklungszusammenarbeit, die dort direkt bei den Menschen ansetzen muss, beginnen.

Allein durch unsere Anwesenheit in Afghanistan, die dort dringend erhofft wird, tragen wir zur Verbesserung der Situation bei, da wir sozusagen die internationalen Augen sind, die dann auch helfen, dass es die Gräueltaten nicht gibt, die wir

immer vermuten. Sicherlich finden sie gelegentlich statt, Gott sei Dank aber nicht annähernd so oft, wie wir glauben. Auch darauf sollten wir ein Auge haben. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich freue mich auf das Gespräch mit Ihnen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Herr Dube, für Ihre Ausführungen. - Gibt es Verständnisfragen dazu? - Sehe ich nicht.

Dann hat als Nächstes Frau Dr. Mielke das Wort. Ich bitte Sie herzlich um Ihre Stellungnahme.

Sachverständige Dr. Katja Mielke: Recht herzlichen Dank. Ich möchte mich erst mal bedanken, hier überhaupt die Möglichkeit zu haben, heute vortragen zu dürfen. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich trage heute hier vor aus meinem Selbstverständnis und aus meiner Funktion als Wissenschaftlerin. Ich bin am Bonn International Centre for Conflict Studies tätig.

Insgesamt beschäftige ich mich seit 20 Jahren mit Afghanistan. Ich habe ein Gutachten vorgelegt und möchte die einzelnen Punkte hier eigentlich nicht wiederholen, sondern möchte mich ganz kurz auf drei zusätzliche Punkte beschränken.

Mein erster Punkt betrifft das Doha-Abkommen. Ich habe in meinem Gutachten relativ ausführlich dargelegt, dass dieses Abkommen sehr stark bilateral zwischen den Amerikanern und den Taliban ausgehandelt wurde und verabschiedet wurde und wie das auf der einen Seite die afghanische Regierung und dann natürlich auch im weitesten Sinne die Zivilgesellschaft und andere afghanische Akteure völlig außen vor gelassen hat.

Was ich Ihnen aber auch hier zu bedenken geben möchte in dieser Runde und für die weitere Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, ist die Tatsache oder, so wie es sich darstellt, eben auch die Umgehung der internationalen Partner in diesen Verhandlungen. Das heißt, die USA haben hier auch für das Bündnis mitverhandelt. Sie haben den Abzug aller internationalen Streitkräfte verhandelt, inklusive des



Nur zur dienstlichen Verwendung

zivilen Personals, des Militärs, aller Berater und Logistikbetreiber usw., und sie haben den Abzug hier zugesichert.

Ich denke, Fragen an den Ausschuss für die weitere Bearbeitung hier wären sicherlich: Wie war die Bundesregierung hier involviert? Hat man in Absprachen, auch mit den Amerikanern, diesen Kurs mitgetragen, und welche Konsequenzen wurden wann, in welchem Detail tatsächlich gezogen? Wie hat man dann gehandelt?

Der zweite Punkt, den ich hier zu den Ausführungen des Gutachtens noch ganz gern ergänzen wollte, ist der der Sicherheitslage. Vor und nach dem Doha-Abkommen ist relativ klar geworden durch meine Ausführungen und, ich denke, auch durch die der anderen Gutachter, dass das Abkommen selber eigentlich gar keinen Einfluss auf die Intensität der Gewalt in Afghanistan hatte. Das heißt, sowohl vor als auch nach dem Abkommen - bis auf wirklich sehr, sehr kurze Abschnitte, wo man mal eine Woche der Gewaltreduktion hatte, etwa unmittelbar vor der Unterzeichnung, als wir über die Eid-Feiertage zwei Waffenstillstände gesehen haben - ist es zu keiner Reduktion der Gewalt gekommen.

Im Gegenteil: Das Abkommen hat dann durch die Verzögerung der Regierung, durch den nicht eingehaltenen Gefangenaustausch usw. die Taliban praktisch in die Lage versetzt, als Machtakteur hier zu agieren. Das heißt, man muss sich vorstellen, die Taliban haben mit diesem Doha-Abkommen eigentlich die größte Supermacht der Welt sozusagen auf dem Verhandlungsparkett besiegt. Das haben sie dann so auch kommuniziert an ihre Verbände und auch zum Ausgangspunkt genommen, hier dann noch mal quasi auf dem militärischen Parkett ihre Machtposition klarzumachen.

Um hier diesen Link zur Abschiebung vielleicht aufzunehmen, der ja in einer der Fragen für die Gutachter tatsächlich gestellt wurde: Ich denke, dass es aufgrund dieser Sicherheitslage und auch nach der Intensität der Gewalt ganz besonders im Verlauf des Jahreszeitraums 2020 sicherlich nicht gerechtfertigt war, hier weiterhin Abschiebungen in Betracht zu ziehen.

Zudem muss man sehen, dass vielleicht - das ist Ihnen sicherlich nicht neu - auch dieser Gewaltkonflikt in Afghanistan nicht wirklich auf den Konflikt zwischen Taliban und Regierung reduzierbar ist. Herr Dube hat es schon angedeutet: Es sind halt viele andere Akteure in Afghanistan, die eben auch mit einem Kampf um Ressourcen befasst sind, vorhanden.

Es gibt in Afghanistan eigentlich mehrere Gewaltkonflikte auf verschiedenen Ebenen, in die man, ob jetzt als Rückkehrer oder auch einfach als normale Zivilperson, jederzeit reingezogen werden konnte, weil sich dort tatsächlich Sicherheit und Wohlfahrt, auch die Verteilung von Wohlstand usw. innerhalb von ganz bestimmten Netzwerken vollziehen.

Aufgrund dieser Darlegungen fände ich es wichtig für die weitere Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, dass hier ganz klar herausgearbeitet wird, was eigentlich die Einschätzung der Akteure, auch der Bundesregierung zur Sicherheitslage vor Ort war, welche Konsequenzen man hier auch gezogen hat, wann und welche Hebel - was dachte man seitens der Regierung? - es hier noch geben würde für die Regulierung der Sicherheitslage.

Mein letzter Punkt, den ich ansprechen möchte, ist der zu dem Topos Zivilgesellschaft, der ja in verschiedenen Fragen des Panels gestellt wurde. Wenn wir über die Zivilgesellschaft in Afghanistan reden, dann reden immer sehr viele Leute über verschiedene Dinge. Denn auf der einen Seite ist es seit 2001 dazu gekommen, dass wir durch Geberfinanzierung sehr, sehr viele Vereine und Organisationen tatsächlich geschaffen haben, die sehr westlich orientiert sind und westliche Werte vermitteln, wo es aber immer - das möchte ich behaupten und aus meiner Erfahrung berichten - eine große Kluft gab zur eigentlichen Gesellschaft in Afghanistan. Das heißt, hier stellt sich die Frage der Repräsentativität: Wen hat diese Zivilgesellschaft vertreten?

Sie hatte natürlich den Anspruch und sie hat rhetorisch auch immer betont, tatsächlich alle Afghanen zu vertreten. Ganz besonders Frauen-



Nur zur dienstlichen Verwendung

organisationen haben das ja immer wieder klargemacht, auch im Zuge der Vorverhandlungen und dann auch der Verhandlung von Doha, dass sie die afghanischen Frauen vertreten; aber es wurde sicherlich auch bis zu einem gewissen Grad ein indigener Feminismus unterdrückt.

Der Punkt, den ich hier ganz gerne ansprechen würde und auch als Frage für die weitere Arbeit des Untersuchungsausschusses aufnehmen möchte, ist der von Ein- und Ausschluss. Das heißt, ich würde die Beteiligten vielleicht auch bitten, Obacht darauf zu haben, wen wir eigentlich meinen, wenn wir von unseren Partnern reden, wen wir hier vorladen in diesem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss für die weiteren Anhörungen, weil es in den letzten 20 Jahren doch eine große Tendenz gab, auch immer einen ganzen Teil der Bevölkerung zu vergessen. Damit möchte ich hier schließen. - Danke schön.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen herzlichen Dank, Frau Dr. Mielke. - Gibt es hierzu Verständnisfragen? - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Sie, Frau Petersmann, um Ihre Stellungnahme bitten.

Sachverständige Sandra Petersmann: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Einladung. - Ich möchte eigentlich direkt anschließen an das, was Frau Mielke gesagt hat. Ich habe mir gestern Abend lange Gedanken darüber gemacht, wie ich heute hier in diese Anhörung als Sachverständige reingehe, und ich habe mich entschieden - ich bin ja eine der wenigen Nichtwissenschaftlerinnen hier -, in meiner Rolle als Journalistin zu bleiben und Ihnen über meine letzte Afghanistan-Reise zu berichten.

Ich habe den größten Teil des August in Afghanistan verbracht, bin also ganz frisch zurück mit ganz frischen Eindrücken und möchte Ihnen eine Begegnung mit zwei Frauen schildern; Frauen sind von Dr. Mielke zu Recht angesprochen worden. Frauen waren ein wichtiges politisches Argument in den Diskussionen, die wir hier in Deutschland in den letzten zwei Jahrzehnten geführt haben.

Ich glaube, die beiden Frauen, die Sie durch meine Erzählung gleich kennenlernen werden, leben und verkörpern das, was Sie hier im Untersuchungsausschuss untersuchen und was auch die Enquete-Kommission sich in den nächsten Monaten vorgenommen hat: Deutschlands Engagement in Afghanistan und die Folgen. Die beiden leben das, was entschieden worden ist, auch in Deutschland.

Zunächst geht es um Dr. Roshanak Wardak. Sie lebt in Maidan Wardak. Das ist eine ländlich geprägte Provinz, die ein Battle Ground war, die eigentlich von 2009 bis 2021 Schlachtfeld war. Wenn man durch diese Provinz fährt, über den sogenannten Highway to Hell - so hieß er früher -, der Kabul mit Kandahar verbindet, sieht man links und rechts nicht nur Kriegsschrott, sondern vor allen Dingen zerschossene Häuser, Gehöfte. Die Straßen sind noch immer vernarbt von den Kratern der Sprengfallen. Man sieht sehr deutlich, wo auch Drohnen und Luftangriffe getroffen haben. Es sind nur 70, 80 Kilometer bis zum Gehöft, bis zum Dorf von Dr. Roshanak Wardak. Die Fahrt zu ihr hat aber fast vier Stunden gedauert.

Sie ist Mitte 60. 40 Jahre ihres Lebens hat sie im und mit Krieg gelebt. Sie ist Gynäkologin und war von 2005 bis 2010 Mitglied im afghanischen Parlament, hat das sehr gerne gemacht. Das ist eine Zeit, auf die sie unglaublich stolz ist, wie sie mir berichtet hat. Sie hat dann aber 2010 - ich zitiere - „in disgust“, voller Ekel, die Politik verlassen. Warum? Weil der Krieg ihr Dorf erreicht hat, weil der Krieg Maidan Wardak erreicht hat, weil sie die westliche Intervention, das westliche Engagement vor allen Dingen, in Form von Krieg und Besatzung wahrgenommen hat. Und - so schilderte sie mir auch -: In Maidan Wardak, in dem Gebiet jedenfalls, wo sie lebt, haben die Taliban dann auch Wahlen verhindert. Also, es ging nicht mehr.

Sie hat die 20 Jahre Intervention rückblickend im Gespräch mit mir als Zeit der Fremdbestimmung erlebt, als eine Zeit, in der sie und ein Großteil der Landbevölkerung ausgeschlossen worden sind. Sie hat mir gesagt, dass schon damals der Schulbesuch nicht möglich war, aufgrund von



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kämpfen, aufgrund von unklarem Frontverlauf, von Schulen, die zu Gefechtsständen geworden sind oder einfach den Gefechten zum Opfer gefallen sind. Dass Kinder zur Schule gehen können, ist immer als großer Erfolg gefeiert worden. In dem Gebiet war es, so hat sie mir gesagt, deziert nicht der Fall.

Sie arbeitet heute für die Taliban. Sie ist im Health Directorate der Provinz Maidan Wardak zuständig für Female and Maternal Health. Sie war lange Jahre eine der wenigen Gynäkologinnen in der Provinz, und ihr - das möchte ich Ihnen nicht verschweigen - eilt natürlich auch ein Ruf wie Donnerhall voraus. Sie ist eine sehr wortstarke Frau und repräsentiert trotzdem den Teil der Gesellschaft, den Katja Mielke auch angesprochen hat, einen Teil, der nicht repräsentiert worden ist in den Gesprächen, die wir hier in Deutschland geführt haben, und in der Wahrnehmung, die wir hier in Deutschland überwiegend hatten. Sie hat mir noch deutlich zu verstehen gegeben, wie erbost sie ist, dass die Taliban die Mädchenschulen in weiten Landesteilen - nicht in allen, aber in weiten Landesteilen - ab der siebten Klasse im Moment nicht erlauben, dass also ein Schulverbot für Mädchen ab der siebten Klasse besteht.

Sie sagt das auch den Talibs selber, dass ohne Frauen keine Entwicklung möglich ist. Aber es muss afghanisch passieren, und das war während der Intervention aus ihrer Sicht nicht der Fall, dass es afghanisch passiert ist. Sie ist entsetzt über den Hunger im Land, der übrigens auch dort sehr, sehr deutlich ist. Ich habe ja auch mit vielen ihrer Patientinnen sprechen können; der Hunger ist so, wie ich ihn noch nie erlebt habe in Afghanistan, und ich kenne das Land jetzt seit mehr als drei Jahrzehnten. Sie verlangt ein Ende der Sanktionen und die Freigabe der eingefrorenen Gelder.

Und jetzt kommt der Gegenentwurf. Aisha, 25, ein Kind unserer Intervention, wenn Sie so wollen, lebt in Kabul und sagt über sich, dass sie nicht mehr die Frau ist, die sie mal war. Sie fühlt sich wie eine Gefangene mit gefesselten Händen, fremdbestimmt vom Willen einer Gruppe, deren Ideologie sie nicht teilt. Sie hat früher für ein

UN-Projekt gearbeitet, ein Projekt von UN-Habitat - das Projekt gibt es natürlich nicht mehr -, hat gutes Geld verdient in diesem Projekt, hat abends Journalismus und Politik an einer wirklich sehr guten privaten Universität studiert, hat sich politisch engagiert, vor allem in der Green Movement. Das ist eine Bewegung, die entstanden ist rund um den geflohenen Vizepräsidenten Amrullah Saleh, der in seinem Leben auch schon vieles war, unter anderem Geheimdienstchef. Er ist ein wichtiger Partner für den Westen gewesen.

Heute verbringt Aisha den größten Teil ihrer Zeit zu Hause in den eigenen vier Wänden. Sie ist arbeitslos, kann nicht mehr studieren, weil sie die Gebühren für die Universität nicht mehr bezahlen kann. Sie fühlt sich gelähmt, verraten und verkauft. Während wir so sprachen und mit dem Auto durch Kabul fuhren - auf eine sehr, sehr schöne Anhöhe, von wo man auf die Stadt herunterschauen kann -, hat sie mein Notizbuch genommen. Irgendwann hat sie angefangen, ein Gedicht in mein Notizbuch zu schreiben, und aus diesem Gedicht möchte ich drei Zeilen vortragen: „Mein Land, du bist müde vom ewigen Verrat. Mein Land, du bist stimmlos und ohne Gesang.“

Aishas Familie, gutbürgerlich, leidet unter der schweren ökonomischen Krise. Der Hausstand wird sukzessive verkauft, um das eigene Überleben zu sichern. Das heißt, der Hunger, den ich gerade schon für das Land geschildert habe, hat auch diese gutbürgerliche Familie in Kabul erreicht. Dennoch sagt sie: Sanktionen beibehalten, Geld eingefroren lassen, lieber hungern als Taliban finanzieren.

Beide, jede für sich auf ihre Art, verurteilen die westliche Intervention: die eine, weil sie den Krieg mit Bomben und Drohnen gebracht hat - Roshanak Wardak; für sie hätte Doha gar nicht früh genug kommen können -, die andere, weil diese Intervention aus ihrer Sicht mit Verrat geendet hat. Das sind keine Einzelmeinungen. Ich war drei Wochen im Land, und ich habe das durchaus als Spiegel der Gesellschaft wahrgenommen: diese Zerrissenheit, die es gibt. Das ist für mich Grund genug, den Einsatz und sein Ende sehr kritisch zu hinterfragen, und dafür gibt es Sie ja auch. - Herzlichen Dank.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Frau Petersmann. - Gibt es hier Nachfragen zum Verständnis? - Das sehe ich nicht.

Dann darf ich Sie, Frau Safi, um Ihre Stellungnahme bitten.

Sachverständige Mariam Safi: Honorable members of the German Parliament. Thank you for the kind invitation to join you all today. The views that I will be expressing for you today are those that have been informed by my 14 years of working as a member of civil society and the think tank community in Afghanistan and the efforts of my organisation DROPS. I do not sit here to represent civil society. Nor do I sit here to represent the women of Afghanistan. I don't think any institution or person can claim that representation.

I also thank you for organising and putting forth the committee. I believe that it's due time for Germany to take a deeper look into the role that it played in Afghanistan security and reconstruction efforts, and in particular the role it played in the Doha process. The six months leading to the military takeover of Afghanistan by the Islamic Emirate was one of immense uncertainty, riots and targeted attacks against civil society actors, growing insecurity and deep frustration with Afghanistan's international partners, including Germany. In 2018 when the US announced that it will start negotiations with the Taliban, Afghan civil society actors, women activists and human rights defenders were not optimistic. They were highly sceptical. And they questioned whether civil society would be given space to raise its concerns, whether the talks would prioritise women's rights over Taliban's demands, would the constitution be protected, and whether a deal would pave the way for inclusive intra-Afghan talks and whether its international partners would stand with them through this time.

Or would it destroy everything Afghans and their international partners worked so hard for in the last two decades, for which they sacrificed with lives and treasury? I recall the statement by a former civil servant that I interviewed in 2019 for an

op-ed I was writing. The statement she made rung ever so deep on the 15th of August. She said, I, like other Afghans, want peace. But when I heard of the deal, I recalled the days when I wasn't allowed to go to school under the Taliban. And I certainly don't want the same for my children or the millions of other Afghan children. Unfortunately, that's exactly what happened.

Civil society and women's voices were constantly sidelined in the US-Taliban talks. The Taliban implicitly were portrayed as the local, giving them agency to shape an agreement, while women and civil society organisations were treated as spoilers. When they demanded preservation of their constitutional rights, they were pacified and told that this issue was outside the prerogative of such talks. And when these actors cautioned against quick-fixes, they were criticised for not taking ownership of their future. The Doha Agreement - premised on Taliban relinquishing ties with terrorist organisations, a timeline for withdrawal and a comprehensive ceasefire - did not include a single demand that civil society and women's groups had been making since the start of the talks.

These demands included: protecting the constitution or making changes in the constitution through the constitutional mechanism prescribed within it that would protect women's rights and the rights of minority groups; ensuring a sustainable withdrawal; and inclusive intra-Afghan talks.

Honorable members, creating a liberal peace was the central aim of international efforts in Afghanistan, both through the UN mandate and the activities of individual states like that of Germany. Afghans hoped the liberal peace agenda would achieve positive peace by elevating and placing those who were previously sidelined, namely local actors and civil society, at the center of its peace efforts. However, we reach a point where women's human rights and involvement were relegated to the margins. A point I made at the UN General Assembly in 2019. There were tremendous gains in Afghanistan since 2001 and largely as an outcome of the international peace-building agenda. However, that being said, when



Nur zur dienstlichen Verwendung

Afghans, particularly women, asserted themselves to preserve those very gains, the liberal peace-building agenda lost steam as we experienced post-2018. From August 2020 to July 2021, our organisation - through its initiative called BISHNAW, which means “listen” in Dari - surveyed hundreds of women representing civil society, private sector, educators, health care workers across Afghanistan, gathering their perspectives on the ongoing process in Doha.

We asked 539 women in August of 2020 on the reduction of violence, a key ask of the US in the Doha Agreement. 80% said that they felt sustainable peace could only be achieved if Taliban agreed to a reduction in violence. Yet, 58% said they had not witnessed a reduction since the signing of the agreement.

Concerning the exchange of 5,000 prisoners, which was suggested to help facilitate intra-Afghan talks and bring about a reduction in violence, we spoke to over a 1,000 women and found that 63% felt that the exchange would not lead to these outcomes. And 97% said they were concerned that released Taliban fighters would return to the battlefield. And that's also precisely what happened.

In June 2021 when we asked 3,600 women across 17 provinces, 66% said that they felt that a nation-wide ceasefire, if enforced, would not bring this reduction. 81% said that they were concerned that the release of Taliban and their return into their communities would eventually bring about restrictions on their mobility, which was another reality that we have witnessed in the last year.

These are the local views that were placed in silos and treated as women's issues and their concerns segregated from so-called “hardline” issues. The international community, including Germany, too often questioned the legitimacy and representativeness of women's perspectives, of civil society perspectives, while offering de facto legitimacy to the Taliban.

In particular, Germany's contribution to the Doha deal, which Afghan civil society actors believe

laid the foundation for the eventual takeover of Afghanistan by the Taliban, cannot be ignored. While most of the reckoning is with the United States, Germany had meaningful choices to make, but instead chose to follow the US even if it went against its own policies, including its feminist foreign policy. Germany, as stated by Anas Haqqani in a “Der Spiegel“ interview, said that “during Taliban negotiations in Doha, Germany played a positive role in helping us reach a peaceful solution, especially the German envoy, Markus Potzel”. It has been a little over a year since the Taliban took over. And during the short time, it has reversed every basic right for women and girls in the country. Secondary schools for girls remain shut, and with over 30 edicts issued, the Taliban have imprisoned women within their homes and restricted their mobility and thus their access to much-needed humanitarian aid, employment, health care. The Afghan government for its role also neglected the voices for sustainable peace, though it was sidelined from the US-Taliban talks during the intra-Afghan talks. The Ghani administration's inability to see beyond its paranoia, short-sightedness and grandiose narratives meant it was separated from the impeding political and security realities that remained outside the walls of the presidential palace.

More so, during the intra-Afghan negotiations, we often saw the administration instrumentalise civil society and women's voices to secure its own interests, while at other times undermined them entirely. Adding to this: the loss of faith in the electoral process, dwindling public services, particularly at the subnational level, misalignment of development aid to public needs, negligence of security institutions at the central level, rising civilian casualties and the predominance of ethnic politics all combined to widen the gap between the government and Afghan society to unprecedented levels.

Germany's vision for Afghanistan was one of state building, humanitarianism and diplomacy and a relationship that went as far back as the early 1900s. However, the fact remains, from what we observe, that Germany was not ready for what was required of it during the early stages of



Nur zur dienstlichen Verwendung

the international intervention. And by the time it was, it was too late. The Taliban had come about and the country entered another wave of conflict, one that was too hard to contain afterwards. As part of security sector reform, a key component of state building, the German police project was developed in 2002. Germany's approach focused on a multi-year training for Afghan police officers in addition to reconstructing police infrastructure. While Germany met some of its stated goals for training and restructuring the force, the overall plan was inadequate. It was both too small in scope and too slow in its implementation to meet the law enforcement needs of the growing, volatile Afghan environment.

Moreover, Germany's training program was designed on the assumption that Afghanistan was a post-conflict state and that the international community had years to implement a professional police training program, not realising that by as early as mid-2003, when this project was handed over to Germany, Afghanistan was no longer a post-conflict but rather in-conflict country.

It is also very important to mention Germany's role in the PRT's. Unlike other small PRT's, Germany's development role in Kunduz and Faizabad was slightly better, due to its large development portfolio. But like other PRT's, Germany was not shielded from the pitfalls of civilian-military relations in the midst of an ongoing insurgency and anti-terrorism efforts. The thinking behind the PRT's was that security, economic, social development as well as governance required an interlinked approach involving capabilities and forces of which the military was but one of those key figures. Thus, Germany had established a senior civilian representative to foster the comprehensive approach in the North where it had a presence. However, whether in conflict areas or whether in post-conflict areas where terrorism is an issue, building and fighting do not complement each other because the simultaneous presence of an international military engagement, while peace building or state building, creates expectations that require resources that states are not ready to commit. And as a result, it creates confusion on part of locals as to the role of the international community,

both with regards to political and military components. And it contradicts efforts and creates parallel institutions that oppose each other.

Lack of substantive indicators or clear strategy to measure success, contradictory outcomes and mixing anti-terrorism, counterinsurgency and state building, and the lack of local ownership, followed by contestation between internationals and locals over the exercise of authority, all led to the failure of PRT's across the board. Some of the internal documents written by German troops serving in Afghanistan, which have been viewed by „Spiegel“ in 2009 and by others, describe the situation as early as in 2009, under its provinces as “critical”. German soldiers complained about the poor collaboration between military and civilian agencies in reconstruction efforts. You see, the conducting of raids at night and building of wells in the morning, collecting intel while handing out footballs to kids, building schools with men and women in uniform and conversing with local communities and Taliban-dominated areas, then leaving them to the former's mercy, all sent wrong messages to Afghans.

Germany, as mentioned by our colleagues here, was part and parcel of the gains that Afghanistan made in these last two decades. And that is not lost on Afghans, nor is it lost on civil society organisation or its women's groups. However, in these last few years, leading up to the fall of the Islamic Republic, I believe Afghans held a lot of expectation and hope from Germany, because Germany did play a considerably large and important role after the United States in the country. However, instead of being on the right side of history, unfortunately, Germany, like the rest of the international community, fell on the wrong side of history. And Afghans feel extremely abandoned for that.

However, not all hope is lost. I guess, in Afghanistan, hope is all we ever have, so we can never lose it. There is still a civil society community in the country that is fighting for its rights. They are in dire threat. They are facing severe risks. But they need your support. Unlike in the past, please show them that you care and that you stand with them. Financial support for civil



Nur zur dienstlichen Verwendung

society organisations not going through the Taliban de facto authorities is a possibility. I just hope you would be flexible enough to get that aid to those organisations so they can continue their capacity-building programmes. They could continue their training programmes, their home-schooling programmes that have now started across the country. And please, at the United Nations, where conversations on recognition of the Taliban, giving them the seat at the UN, etc. take place - side with the Afghan people. No recognition should be given to the Taliban unless they commit to their promises of respecting women's rights and the Afghan constitution. Thank you.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Thank you very much. I didn't want to interrupt you. I tried to be as generous as far as time permitted. All of this was very interesting. Thank you very much. - Sind da Fragen, was das Verständnis angeht? Übersetzt worden ist es, glaube ich. - Vielen Dank.

Dann würde ich das Wort an Herrn Professor Dr. Schetter geben.

Sachverständiger Dr. Conrad Schetter: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich sehr für die Einladung zu dem heutigen Hearing und will drei, vier Punkte herausgreifen, die in ihrer Dichte noch nicht angesprochen wurden. Ich selbst arbeite seit 1994 in und zu Afghanistan und forsche hier zu lokalen Politikstrukturen wie auch zur Intervention der letzten 20 Jahre.

Ich möchte mit dem Doha-Abkommen beginnen, das hier schon mehrfach angesprochen wurde und das ja sozusagen der zeitliche Fixpunkt auch der heutigen Sitzung ist. Aus der Perspektive der Friedens- und Konfliktforschung, der ich angehöre - da beschäftigt man sich seit den letzten 50 Jahren mit Friedensabkommen; Sie kennen vielleicht die gesamte Debatte, angefangen bei Track-one, Track-two, Multi-Track Diplomacy, also alles, was es dort gibt -, würde man Doha als Track-one Diplomacy bezeichnen, also das Schlechteste, was man sich vorstellen kann. Sie können sich vorstellen, dass in der Friedens- und

Konfliktforschung das Doha-Abkommen von vornherein als das einzige weltweit gesehen wurde, das hätte erfolgreich sein *können**. Sprich: Das Doha-Abkommen war eigentlich handwerklich gesehen miserabel. Ich glaube, das kann man aus der Forschungsperspektive ganz eindeutig so sagen. Die berechtigte Kritik daran ist, dass es zeitlich durchgepeitscht wurde, dass mit der afghanischen Regierung und auch mit der afghanischen Zivilgesellschaft zwei ganz zentrale Akteure fehlten, dass keine vertrauensbildenden Maßnahmen durchgeführt wurden. All das kann benannt werden.

Ich möchte drei, vier weitere Punkte ergänzen, die ich zentral finde. Ein Punkt ist, dass keine verbindlichen Kriterien, die wirklich nachvollziehbar waren, in dem Doha-Abkommen festgelegt wurden. Wenn Sie etwa den Paragraphen zu den Terroristen betrachten, ist es wirklich eine Auslegungssache, wie man ihn versteht.

Zweitens wurden keine Monitoringinstrumente eingeführt, was eigentlich zu jedem Friedensabkommen gehört.

Drittens fehlte ein Stufenplan, an dem gesehen werden kann, ob sich die Partner hier an das Abkommen halten.

Viertens und schließlich ist - das ist das zentrale Problem - der US-Truppenabzug eigentlich nie mit dem afghanischen Friedensabkommen gekoppelt worden. Da gab es keine Verbindung.

Deshalb kann man hier, glaube ich, sehr deutlich sagen, dass das Doha-Abkommen vor allen Dingen eine lange Liste an Mängeln enthält, die eigentlich auch schon der Politik im Februar 2020 hätten sagen sollen, dass man sich hier in eine Richtung bewegt, die eigentlich nur Unheil verkündet. Dennoch war meine damalige Prognose - und die würde ich mit den meisten Experten teilen, die Afghanistan verfolgt haben - auch nicht unbedingt, dass die Taliban so schnell das Land übernehmen würden. Viel stärker wurde damals nämlich diskutiert, dass Afghanistan zerfallen würde. Man hatte immer die historischen Beispiele vor Augen. So wurde immer wieder stark diskutiert, dass Afghanistan in eine südliche, von



Nur zur dienstlichen Verwendung

den Taliban kontrollierte und eine nördliche, von der afghanischen Regierung dominierte Hälfte zerfallen würde. Die optimistischste Variante war, dass die Taliban etwa über die Vergabe von Gouverneurs- und Polizeiposten in die Regierung einbezogen werden könnten. Die kritischere, dramatischere war, dass das gesamte Land wieder in Kriegsfürstentümer zerfällt, wie es in den Jahren 1992 bis 1996 denkbar* war.

Ich nenne diese Szenarien, weil sie sehr wichtig sind, um zu verstehen, wie die afghanische Regierung in diese Verhandlungen hineinging. Hier sind, glaube ich, zwei, drei Punkte ganz zentral. Der erste ist, dass Ashraf Ghani sich immer gegen die Einsetzung einer Übergangsregierung wehrte, dass er sich natürlich als der gewählte Präsident* des Landes verstand, während die Taliban seine Regierung für illegitim hielten. Ich finde das in einer gewissen Weise wichtig, weil deutlich wird, dass die politischen Eliten in Afghanistan sehr stark daran festhielten, die Ressourcen im Land zu kontrollieren, und wir gleichzeitig - da möchte ich Herrn Dubes Punkt aufgreifen - schon in den letzten zehn Jahren starke Absetzbewegungen aus Afghanistan vor allen Dingen in die Golfstaaten, aber auch nach Europa und in die USA sehen konnten, dass sehr viele der afghanischen Eliten ihre Familien, ihre Gelder ins Ausland brachten.

Die afghanische Seite hat sich natürlich nach Doha sehr gezielt, mit den Taliban in Verhandlungen zu treten. Hier finde ich zwei sehr divergierende Positionen interessant. Auf der einen Seite gab es in der afghanischen Regierung immer noch Akteure, die die eigene Position, die Position der afghanischen Regierung, überschätzten, die davon ausgingen: Es kann gar nicht sein, dass die Amerikaner irgendwann mal abziehen; es kann gar nicht sein, dass auch die internationalen Organisationen sich aus dem Land zurückziehen. Die letzten Verhandlungen der Geberrunde im November 2020 in Genf bestärkten diese Afghanen, dass es eigentlich genau so weitergeht wie in den letzten 20 Jahren.

Die andere Position war dagegen, dass das Team, das auf der Seite der afghanischen Regierung verhandelte, sich in einer völligen Position der

Schwäche befand. Dazu gibt es drei, vier Punkte, die zentral sind. Der erste ist natürlich, dass schon im Februar 2021 sich nur noch 8 000 US-Soldaten in Afghanistan befanden. Im Januar 2021 waren es nur 2 500 [sic!]. Also, man konnte eigentlich da schon erkennen, dass die Amerikaner ihre Truppen abzogen. Der zweite Punkt waren natürlich - auch das wird in sehr vielen Gutachten thematisiert - die 5 000 Talibankämpfer, die auf Druck der amerikanischen Regierung vonseiten der afghanischen Regierung dann freigelassen wurden. Damit verlor die afghanische Regierung ihr wichtigstes Faustpfand.

Auch hatte die afghanische Regierung immer darauf bestanden, dass erst ein Waffenstillstandsabkommen geschlossen werden sollte, bevor man in die Friedensverhandlungen ging. Auch hier hatten sich die Taliban durchgesetzt, dass dies nicht stattfand. Zusätzlich muss man sagen, dass 2020 die Taliban nicht unbedingt in der Masse, aber doch strategisch wichtige Territorialgewinne gemacht haben.

Der letzte ist ein Punkt, der, glaube ich, ganz zentral ist: dass man auf der afghanischen Seite - auch das hatten die Taliban durchgesetzt - nicht mit der afghanischen Regierung verhandelte, sondern mit einem sogenannten republikanischen Team, das sich aus sehr unterschiedlichen Akteuren zusammensetzte, die ganz unterschiedliche Interessen verfolgten. Da saßen Regierungsvertreter und vor allem die Söhne berühmter Warlords mit am Tisch. Eine ganz zusammengewürfelte Gruppe: Vertreter der Hisb-i-Islami, Hamid Karzai hatte seine Finger im Spiel, also eine Gruppe, die diverser nicht sein konnte. Auch das spielte den Taliban in die Hände.

Die Sicherheitslage war 2020 dramatisch; sie war aber eigentlich schon seit 2014 dramatisch. Die UN hat seit 2014 Afghanistan wieder als ein Konfliktland benannt. Afghanistan war im Jahr 2020 nach Syrien der Konflikt mit den meisten Gefechtstoten; er war an sich auch weitaus stärker als etwa in einem Land wie Jemen. Es war also ein wirklich heißer Konflikt.

Im Jahr 2020 nach Doha gibt es noch mal zwei Peaks, die benannt werden müssen. Zum einen



Nur zur dienstlichen Verwendung

in Verbindung mit den 5 000 Gefangenen, die freigelassen werden sollten, verschärften die Taliban ihre Angriffe auf staatliche und zivilgesellschaftliche Ziele. Zum anderen, vor allen Dingen seit November 2020, wurden im Vorfeld der Verhandlungen die Angriffe noch einmal verstärkt. Das heißt, das Gewaltniveau war bereits sehr hoch.

Vor diesem Hintergrund würde ich deswegen auch sehr gerne das gesamte Thema der sicheren Herkunftsregion noch einmal thematisieren, weil das in der Frage von Rückführungen zentral war. Aus der Wissenschaft haben wir mehrfach darauf hingewiesen, dass es sich dabei um einen Mythos, um eine Scheindiskussion handelt, eigentlich eine Territorialisierung des Politischen, für die in Afghanistan zum einen die Monitoringssysteme fehlen, weil sie in den meisten Regionen an sich gar nicht die Informationen haben, was dort an Gewalt geschieht. Zum anderen - auch das wurde in den Beiträgen von Frau Mielke und Herrn Dube bereits angesprochen - waren die Konfliktkonstellationen so überlappend, dass es je nach der Individualität davon abhing, ob ich mich in einer Region sicher oder unsicher fühlen kann. Sprich: Wir haben hier multiple, sich überlappende Konfliktlinien, und das ist nicht allein „Taliban gegen die afghanische Regierung“, sondern je nach meiner religiösen, ethnischen Identität und noch anderen Identitäten bin ich in einer Region Sicherheit oder Unsicherheiten ausgesetzt. Schon allein der Weg vom Kabuler Flughafen zu einer sogenannten sicheren Region bringt einen durch so viele Unsicherheitsregionen, dass man hier von einer Sicherheit nicht reden kann. Das heißt, ich fände es sehr schön, wenn dieser Begriff der sogenannten sicheren Herkunftsregion mal aufgebrochen würde, um zu sehen, was dahintersteht, und frage mich, wie man zu dieser Einschätzung kam, dass es sichere Herkunftsregionen in Afghanistan gab. Ich kenne keine.

Ich möchte vielleicht noch einen Punkt - meine Redezeit läuft gleich ab - erwähnen, der mehrfach angesprochen wurde. Das ist das Thema der Korruption, das natürlich immer wieder angesprochen wird, und egal welchen Index Sie sich anschauen: Afghanistan landet hier immer auf den

allerletzten Plätzen. Was ich aber zentral finde, ist, dass man Korruption in einer gewissen Weise von der afghanischen Regierung und dem Staatsapparat loszulösen versucht. Ich glaube, dass man hier einen breiteren Blick haben muss; denn die Korruption durchzieht auch die afghanische Gesellschaft wie auch die internationale Gemeinschaft. Sie finden sehr viele Indizien dafür auf der politischen wie auch auf der wirtschaftlichen Ebene, wie auch die internationale Gemeinschaft Teil dieses Systems war. Dass sie es geduldet hat, teilweise auch an einigen Stellen aktiv mitbetrieben hat, hat die internationale Gemeinschaft in sehr großen Diskredit gebracht. Ich glaube, das ist ein zentraler Punkt, wenn Sie über Korruption sprechen, hier die gesamten Zusammenhänge zu sehen und eben nicht nur in Richtung des afghanischen Staates oder der Klientelgruppen zu zielen, die den afghanischen Staat oder die afghanischen Strukturen dann für ihre eigene Politik ausgenutzt haben.

Ein letzter Punkt vielleicht noch zur Haltung der afghanischen Gesellschaft zu den Taliban und zu dem Krieg. Wenn Sie sich mit dem Jahr 2020 beschäftigen, war das Gros der Afghanen, gerade in den ländlichen Regionen, über die internationale Politik desillusioniert. Es gab kaum noch den Glauben daran, dass in diesem Krieg für irgendein Ideal gekämpft wird. Für viele Menschen ging es eigentlich darum, dass endlich die Waffen schweigen. Versetzen Sie sich in die Lage eines Bauern, der täglich durch Minenfelder kreuzen muss. Hier ging es einfach darum, dass dieser Krieg endlich aufhört. Der Glaube daran, dass sich hier noch über Ideen gestritten wird, die wichtiger waren als andere - das Gros der Afghanen war darüber und vor allem über die afghanische, die internationale, Politik desillusioniert.

Der andere Punkt - auch der wurde mehrfach angesprochen -: Ich glaube, man muss in Afghanistan sehr zwischen den verschiedenen Gesellschaftsgruppen differenzieren, und natürlich leiden die urbane Mittelschicht und urbanen Eliten ganz anders unter den Taliban als die ländliche Bevölkerung etwa in Südafghanistan. Das heißt, ich glaube, hier ist es sehr wichtig, einen differenzierten Blick auf die verschiedenen Politiken



Nur zur dienstlichen Verwendung

zu werfen, um zu verstehen, weshalb einige Akteure dann die Seiten hin zu den Taliban wechselten, während andere diejenigen sind, die unter den Taliban wirklich sehr leiden. Ich belasse es dabei. - Herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Herr Professor Schetter. - Gibt es Nachfragen zum Verständnis? - Das ist nicht der Fall. Dann kommt jetzt, last, but not least, Frau Dr. Zeino. Sie haben das Wort.

Sachverständige Dr. Ellinor Zeino: Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete und Sachverständige! Ich würde eine zusammenfassende Stellungnahme geben aus meiner Zeit vor Ort von 2018 bis August 2021 in der Funktion als Leitung einer politischen Stiftung vor Ort. Das heißt, mein Eindruck ist natürlich geprägt vom Doha-Friedensprozess, den ich quasi von Beginn an und dann bis zu seinem Ende und Scheitern mitverfolgt habe.

Das Doha-Abkommen von 2020 war ein historischer Moment, und die Hoffnungen waren selbstverständlich auf allen Seiten groß. Viele Menschen in Afghanistan, darunter auch vehemente Kritiker der Taliban, wollten diese einmalige Chance einer friedlichen Verhandlungslösung nutzen. Die NATO-Partner wollten ihre Streitkräfte nach 20 Jahren abziehen. Also, es war eigentlich keine Frage mehr des Ob, sondern des Wie und des Wann.

Wie hat sich die Lage nach dem Doha-Abkommen entwickelt, und wieso ist dieser Friedensprozess gescheitert? Die strukturelle Schwäche - dazu haben sich auch die anderen Sachverständigen bereits geäußert - des Doha-Abkommens war der bilaterale Charakter des Abkommens zwischen den USA und den Taliban. Die USA bestimmten die Dynamik, und Waffenstillstand sowie innerafghanische Verhandlungen wurden zeitlich nach hinten verschoben. Die afghanische Regierung war nie als Verhandlungspartner anerkannt worden seitens der Taliban.

Vielleicht noch ergänzend dazu, weil jetzt das Abkommen natürlich auch sehr stark kritisiert

wird: In dieser intensiven Phase, die ich auch quasi mitbekommen habe, unterschwellig, war es, glaube ich, einfach auch sehr schwierig - ich habe es auch auf der republikanischen Verhandlungsseite immer wieder miterlebt -, dass man selber auch gesagt hat: Wir wollen nicht zu hohe rote Linien setzen, weil wir diesen Gesprächsfaden nicht abreißen wollen. - Also, dieser Gesprächsfaden war teilweise so dünn und die Hoffnung so groß, dass man da einfach auch bereit war, zu sagen: Wir stellen Forderungen auch erst mal zurück.

Nach dem Abkommen beendeten die Taliban ihre Angriffe auf internationale Ziele. Angriffe gegen die afghanische Regierung nahmen zu. Hinzu kam eine steigende Anzahl von Terroranschlägen seitens des IS-Ablegers IS-KP gegen Zivilisten, Bildungseinrichtungen, Geistliche, die schiitische Minderheit. Insgesamt blieb die Sicherheitslage während meiner Zeit durchgehend unvorhersehbar und durchgehend prekär.

Was mir im Verhandlungsprozess auffiel, war, dass sowohl die afghanische Republik als auch die internationalen Partner in einem binären Szenariodenken zwischen Bürgerkrieg oder Verhandlungslösung verharren. Das Szenario, dass das Emirat wiederhergestellt wird, kam gar nicht vor. Die Vorstellung war, dass sich die Taliban im Falle einer Verhandlungslösung irgendwie in einer neuen Republik mit mehr religiösen Elementen eingliedern könnten.

Die Schlagkraft der afghanischen Armee und Milizen wurde von allen Seiten überschätzt. Die landesweiten Strukturen und auch Loyalitäten der Taliban wurden unterschätzt. Die afghanische Armee und Polizei wurden vollständig fremdfinanziert. Ich denke, das war auch ein Grund, warum sich eigentlich nie eine eigenständige afghanische große, breite Bewegung gegen die Taliban bilden konnte. Entscheidend - auch das wurde bereits erwähnt - waren die fehlende politische Einheit und politische Führung aufseiten der Republik, und ohne nationale Einheit und Führung kann man weder Krieg noch Frieden gewinnen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Von afghanischer Seite wurde das internationale Interesse an ihrem Land völlig überschätzt und überhöht wahrgenommen. Selbst nach dem Doha-Abkommen - ich habe mit vielen Afghaninnen und Afghanen in Regierung, Parlament, Zivilgesellschaft gesprochen - waren viele überzeugt, dass die USA niemals vollständig abziehen werden, weil Afghanistan geostrategisch viel zu bedeutend sei, im Kampf gegen Terrorismus, aber auch in der Auseinandersetzung mit China, mit Russland und mit Iran. Diese Fehlwahrnehmung war verständlich angesichts einer NATO-Mission, die zeitweise 39 Länder hatte, einer internationalen Gebergemeinschaft von über 60 Staaten und dann im November 2020 auf der Geberkonferenz noch mal versprochenen Milliardenhilfen. Das alles hat zu einer weiteren hohen Erwartungshaltung auf afghanischer Seite geführt.

Ein nationaler Versöhnungsprozess hat bis heute nicht wirklich nachhaltig stattgefunden. Das Vertrauen in Staat, Regierung und die politischen Eliten war gering, Korruption war das große Thema auf allen Ebenen in Staat und Verwaltung. Politische Ämter galten als Möglichkeit der Selbstbereicherung. Eine funktionierende Infrastruktur, Wasser-, Stromversorgung, aber auch Gesundheitsversorgung waren selbst in Kabul nur in Teilen vorhanden. In der Bevölkerung gab es Neid und Misstrauen gegenüber sogenannten liberalen Eliten, auch gegenüber Diaspora-Afghanen, die überproportional in führenden Positionen in Staat und Politik vertreten waren. Das ist, glaube ich, der springende Punkt; denn meiner Einschätzung nach, meiner Wahrnehmung nach beruht der Zuspruch der Taliban in weiten Teilen der Gesellschaft weniger auf der Attraktivität ihrer ideologischen Ziele oder ihres Weltbildes, sondern auf dem Image einer antielitären Bewegung für die einfachen Menschen auf der Straße. Dieses Bild konnten sie erfolgreich konstruieren. Menschen, die in den 20 Jahren weitgehend vom Wiederaufbau ausgeschlossen waren, schlossen sich den Taliban an, auch aus Frust, auch weil sie Angehörige im Krieg oder in Drohnenanschlägen verloren hatten.

Zu den Errungenschaften. Die Verfassung von 2004 ermöglichte politische Partizipation und garantierte grundlegende Freiheitsrechte. Frauen waren erstmals in führenden Ämtern in Regierung, Parlament, Justiz, im diplomatischen Dienst, selbst in Polizei und Armee vertreten. Afghanistan verfügte über eine wirklich bemerkenswerte pluralistische Medienlandschaft, Zivilgesellschaft und breite, offene politische Debattenkultur, und das teilweise auch im Vergleich mit den Nachbarländern in einem wirklich bemerkenswerten Ausmaß. Es gab prinzipiell Zugang zu Bildung. Ich sage „prinzipiell“; denn auch - und das darf man nicht vergessen - unter der Republik wurden in vielen abgelegenen konservativen Familien und Provinzen Mädchen ab der Pubertät nicht mehr in die Öffentlichkeit, geschweige denn in die Schule gelassen. Alle diese Errungenschaften sind heute gefährdet bzw. wurden bereits zurückgefahren und haben Einschnitte erfahren.

In der Entwicklungszusammenarbeit - damit komme ich zum Schluss - bestand die Herausforderung, glaubwürdige Reformpartner zu finden. Oft fehlte der kulturelle Zugang, oder aber die Gefährdungslage, vor allem auch in den letzten Jahren, erschwerte oder verhinderte überhaupt einen Austausch. Große Entwicklungsbudgets hatten Strukturen der Selbsterhaltung, der Abhängigkeit oder auch der Selbstbereicherung gefördert. Dies hatte eben auch zu einer Spaltung der Gesellschaft geführt, zwischen jenen, die Zugang zu diesen Geldern hatten, und jenen, die niemals davon profitiert hatten. Ich denke, in der Zukunft werden jene Initiativen überleben, die aus eigenem Antrieb, aus eigener Kraft und vor allem mit lokal verankerten Menschen vor Ort verantwortet werden.

Auch die neue De-facto-Regierung der Taliban wird bald womöglich Teile ihrer Anhänger ernüchtern, enttäuschen oder verlieren, und welchen Ideen sich die Menschen in Zukunft zuwenden werden, ist aktuell noch offen. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herzlichen Dank, Frau Dr. Zeino. - Gibt es hierzu Verständnisfragen? - Das ist nicht der Fall.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dann würde ich mich sehr herzlich bei Ihnen allen bedanken für Ihre Stellungnahmen, auch für das Engagement und die Kompetenz, die da zum Ausdruck gekommen ist. Das ist, glaube ich, sehr wertvoll für unseren Ausschuss. Vielen herzlichen Dank dafür.

Der etwas großzügigere Umgang mit der Zeit müsste in dem, was jetzt folgt, ein bisschen geändert werden, aber dafür haben wir ja auch einige Runden. Das heißt, auf die jeweils fünf Minuten würde ich dann achten wollen, und wer das in der einen Runde nicht schafft, hat in der nächsten wieder Gelegenheit, die nächste Frage zu stellen. Aber für unser aller Zurechtkommen mit dem Regelwerk ist das, glaube ich, günstig.

Ich will darauf hinweisen, dass nach Lage der Dinge ungefähr um 14.20 Uhr die erste namentliche Abstimmung beginnt. Das ist uns jedenfalls signalisiert worden. Wir achten nachher darauf und sagen rechtzeitig Bescheid, wenn wir unterbrechen müssen.

Wir würden jetzt zu den Fragerunden kommen, mit einem Zeitkontingent von jeweils fünf Minuten für Frage und Antwort. Die Reihenfolge der Fraktionen richtet sich nach dem Prinzip von Rede und Gegenrede. Es ergibt sich also folgende Reihenfolge: Ich werde als Vorsitzender beginnen, dann erhält mein Stellvertreter, Kollege Erndl, das Wort, dann folgen die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, AfD, FDP, Die Linke, SPD und CDU/CSU. Solange die Fragen nicht geklärt werden können, beginnt eine neue Frageunde, und wir machen so lange Fragerunden, wie es Fragen gibt.

Ich möchte die Kolleginnen und Kollegen noch bitten, am Anfang der Frage deutlich zu machen, an welchen Sachverständigen oder welche Sachverständige sich die Frage richtet, wobei ich den Plural ungern allzu sehr benutzt sehen möchte, weil das die fünf Minuten ja doch sehr einschränkt, und wenn Sie Fragen an alle richten, dann können die nicht beantwortet werden; das ist ja ganz klar. Das ist der Maßstab.

Insofern würde ich dann auch gerne beginnen und möchte meine erste Frage an Frau Petersmann richten. Sie haben ein sehr interessantes Bild der unterschiedlichen Welten in Afghanistan geliefert. Zu den Kritikpunkten, die man hört, gehört ja auch, dass die unterschiedlichen Welten dieses Landes nicht erkannt worden seien, weil man den Unterschied zwischen Stadt und Land oder auch die Kenntnisse über das, was dort eigentlich stattgefunden hat, nicht gesehen hat. Hat es denn nach Ihrer Auffassung überhaupt eine Chance gegeben, sagen wir mal, etwas mit dem Engagement dort zu machen, was sowohl im ländlichen als auch im städtischen Bereich hätte akzeptiert werden können? Wie stark war das aus Ihrer Sicht für das Scheitern insgesamt verantwortlich, und was folgt daraus für das, was jetzt kommen soll?

Sachverständige Sandra Petersmann: Drei Fragen. Gut, ich versuche, die fünf Minuten nicht zu sprengen. Ich glaube, ja, es hat Chancen gegeben, wenn man gleich am Anfang Chancen genutzt hätte. Denn wenn wir uns zurückerinnern: Nach dem 11. September verging kein Monat, bis der erste amerikanische Luftangriff stattfand und dann sukzessive die Intervention begann.

Am Anfang gab es, wie es einige Leute genannt haben, eine Friedensdividende. Ich erinnere mich an Bilder in Kabul, Menschen auf der Straße haben gejubelt, und natürlich waren alle am Anfang in der „Kabubble“, in der Bubble Kabul, und das war vielleicht auch Teil des Problems - Männer, die sich die Bärte abrasiert haben, Frauen, die verstärkt ins Stadtbild zurückgekommen sind. Wir haben aber am Anfang unser Engagement nur auf Kabul beschränkt, wenn wir uns zurückerinnern. Es hat gedauert, bis wir in die Fläche gegangen sind. Ich sage „wir“ und meine damit Deutschland. Das sollte ich vielleicht klarstellen; ich bin ja auch Teil davon. Auch wir als Journalistinnen und Journalisten haben am Anfang sehr stark die Perspektive aus Kabul eingenommen, weil sich da eben das politische Geschehen aus unserer Sicht zentriert hat. Aber die Mehrheit der Bevölkerung hat de facto auf dem Land gelebt und tut es bis heute. Das ist ein nicht unwesentlicher Teil an Menschen, die wir ausgeschlossen haben, mit



Nur zur dienstlichen Verwendung

vielen Entscheidungen, die getroffen worden sind, mit vielen Projekten, die ins Land gekommen sind, mit Geld, das ins Land geflossen ist.

Als wir dann in die Fläche gegangen sind, 2003 sukzessive auch die ISAF mit Truppen, haben wir aber auch Krieg mitgebracht; denn die Operation Enduring Freedom, die immer im Hintergrund lief, ist irgendwann auch auf die Stabilisierungskraft ISAF übergeschwappt. Das waren dann Kampftruppen, die in der Fläche standen, in den Dörfern standen. Auch das hat zu einem nicht unwesentlichen Teil dazu beigetragen, dass die Menschen die Soldatinnen und Soldaten als Besatzer wahrgenommen haben und nicht als jemanden, der kommt, um zu helfen und Frieden zu schaffen; das habe ich oft so erlebt. Wenn man zum Beispiel in Kunduz gewesen ist, da, wo die meisten deutschen Soldaten gefallen sind in diesem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, hat es einen Unterschied gemacht, ob man erst mit der Bundeswehr unterwegs war und mit Menschen gesprochen hat - da waren dann auch Bundeswehrsoldaten und Sprachmittler der Bundeswehr dabei -, oder ob man später alleine hingegangen ist, mit seinem eigenen Netzwerk, und noch mal mit den Menschen gesprochen hat. Da hat man schon feststellen können, wie sich Aussagen auch verschoben haben und sich Argumente in der Bevölkerung verschoben haben, vielleicht weil man das Gefühl hatte, jetzt ein kleines bisschen freier sprechen zu können, oder diese Botschaft sich nicht getraut hat zu sagen, als noch Uniformierte dabei waren.

Insofern sind da Fehler gemacht worden, und ein Grundfehler, den wir, glaube ich, bis zum Schluss nicht haben wiedergutmachen können, ist hier auch schon mehrfach angesprochen worden. Es knüpft an das an, was Dr. Zeino gesagt hat: Welche Partner haben wir vor Ort gewählt? Mit wem haben wir vor Ort auch in den ländlichen Gebieten zusammengearbeitet? Darunter waren zu viele, die ich als Schlächter und Menschenrechtsverächter bezeichnen möchte, die aber wichtig waren für den Kampf gegen den Terror, und das ist etwas, was man, wenn man zivilgesellschaftlich arbeiten will, wenn man glaubwürdig sein will - und die Vielschichtigkeit

des Konflikts ist ja schon von sehr vielen hier angesprochen worden -, nicht wiedergutmachen kann. Vielleicht ist dann die Lehre und auch etwas, womit sich dieser Ausschuss beschäftigen muss: Ist es richtig, dass ein Kampfeinsatz und der Versuch eines Staatsaufbaus ohne klar definierte und messbare Ziele parallel laufen? War das nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt? - Das wäre meine Antwort.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen herzlichen Dank, Frau Petersmann. - Herr Kollege Erndl, Sie haben die nächste Frage.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Meine Fragen richten sich an Frau Dr. Zeino. Sie haben beschrieben, dass sich auch eine bemerkenswerte pluralistische Medienlandschaft, Zivilgesellschaft und Debattenkultur ausgeprägt hat. Vielleicht können Sie auch noch mal darstellen, wie dieser Blick auf Kabul oder größere Städte und auf den ländlichen Bereich dann war. Was ist davon jetzt tatsächlich noch übrig geblieben, und was kann man heute auch noch beobachten?

Zweite Frage. Sie hatten beschrieben, dass der Westen eine Einschätzung hatte, dass die Taliban auch zum Beispiel an der Streichung von internationalen Sanktionslisten und vor allem an den Geldern internationaler Geberstaaten interessiert waren. War das tatsächlich eine Aussage der Taliban, die auch wahrnehmbar war oder die auch irgendwo niedergelegt war? Oder war das einfach nur unser Wunschdenken, dass wir dachten: „Dieses Interesse ist da, und deswegen haben wir immer einen Fuß in der Tür“, und am Schluss hat die Taliban nur die Sache mit dem Emirat interessiert?

Vielleicht noch eine dritte Frage, wobei es für fünf Minuten vielleicht zu umfangreich ist. Sie haben gerade dargestellt, dass es noch offen ist, welchen Ideen für die Zukunft die Menschen folgen werden. Sehen Sie Möglichkeiten für uns, das auch noch irgendwie zu beeinflussen? - Danke schön.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sachverständige Dr. Ellinor Zeino: Vielen Dank für die Fragen. - Das Letzte wird natürlich eher eine sehr vage Prognose werden.

Aber vielleicht zur ersten Frage zur pluralistischen Medienlandschaft oder zur breiten diversen Medienlandschaft: Das war tatsächlich bemerkenswert, und zwar auch landesweit verfügbar durch wirklich auch teilweise rein afghanische Medienagenturen. Ich rede jetzt nicht von den großen internationalen Medienagenturen, sondern auch von kleineren Medienoutlets, die im ganzen Land vertreten waren. Und das, was ich in Afghanistan immer bemerkenswert fand, war, dass - trotz der Sicherheitslage und obwohl Afghanistan zu den Ländern gehörte, wo Journalisten am meisten gefährdet waren, einfach weil sie jederzeit zum Ziel werden konnten von Aufständischen, von Terroristen, von Kriminellen - Afghanen extrem mutig waren, ihre Meinung zu sagen. Deswegen konnten wir dort auch richtig gute Debatten führen; denn jeder hat seine Meinung bis zum Schluss vertreten und ausdiskutiert.

Was jetzt davon übrig ist, ist jetzt auch immer schwieriger zu sagen; denn eigentlich schon ab dem 15. August wurden die Informationen immer dünner. Jeder Journalist, der das Land verlässt, ist eine Quelle weniger. Man muss jetzt immer mehr schauen, wie man Quellen gegeneinander abgleicht. Am Anfang und auch jetzt vor allem findet auch sehr viel Selbstzensur statt, weil man einfach die roten Linien nicht kennt und die roten Linien auch nicht klar benannt sind, weil die Taliban selber noch gar nicht alles im Detail durchgeplant haben und es auch eine sehr heterogene Bewegung ist, die auch intern zerstritten ist.

Das Interesse der Taliban an Geldern und Sanktionslisten: Wie groß war das Thema? Natürlich ist das heute ein wichtiges Anliegen der Taliban. Sie müssen irgendwie schauen, dass sie dieses Land am Laufen halten. Um ihre Macht nicht zu verlieren, brauchen sie eine gewisse Unterstützung von außen, brauchen gewissen Geldzufluss, aber - das ist der wichtige Punkt, und das ist auch der Unterschied zu den früheren Kriegsfürsten, die käuflich waren - die Taliban

sind Gesinnungstäter. Das heißt, die werden ihre Ziele nicht für Entwicklungshilfe verkaufen. Das muss uns klar sein, und deswegen müssen wir, wenn wir mit ihnen im Dialog bleiben - auch da schließe ich mich der genannten Meinung hier an, dass man auch weiterhin die Tür nicht zumachen sollte, sondern im Gespräch bleiben muss -, realistisch rangehen. Es geht jetzt darum, Mindeststandards auszuhandeln. Bei Mindeststandards geht es wirklich nur noch um kleine Sachen, aber für Afghanistan ist das eine große Sache. Also, das Thema Bildung sehe ich schon noch als ein Thema, das man verhandeln kann; denn es gibt im islamischen Recht keine Regel, die Bildung für Frauen verbietet. Es gibt kein religiöses Argument dagegen, und deswegen sehe ich da auch noch einen Spielraum; das sind die Punkte, wo man ansetzen muss, aber dafür braucht man auch Religionsgelehrte, die da mit-helfen zu argumentieren.

Für die Zukunft: Welchen Ideen werden sich die Menschen anschließen? Das ist sehr schwer zu sagen. Natürlich ist die IS-KP, der IS-Ableger, die größte Herausforderung; auch ideologisch, denke ich, werden da auch Kämpfer wechseln. Die Enttäuschung ist groß. Man kann aktuell noch überhaupt nicht weit in die Zukunft schauen. Aber ja, man sollte schon unterschwellig gucken, wie man die Zivilgesellschaft unterstützen kann, aber nicht mit großen Geldsummen, sondern es muss lokal verankert sein, es muss von innen heraus kommen, und wir können die Hand aufhalten, aber wir können das Land nicht retten. Also, dieses Bild, dass wir kommen und retten, das hat nie funktioniert und wird auch nicht funktionieren. - Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Herr Kollege Wagener.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielen Dank erst mal an alle Sachverständigen für den Input, den Sie uns gegeben haben, und dass Sie die Mühe auf sich genommen haben. Das ist eine wertvolle Arbeitsgrundlage für unsere weitere notwendige Aufklärungsarbeit, die wir hier leisten. Also vielen Dank dafür.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Meine ersten beiden Fragen gehen an Frau Safi. Die erste Frage bezieht sich auf die deutsche Beteiligung. Sie haben gerade sehr gut ausgeführt, was Sie an Fehlern im gesamten Zeitraum des Einsatzes auch gesehen haben. Was wären aus Ihrer Sicht mögliche alternative deutsche Reaktionen auf den US-Taliban-Deal von Doha gewesen, und hat aus Ihrer Sicht die Bundesregierung zum Abschluss von Doha beigetragen, oder hätte sie irgendwie anders beitragen können? - Das ist die erste Frage.

Die Zweite: Nach Ihrer Einschätzung damals oder auch dem, was Sie aus der afghanischen Zivilgesellschaft mitbekommen haben in der damaligen Einschätzung, wurde den Taliban irgendwie zugeschrieben, ein ernsthaftes Interesse an einer inklusiven Regierung und einer geordneten Machtübernahme unter Wahrung von Menschen- und Frauenrechten zu haben?

Sachverständige Mariam Safi: Thank you for your question. In terms of an alternative for the Doha deal or the role Germany could have played, if I heard correctly on the translation, there were multiple occasions when civil society actors and women's organisations had engagements with both the German ambassador as well as the special envoy. And there were also several visits of delegations from Germany, like the foreign minister who came to Kabul. And in those meetings, they always met with civil society actors. And that was very much appreciated. And in those meetings, from the very beginning of this process, these concerns, which I've reiterated here, are the ones that were echoed to them consistently. And what Afghans had hoped was that perhaps Germany, as one of the members of the international community and one that played a key role with the United States in supporting this process, would bring those to the table. However, oftentimes we were told that because this is a US-Taliban agreement, there is no scope for what Afghans want in this process. But that's not how they sold it to us when they initially started the process. When it initially started, it was something different. But what it led to was what we were always fearing. And if you look at the Women's Movement for Peace, which started very organically in Afghanistan in

2018, when Ambassador Khalilzad was appointed and this whole process started, that's where the concerns and the right asks were told of.

So when I say that this could have been an alternative, it could have been, but international politics was prioritised. In terms of whether the Taliban would commit to an inclusive government: no. There was a narrative that had grown in Afghanistan among some actors, both government and civil society, including journalists, Afghan journalists, that this Taliban was a Taliban 2.0, that it was a new version of the Taliban, one that was now very well trained in Doha by international the community and various countries. And they were trained, they were trained at negotiation, they were trained at international law and all of that, so they would be more amenable to bring about more progressive changes. But a lot of us in civil society did not believe that because we had not yet seen the Taliban make a single change to indicate or reflect that new "2.0". So you could look back at 2015, '16, '17, '18, '19 - there were no changes. In fact, in areas where they controlled, they imposed curfews and they imposed restrictions on women and youth, etc. And so we never saw a change. So we said, no, there is no "2.0".

But for both some Afghans, some had this belief, and in the international community, it was like - if I could paint you a scenario: Civil society actors were often invited by all members of the international community for various one-on-one meetings. After 2018, the first six months of Ambassador Khalilzad being appointed, all of a sudden there was a shift in the diplomatic community. And those same ambassadors who used to meet us and sympathise with us and talk to us about how to support and how to make sure that civil society and women have a role - all of a sudden started asking us these questions: "do women in the provinces also have this belief, Mariam?" So this was one such question. All of a sudden, our voices meant nothing because this narrative grew that we were elite and Kabul-based and diasporan land and we did not represent the women of Afghanistan. And the second thing that was consistently thrown at us



Nur zur dienstlichen Verwendung

was: "But the Taliban have changed. Why don't you engage with them? Why don't you talk to them? They've changed." So there was a complete shift in the diplomatic community across the board.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Thank you very much. - Die nächste Frage geht an den Kollegen Keuter.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielen Dank erst mal für Ihre Ausführungen. Das war sehr interessant, und für uns hier gerade zu Beginn des Untersuchungsausschusses ist das ein ganz besonderer Tag. Wir sind in unserem Untersuchungszeitraum sehr beschränkt. Sie sind in Ihren Ausführungen fast alle auf einen weiteren Zeitraum, nämlich fast die 20 Jahre, eingegangen, weil man diese Spotbetrachtung aus meiner persönlichen Sicht so gar nicht vornehmen kann. Deshalb bin ich Ihnen hier auch für die zeitliche Einordnung dankbar. Heute ist auch die Chance für uns, diesen Gesamtkomplex näher zu verstehen und über diesen Zeitraum hinaus nach vorne oder nach hinten zu gucken. In diese Richtung gehen auch meine Fragen.

Ich habe an viele von Ihnen Fragen, aber ich möchte in dieser Runde mit Herrn Dube anfangen. Ihre Ausführungen haben mich etwas entsetzt. Ich bin stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, und das schon die zweite Legislatur. In den letzten Jahren ist das Thema „Mädchen und Frauen“ extrem politisch aufgeladen und immer als Rechtfertigung für die Verlängerung der Afghanistan-Einsätze gesehen worden. Ich musste - da zitiere ich dann aus Ihren Ausführungen einige Passagen - hier mit Schrecken zur Kenntnis nehmen, dass, was die Schulsituation der afghanischen Mädchen angeht, vor allen Dingen Gelder der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, die offensichtlich ausgezahlt worden sind, nicht zweckbestimmt verwendet wurden. Sie waren damit beauftragt, sich im Feld Projekte der GIZ anzugucken, und hatten dann geschrieben - ich zitiere -:

In der Regel fand ich vor Ort nichts vor. Die Schulbaustatistiken und die Angaben, wie viele Mädchen diese Schule besuchten, wurden dennoch nicht korrigiert. Zu peinlich wäre es gewesen, wenn Spender oder Auftraggeber

- ich denke, in diesem Fall auch die GIZ -

das erfahren hätten. So entstanden sehr hohe Zahlen von Mädchen, die die Schule besuchten, die tatsächlich nie eine Bildungseinrichtung von innen gesehen haben.

Vielleicht können Sie weiter dazu ausführen, was für ein Gefühl Sie haben, wie viele Geldbeträge oder welche Summen hier nicht zweckbestimmt angekommen sind, und einen tieferen Einblick geben, ob die Statistiken inzwischen auch insbesondere beim BMZ korrigiert worden sind.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Dube.

Sachverständiger Hans-Hermann Dube: Herr Abgeordneter Keuter, es steht mir nicht zu, einen Abgeordneten zu kritisieren, aber ich hätte mir eigentlich gewünscht, Sie hätten meinen Text richtig gelesen. Ich habe nicht von der GIZ gesprochen, an keiner Stelle.

Stefan Keuter (AfD): Sondern?

Sachverständiger Hans-Hermann Dube: Ich habe festgestellt - die Staatengemeinschaft war ja mit unendlich vielen Agenturen in Afghanistan, vor allen Dingen meine amerikanischen Freunde, die praktisch nie ihren Compound in den großen Städten verlassen durften -, dass die Kolleginnen und Kollegen dieser Agenturen uns gelegentlich baten, weil wir im gesamten Land waren, bei speziellen Vorhaben, vor allen Dingen von der Weltbank finanziert, die Plätze anzuschauen, an denen deren Schulen, die die finanziert haben, gebaut worden sein sollen, die aber tatsächlich gar nicht existierten. Das ist Teil der Korruption, zu der die Staatengemeinschaft sicherlich auch beigetragen hat: dass viele afghanische, aber auch pakistanische Bauunternehmer, versprochen haben: „Wir bauen da und da eine Schule“, oftmals auch weil afghanische Abgeordnete



Nur zur dienstlichen Verwendung

dahinterstanden. Es wurden Schulen angeblich gebaut, es wurden Bilder dieser Schulen gezeigt. Auf der Basis dieser Bilder haben dann zum Beispiel die Kollegen von USAID den Schulbau bezahlt. Das gilt nicht für die GIZ. Das habe ich an keiner einzigen Stelle geschrieben.

Stefan Keuter (AfD): Das heißt, ich kann davon ausgehen, dass solche Fälle bei der GIZ nicht passiert sind?

Sachverständiger Hans-Hermann Dube: Davon dürfen Sie gerne ausgehen, da wir im gesamten Land tätig waren, anders als andere Agenturen. Wir hatten andere Sicherheitsvorkehrungen. Ich darf noch mal wiederholen: Meine Sektion, die ich in Afghanistan geleitet habe, GIZ International Services, hat vor allen Dingen für Auftraggeber aus anderen Nationen, für die Weltbank oder auch die Vereinten Nationen gearbeitet, und über das weltgrößte Programm der Weltbank, das National Solidarity Program, haben wir in Afghanistan alle Dörfer erreicht. Also, wir waren deutlich mobiler im Land unterwegs als alle anderen Agenturen zusammen. Deswegen wurden wir immer gerne um Rat gefragt und auch gebeten, zu schauen, was denn nun tatsächlich vor Ort mit dem Geld, das andere Nationen aufgebracht haben, passiert ist. Aber ich sage wirklich - ich bitte auch darum, das zu Protokoll zu nehmen -: Das geht nicht um deutsche Entwicklungsgelder, über die ich hier berichtet habe.

Stefan Keuter (AfD): Gut. Herzlichen Dank noch mal für diese Klarstellung. Im Protokoll ist es drin. Habe ich noch Zeit? Ich sehe hier leider keine Uhr laufen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nein.

Stefan Keuter (AfD): Okay. Dann machen wir in der nächsten Runde weiter. - Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Als Nächstes kommt die Kollegin von der FDP. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen herzlichen Dank. Ich möchte mich auch bei allen

Expertinnen und Experten sehr herzlich bedanken für Ihre Zeit und dass Sie sich zur Verfügung gestellt haben. Das ist sehr wertvoll.

Meine Fragen richten sich an Herrn Professor Dr. Schetter. Ich habe zwei Stoßrichtungen für meine Frage: Die eine betrifft das Doha-Abkommen und die Abzugsmodalitäten und die andere das Thema „Taliban und Rückhalt in der Gesellschaft“. Wenn Sie sich in die Zeit von 2020 oder davor versetzen: War das Abzugsdatum 30. April 2021 nur eine Luftnummer, oder hat man das damals ernst genommen? Welche Rolle hat das für Sie persönlich gespielt? Haben Sie das als ernsthaftes Datum angenommen?

Dann das Thema „condition-based“: Sie haben vorher schon was dazu gesagt, dass Ihnen eigentlich die Verknüpfung mit Friedensverhandlungen in dem Abkommen gefehlt hat. Aber inwieweit haben Sie den Abzug als „condition-based“ wahrgenommen? - Das ist das eine.

Das andere wäre die Frage: Inwieweit haben Sie damals gedacht, dass die Taliban in der ländlichen Bevölkerung Rückhalt haben? Also, was war da Ihre Wahrnehmung aus Ihrer damaligen Perspektive? Das ist ein bisschen schwierig. Sie müssen sich sozusagen ein bisschen zurückbeamen. - Danke schön.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Professor Schetter.

Sachverständiger Dr. Conrad Schetter: Frau Dr. Jurisch, vielen Dank für diese beiden Fragen, zu denen ich ganz gerne noch etwas ausführen würde. Das Datum 30. April 2021, das dann von Biden noch mal verlängert wurde bis 11. September, wurde erst einmal als sehr willkürlich wahrgenommen, nicht von mir, sondern von der gesamten Expertencommunity, und eigentlich auch als nicht haltbar. Ich hatte gerade darauf hingewiesen, dass die US-Truppen schon reduziert wurden. Aber ich glaube, dass überall die Meinung vorherrschte, dass das ein Zeitpunkt ist, wo weder die afghanische Regierung dazu in der Lage ist, dann dieses Land zu übernehmen, noch und geschweige denn die Sicherheitskräfte, auch die internationale Gemeinschaft. Also ich glaube, es ist ein Datum, das als solches auch mal in den



Nur zur dienstlichen Verwendung

Raum geschmissen, aber von keinem richtig ernst genommen wurde.

Die Taliban nahmen das Datum sehr ernst, und die Taliban arbeiteten auch sehr stark darauf hin. Als das Datum nicht mehr gehalten wurde und dann auf das historische Datum des 11. September verschoben wurde, sahen sie eben einen Wortbruch der Amerikaner und begannen die Intensivierung ihrer Angriffe und dann eigentlich auch ein Überrollen des Landes, wobei es, glaube ich, die Taliban selbst überraschte, wie schnell das ging. Was eigentlich von vornherein gefehlt hat - das ist, glaube ich, der Punkt der Konditionalisierung -, war eigentlich, gerade in Verbindung mit dem Friedensprozess, ein Stufenplan, wo man hätte sagen können: Es bleiben noch einige Tausend amerikanische Truppen im Land, bis ein gewisses Gewaltniveau nicht mehr überschritten wird, bis gewisse Vereinbarungen zwischen dem republikanischen Team und den Taliban erreicht werden. All das hat nie stattgefunden. Das heißt, der Termin war willkürlich, und der gesamte Prozess war eben nicht an irgendwelche Konditionen gebunden. Das ist, glaube ich wirklich, das Dramatische, was man daraus ziehen muss.

Auch der 11. September, der als Abzugsdatum gewählt wurde, hatte eine symbolische Bedeutung, aber mehr auch nicht. Ich würde sogar einen Schritt weitergehen und sagen, dass die internationale Gemeinschaft diesen 30. April doch eher als virtuellen Termin wahrnahm, aber auch nicht wirklich geglaubt hat, dass sich damit wirklich was ändern würde. Es war ein bisschen so, dass der gesamte Exit aus dem Land mental nach hinten verschoben wurde und keiner an diesen Tag denken wollte, wenn der dann irgendwann eintreten würde.

Der Rückhalt der Taliban in der Bevölkerung, vor allem der ländlichen Bevölkerung, speist sich aus diversen Dingen. Zum einen - ich habe das erwähnt - war wirklich das, was man Kriegsmüdigkeit nennt, ein ganz zentraler Aspekt. Ein anderer war - und der hat an sich die gesamten 20 Jahre der Intervention überschattet und damit in gewisser Weise auch Wiedererkennungseffekte der Zeit des kommunistischen Regimes 1978 bis 1986*

bzw. bis 1991 gebracht -, dass die ländliche Bevölkerung sich immer wieder Wertvorstellungen ausgesetzt sah, durch die sie ihre eigenen, doch sehr konservativen Ideen in Gefahr sah. Das wurde eigentlich in den letzten 20 Jahren sehr deutlich, dass man nicht genau wusste, worauf man sich mit dieser Entwicklung einlässt - nehmen Sie Punkte wie Demokratie, Stellung der Frauen -, und in der ländlichen Bevölkerung viele der ländlichen Eliten die Sorge hatten, dass sie ihre Macht verlören. Ich glaube, das ist ein Kommunikationsproblem, das man während der gesamten Intervention hatte, dass man diese Entwicklung nicht so darstellte, dass die ländliche Bevölkerung verstand, dass sie zu den Gewinnern gehören würde, sondern man hatte sehr große Vorbehalte.

Gleichzeitig muss man sagen, dass in der ländlichen Bevölkerung der Zugang zu Ressourcen eigentlich entscheidend dafür war, welcher Gruppe man angehörte. Sie können das für eine Provinz wie Helmand bis auf die Lokalebene durchdeklinieren, dass es Gruppen gibt, die, etwa in den Oasen, einen sehr guten Zugang zu Ressourcen hatten und andere, die marginalisiert waren. Wenn die eine Gruppe mit der Regierung zusammenarbeitete, war die andere gleichzeitig sofort aufseiten der Opposition und schloss sich den Taliban an. Das heißt, dieser reine Überlebenswille war häufig entscheidend, ob man sich der einen Partei oder der anderen zuordnete. Es war wirklich die Frage des Ressourcenzugangs, die entscheidend war. Das können Sie über das gesamte Land hinweg beobachten: Es ging immer wieder um Landrechte, Wasserrechte, um Bauland, um Minen; man hatte immer wieder konkurrierende Gruppierungen. Entweder war man afghanische Regierung oder - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich unterbreche Sie ungern, aber ...

Sachverständiger Dr. Conrad Schetter: Ich bin schon am Ende. - Genau; es bleibt dabei.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann kommt jetzt als Nächstes die Frau Kollegin Büniger. Bitte schön.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Clara Büniger (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank auch an alle Sachverständigen für die sehr informativen und wichtigen Punkte, die Sie alle genannt haben. - Meine Fragen richteten sich an Frau Dr. Mielke, und ich würde gerne noch mal die Sicherheitslage in Afghanistan in den Blick nehmen. Herr Professor Dr. Schetter hat auch über die Sicherheitslage der Rückkehrerinnen und Rückkehrer gesprochen; Frau Mielke hat es auch in ihrem Gutachten geschrieben. Es geht um den Punkt „Afghanistan als sicheres Herkunftsland“, und in diesem Zusammenhang möchte ich über die Frage der zurückgekehrten bzw. der nach Afghanistan abgeschobenen Menschen sprechen.

Die vorerst letzte Abschiebung fand im Juli 2021 statt, und erst am 11. August, also wenige Tage vor dem Einmarsch der Taliban in Kabul, gab das BMI die Aussetzung von Afghanistan-Abschiebungen bekannt. Noch Anfang August 2021 gab es im Wahlkampf eine Debatte darüber, an den Abschiebungen festzuhalten. Da hatte der Unionskandidat Herr Laschet das noch befürwortet, und Seehofer hat das auch unterstützt. Mit diesem Bezug möchte ich noch mal auf die Frage der Auswirkung auf Abschiebungen bezüglich des Doha-Abkommens zu sprechen kommen.

Sie führen in Ihrem Gutachten aus, Frau Dr. Mielke, dass die Entwicklung der Sicherheitslage nicht zu einer Verminderung der allgemeinen Bedrohung für Zivilistinnen und Zivilisten und potenzielle Rückkehrer/-innen beigetragen hat. Deshalb bot die Sicherheitslage keinen Ansatzpunkt für eine möglicherweise positive Bewertung der Möglichkeit von Abschiebungen nach Afghanistan auf Basis des Doha-Abkommens. Die entsprechenden Zahlen dazu führen Sie in Ihrem Gutachten auch auf. Deshalb wäre meine Frage an Sie: Was waren nach Ihrer Ansicht die größten Bedrohungen für Zivilistinnen und Zivilisten und potenzielle Rückkehrer/-innen? Decken sich die internen Leitsätze des BAMF, die sagen, dass Afghanistan insbesondere für junge und gesunde Männer immer noch ein sicherer Schutzraum wäre, mit Ihren Einschätzungen zur Lage in Afghanistan 2019 bis 2021, oder weicht das eher davon ab? - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Dr. Mielke, Sie müssen jetzt mit zweieinhalb Minuten auskommen in der Antwort, aber das ist ja nicht die letzte Runde. - Bitte schön.

Sachverständige Dr. Katja Mielke: Ja. Ich versuche mein Bestes. - Vielen Dank, Frau Büniger, für die Frage. Die Vorredner haben es auch schon angedeutet: Wir stellen fest, dass das Doha-Abkommen keinen positiven Effekt auf die Sicherheitsentwicklung hatte, wie man das möglicherweise hätte vermuten können. Meiner Ansicht nach, wie auch Conrad Schetter das bereits ausgeführt hatte, gab es seit 2014 eine stete Verschlechterung der Sicherheitslage, sodass eigentlich Abschiebungen hier tatsächlich hätten überdacht werden sollen, möglicherweise auch die Kriterien für diese Abschiebungen.

Ihre Frage zielte auf die Situation der Rückkehrer ab. Auch Frau Zeino hat es schon angesprochen; sie sprach von einer prekären und unvorhersehbaren Sicherheitslage um die Zeit 2019/2020, und ich würde sagen, das galt auch für die Jahre davor.

Das heißt, aufgrund dessen, was ich auch versucht habe zu schildern, dass es eben nicht nur diesen Metakonflikt Taliban gegen Regierung gab und man Gefahr lief, dort in den falschen Checkpoint oder in irgendwelche Scharmützel zu geraten oder Opfer zufälliger Anschläge zu werden, die sich halt in diesem Zeitraum auch ganz besonders in den urbanen Gebieten sehr erratisch ereigneten, war es dann tatsächlich auch so, dass man, wenn man keine Verbindungen hatte zu einer bestimmten Gruppe - und das hatten ja die Leute, die alles hinter sich gelassen hatten, normalerweise bei ihrer Rückkehr nicht; sie konnten oft noch nicht mal zu ihren Familien -, auf sich allein gestellt war. Man musste halt sehen, wo man überhaupt bei der Rückkehr nach Kabul bleibt - das war ja meistens der Ankunftsflughafen -, und konkurrierte dort wiederum mit einer Masse von Binnenvertriebenen und auch Leuten, die sowieso schon aufgrund der Sicherheitslage in die Städte zurückgekommen waren, um Arbeit, um Brot, um überhaupt auch einen Platz zum Schlafen zu finden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

So waren viele von diesen Leuten eher dem Risiko ausgesetzt, sich wiederum anderen militanten Gruppen anzuschließen. Da gibt es natürlich die Taliban, es gibt den IS-K, es gibt aber auch viele andere, einfach nur Zugehörigkeitsverbände von lokalen Machthabern, die dort ihre eigenen Milizen hatten, um sich selber und ihre Klientel abzustützen. Das heißt, ich würde entgegen der BAMF-Meinung sagen: Es gab keine Möglichkeit zur Neutralität; man musste sich positionieren und lief möglicherweise auch Gefahr, dort selbst Teil einer militanten Gruppe zu werden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen herzlichen Dank. - Wir hier vorne sind uns einig, dass wir Ihnen vorschlagen möchten, die Sitzung jetzt zu unterbrechen. Das erhöht die Vorfreude auf die Kollegen Nürnberger und Röwekamp, die dann nachher fortsetzen. Es finden jetzt eine namentliche Abstimmung und anschließend Wahlen statt. Es macht keinen Sinn, das künstlich zu trennen. Ich würde Ihnen also vorschlagen, bis 15 Uhr zu unterbrechen. Der Catering-Wagen ist inzwischen auch wieder da. Ich bitte um Verständnis bei Ihnen für diese kleine Pause und würde darum bitten, dass wir uns pünktlich um 15 Uhr wieder hier treffen. Ich unterbreche jetzt die Sitzung.

(Unterbrechung von
14.02 bis 15.01 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, auch aus Respekt gegenüber unseren Gästen fangen wir pünktlich an, wie vorhin vereinbart. Ich freue mich, dass Sie wieder hier sind, und darf Ihnen die erfreuliche Mitteilung übermitteln, dass der Protest beim Bundestagsdirektor offenbar doch ein bisschen geholfen hat: Die Firma Dussmann hat sich entschlossen, heute ein bisschen länger dazubleiben, sodass diejenigen, die heute hier noch länger ausharren, mit stabiler Versorgungslage rechnen können. Das ist das eine.

Ansonsten würden wir jetzt fortfahren in dem gewohnten Prozedere: fünf Minuten für Frage und Antwort. - Der Nächste, auf dessen Beitrag wir uns freuen, ist der Kollege Nürnberger. Bitte schön.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielen Dank, liebe Sachverständige, dass Sie uns heute Ihre Zeit für diesen Untersuchungsausschuss zur Verfügung stellen.

Ich möchte zum Beginn des Zeitrahmens zurückgehen, für den der Untersuchungsausschuss eingesetzt worden ist. Meine Frage bezieht sich auf das Doha-Abkommen und seine Wahrnehmung. Als es abgeschlossen worden ist, gab es ja auch in Deutschland teilweise die Hoffnung, dass damit ein Schritt auf einen innerafghanischen Friedensprozess gemacht wurde. Schließlich haben sich die Taliban erstmals verpflichtet, mit der afghanischen Regierung über diesen Friedensprozess zu verhandeln.

Haben Sie aus Ihrer Perspektive, Herr Dube, diese optimistische Einschätzung geteilt? Sie haben in Ihren Aussagen erwähnt, dass die Sicherheitslage katastrophal war und dass die militärischen Truppen in ihren Compounds gefangen waren. Glaubten auch Sie daran, dass es hier tatsächlich Fortschritte geben kann, oder glaubten Sie, dass dieses Doha-Abkommen niemals zu einer Verbesserung der Lage in Afghanistan führen wird? Sollten Sie die letzte Frage mit Nein beantworten, hielten Sie es dann bereits zu diesem Zeitpunkt für notwendig, die entsprechenden Vorkehrungen für einen Rückzug Ihrer Mitarbeiter, Ihrer Organisation aus Afghanistan vorzubereiten und einzuleiten?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Dube.

Sachverständiger Hans-Hermann Dube: Als Beamter habe ich ja gelernt, kurz zu antworten, auch auf komplexe Fragen von Politikerinnen und Politikern. Meine Antwort ist in der Tat: Nein, ich habe nicht damit gerechnet. Ich habe vor allen Dingen deswegen nicht damit gerechnet, weil ich zu dem Zeitpunkt auch in einem ganz engen Kontakt mit afghanischen Entscheidungsträgern war, aber auch mit Menschen, die sich den Taliban zugehörig fühlten und noch immer fühlen, und mit der ganz normalen Bevölkerung. Eigentlich hat niemand damit gerechnet, dass das zu irgendwas gut sein könnte. Im Gegenteil: Es wurde so gesehen, dass die Lage sich dort eher verschlechtern würde, weil die verbliebene



Nur zur dienstlichen Verwendung

Autorität der Regierung Ashraf Ghani komplett untergraben wurde und ihn dann überhaupt keiner mehr ernst nahm. Ich glaube, an irgendeiner Stelle hatte ich geschrieben, er wurde noch nicht mal mehr als Bürgermeister von Kabul wahrgenommen. Und so war es in der Tat. Von daher habe ich nicht damit gerechnet.

Meine afghanischen Kollegen, mit denen ich mich regelmäßig austausche, haben sehr schnell gesagt, dass das Land jetzt auseinanderbrechen wird, wobei keiner wusste, in welche Richtung. Wir gingen auch durchaus davon aus, dass es zu einem Bürgerkrieg kommen könnte. Das war dann Gott sei Dank nicht der Fall. Aber ich habe es auch an afghanischen Mitarbeitern bei mir, hochkarätige Leute, gesehen: Die haben das Land da schon und auch schon vorher verlassen, auch deren Familien weggeschickt. Das war ein Indikator dafür, dass das nicht funktionieren wird; denn niemand verlässt sein Heimatland freiwillig.

Die sind gegangen, und damit war eigentlich klar, dass auch wir uns darauf vorbereiten müssen, zu gehen. Aber wir hatten ja noch nicht mal richtige Pläne, weil wir auch nicht genau wussten, was nun unsere amerikanischen Verbündeten machen werden. Insofern gab es auch ein gewisses Vakuum dort, ein Wahrnehmungsvakuum, wie es nun passieren wird. Das, was nun jeweils aus der amerikanischen Regierung kam, war auch nicht sonderlich hilfreich. Ich glaube, nicht nur die Afghanen haben sich übervorteilt gefühlt, sondern auch die Partnernationen, die dort alle gemeinsam waren, fühlten sich vorgeführt. Das war, glaube ich, mit das Hauptproblem. Dass es am Schluss so dramatisch schnell ging, das hat uns alle überrascht.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Herr Dube. - Dann wird die erste Runde jetzt gekrönt durch den Kollegen Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich habe auch eine Frage an den Sachverständigen Dube. Herr Dube, Sie sind ausweislich der Vita und auch des Gutachtens

ein ausgewiesenen langjähriger Experte, was die Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan betrifft. Dahin zielt jetzt auch meine Frage. Uns interessiert ja ganz maßgeblich der Zustand des Landes zum Zeitpunkt des Abschlusses des Doha-Abkommens, also 29. Februar 2020.

Sie beschreiben auf der einen Seite in Ihrer Stellungnahme die Spaltung des Landes in die Hauptstadt und die Eliten und auf der anderen Seite die ländliche Bevölkerung und sagen: Das ist eben auch für die Frage der Akzeptanz von Taliban und von staatlichen Systemen ausschlaggebend. - Auf der anderen Seite bezeichnen Sie die langjährige Entwicklungszusammenarbeit und die Leistung der deutschen Entwicklungshilfe als außerordentlich positiv.

Deswegen meine Frage, auch im Hinblick auf Ihre Tätigkeit: Hat diese Zusammenarbeit eigentlich versucht oder sogar erreicht, dass auch in der ländlichen Bevölkerung sozusagen die Menschen stabiler leben, dass sie mehr Akzeptanz für das staatliche System haben, dass sie bereit sind, sich auch ein kritisches Bild von den Taliban zu bilden? - Das ist die eine Frage, also die erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit auf der einen Seite und der Zustand des Landes, wie Sie ihn beschreiben, auf dem Land insbesondere, auf der anderen Seite.

Die zweite Frage richte ich an Sie und vielleicht, wenn es auch noch geht, an Professor Schetter. Das ist nämlich die Frage: Also, die Gutachter sind sich ja alle einig, dass das Abkommen von Doha aus ganz unterschiedlichen Gründen und mit ganz unterschiedlichen Gewichtungen nicht die richtige Antwort gewesen ist, um es mal vorsichtig zu sagen. Unterstellen wir jetzt aber trotzdem mal den unbedingten Willen der Amerikaner, im Jahr 2021 aus dem Land abziehen zu wollen. Was wäre denn eigentlich eine Alternative gewesen? Also, hätte es für die deutsche Politik eine andere Möglichkeit gegeben, mit dieser Situation umzugehen, als sie es am Ende getan hat?

Sachverständiger Hans-Hermann Dube: Herr Abgeordneter, das ist nicht so ganz leicht zu beantworten, aber ich will es trotzdem versuchen. Ich habe die vielen Jahre, die ich dort in dem Land



Nur zur dienstlichen Verwendung

gearbeitet habe, immer versucht, auch meine Führung davon zu überzeugen, dass wir eine durchaus zweigeteilte Entwicklungszusammenarbeit brauchen, einmal eine, die sich natürlich in dem Bereich State Building tummelt und da arbeitet. Ich habe die Zeit nicht; ich müsste da eigentlich ein bisschen tiefer einsteigen. Ich glaube, dass der Weg, den wir gegangen sind, nicht ganz richtig war und dass wir natürlich im ländlichen Bereich arbeiten müssen, und das mit einer - meine Kollegen in der GIZ würden jetzt sagen - mittelalterlichen Entwicklungspolitik, nämlich einer, die wirklich ganz nah bei den Menschen ankommt, mit - ich will das mal etwas überspitzt sagen - arbeitsbeschaffenden Maßnahmen, wo jeder abends sein Geld mit nach Hause nimmt und am lokalen Markt Essen einkauft für seine Familie. Ich habe es gesehen: Der geht stolz wie Bolle nach Hause, hat seine Familie wieder satt gemacht.

Natürlich müssen wir gleichzeitig Capacity Development in den Strukturen betreiben. Aber wenn wir das eine nicht machen, nämlich die ländliche Bevölkerung stark mit einbinden, dann fliegt uns die andere Seite um die Ohren - wie auch umgekehrt. Diesen Spagat haben wir, glaube ich, als Deutsche noch relativ gut hinbekommen.

Andere Nationen haben aber darauf gesetzt, die Regierung in Kabul aufzubauen. Aber diese Regierung in Kabul bestand in erster Linie aus den Bürgerkriegsverbrechern. Das hat die Bevölkerung wieder zutiefst verwirrt und verstört, dass da Leute unterstützt wurden, die vorher das Land in Schutt und Asche gelegt haben. Das Land ist ja mehr in Schutt und Asche gelegt worden durch den Bürgerkrieg als durch die Sowjets; das wird hier oft so gar nicht wahrgenommen. Das ist ein ganz großes Problem.

Die zweite Frage haben Sie an Dr. Schetter gerichtet.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): An beide, wenn es geht und wenn Zeit ist; sonst nur an Sie.

Sachverständiger Hans-Hermann Dube: Die Situation 2021 zum Zeitpunkt des Zusammen-

bruchs war in der Tat so, dass die lokalen Sicherheitsorgane nicht mehr handlungsfähig waren; deren Personal war auch weggelaufen. Einer meiner Kollegen hatte das gerade eben schon einmal gesagt: Der große Fehler war ja, dass die staatlichen Organe alle zu hundert Prozent durch uns finanziert waren und dieses Geld gar nicht oder nur sehr wenig bis zum Polizisten, bis zum Soldaten, der irgendwo stand, durchsickerte. Deswegen gab es keine Loyalitäten. Das heißt also, aus den Sicherheitsorganen wie auch aus der ländlichen Bevölkerung gab es eigentlich keine Loyalität zur in Kabul existierenden Regierung; das ist das ganz große Problem. Das hat diesen Zusammenbruch so unglaublich beschleunigt, und das haben wir in dieser Form offensichtlich als Staatengemeinschaft nicht vorhergesehen oder auch nicht sehen wollen.

Ich habe, glaube ich, in 2005 oder in 2006 mal ziemlich viel Ärger gekriegt, obwohl ich das Interview mit meinem damaligen Staatssekretär abgesprochen habe. Ich habe in einem Interview mit Claus Kleber im ZDF gesagt, dass der Approach, den wir jetzt haben, dass wir auf diese Regierung in Kabul setzen und auf „Trickle Down“ hoffen, verkehrt ist, dass wir in die Dörfer, in die Distrikte, in die Provinzen gehen und von unten nach oben aufbauen müssen, etwas tun müssen, was bei den Menschen ankommt, was sie verstehen. Das war von der Bundesregierung damals nicht gewollt, dass so was gesagt wird. Aber mein Glück war: Das war abgestimmt, zumindest mit meinem Staatssekretär. Insofern war die Entlassung, von der ich nachts erfuhr, am nächsten Morgen wieder aufgehoben.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So weit dazu. Wir müssen versuchen, das in eine andere Antwortrunde einzubauen, Herr Professor Schetter. Das machen wir dann in der nächsten Runde.

Dann würde ich die zweite Fragerunde eröffnen. - My question goes to Mariam Safi. You talked about the hopes that the Afghan people had in the help of the German government and also about the frustration and put pretty sharp criticism on what happened after that. Therefore,



Nur zur dienstlichen Verwendung

I would like to ask you: where did you see the chances for Germany to go a different course at what time, for instance, in influencing the Doha agreement? And secondly, what's the consequence of that in terms of what has to be done now?

Sachverständige Mariam Safi: Thank you for your question. In terms of the first part of your question, Germany was involved in setting up different forums. For instance, it facilitated the Doha Forum in July of 2020, where it brought a very large delegation of Afghan actors, including civil society as well. It facilitated discussions in the past. The issue is that where Afghans were invited to these forums, what they had to recommend or what they had to say was never taken forward from that point onwards, because civil society organisations were looked at as a problem. They were looked at as an obstacle to facilitating a successful intra-Afghan dialogue. So everybody in the international community wanted to keep those voices away from the table for as long as they could so they could reach some of those what some would say were “low-hanging fruit”, like, for example, a comprehensive ceasefire or, for example, talking about the structure of a transitional authority. They wanted to get those things out of the way before they would allow civil society to come. Because if they allow civil society to go first and talk about those matters, then what would happen is that they would raise objections on all of those fronts. And it's not something that the international community wanted. There was a fatigue. There was a fatigue also on part of Germany, and everybody wanted to leave Afghanistan at that point. They had everything they needed at that time to change course. And the course would have been: you're inviting individuals to these events.

You have civil society declarations. You have tons of statements that are released by organisations on how they want this process to be sustainable. Why wasn't anything done about that on the table? This is my own question as to why was there no effort to do that.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: What does that mean for today?

Sachverständige Mariam Safi: What does that mean for today? That is a very difficult question. I would say that for now, Germany has an essential role to play, both at the United Nations, where humanitarian assistance is identified, where pressures are placed on the Taliban. They want recognition. And that's all they want right now. And in order to get that recognition, the Taliban actually don't have to do much because the international community has set the bar so low for them, for example: opening up of girls' schools. Nobody actually thinks of the curriculum that would they would then have to learn. Access to some employment centres, access to healthcare. These are low-hanging fruit that, if the Taliban at any point in time were to reach for it - we fear that the international community would then recognise them.

So the answer is, advocacy on that front, support for civil society organisations in Afghanistan and leverage. I think Germany continues to have a lot of leverage that they could use because Germany has very close relations, good engagement with the Taliban, which it has built over the last two decades with the Taliban elsewhere, but also in Doha alone. So that engagement or that trust-building that they have could be used.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Thank you very much. - Herr Kollege Erndl.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich habe Fragen an den Herrn Professor Schetter. Ich würde zum einen die Frage vom Kollegen Thomas Röwekamp noch mal aufrufen: Was wären eigentlich alternative Optionen gewesen? Und das vielleicht als kleine Frage an Frau Dr. Zeino gerichtet.

Dann noch eine zweite Frage an Herrn Schetter, wie man die Landbevölkerung - quasi so, wie es an den Herrn Dube ging - da auch irgendwie noch stärker mit hätte einbeziehen können. Was hätten wir da anders machen müssen, um sozusagen neben den Städten auch den ländlichen Raum zu gewinnen?

Sachverständiger Dr. Conrad Schetter: Herr Erndl, vielen Dank für die beiden Fragen. Zur



Nur zur dienstlichen Verwendung

ersten Frage: Es ist natürlich so - das ist ja auch allen bekannt -, dass Deutschland nach dem Doha-Abkommen bei dem ganzen Exit natürlich logistisch einfach von den Amerikanern sehr abhängig war, man sich also nach der hier einmal getroffenen Entscheidung sozusagen im Fahrwasser der Amerikaner befand und man ja auch - das wurde schon erwähnt - mit Herrn Potzel einen Diplomaten hatte, der in Doha vertreten war. Sofern ich es aus der Ferne mitbekommen habe, auch durch Gespräche im Amt, war das Auswärtige Amt auch sehr daran interessiert, den Friedensprozess in einer anderen Weise zu gestalten, die - ich würde mal sagen - ein bisschen nachhaltiger gewesen wäre. Das heißt, es gab da schon den Versuch der Einflussnahme.

Allerdings war man mit dem Doha-Abkommen an sich so ein bisschen zwischen Baum und Borke und in einer Situation gefangen, in der man nicht viel anders hätte reagieren können, weil einfach die Zeit davonzief. Ich glaube, das war das Hauptdilemma, das sich dann eben ab Februar 2020 gestellt hat. Man hätte natürlich, wenn es um das Thema Ortskräfte geht, den Abzug weitaus gezielter, weitaus schneller und in weitaus klareren Schritten angehen können.

Ich glaube, für mich ist ein anderer Punkt noch wichtiger: Ab wann hätte man eine Exit-Strategie angehen können? Ich will einen Punkt nennen, der wichtig ist. Es gab - und dazu habe ich damals sehr stark meine Meinung gegenüber der Bundesregierung geäußert; das war der Übergang von George W. Bush zu Obama - ein halbes Jahr, wo an sich sehr deutlich war, dass die USA eine neue Politik verfolgen. Ich hatte damals auch gegenüber dem Auswärtigen Amt deutlich gemacht, dass das an sich der Moment ist, wo Deutschland als einer der wichtigsten Partner der Amerikaner eine andere Politik einleiten könnte. Damals hat man sich in der deutschen Politik auf den Standpunkt gestellt: Man lässt die Amerikaner machen und befindet sich nach wie vor im Fahrwasser.

Da hätte man proaktiv werden können, weil eigentlich schon ab 2007/2008 deutlich war, dass man über eine Exit-Strategie diskutieren sollte. Ich habe das unter anderem mit General Riechmann 2003 schon besprochen. Dass man in ein

Land hineingeht ohne eine Exit-Strategie, das ist ein Thema, das die Bundeswehr, das alle Ministerien immer stark beschäftigt hat. Das hätte man viel früher und geordnet angehen können. Ich glaube, das ist das Thema, bei dem ich sagen würde: Spätestens ab 2008/2009 hätte man im Nachgang von ISAF hier eine Strategie, die sozusagen in Stufen und langfristiger ausgerichtet gewesen wäre, angehen können, um ein Debakel, wie es jetzt am Ende eingetreten ist, zu verhindern. Problem mit der Exit-Strategie ist natürlich: Sie wurde immer wieder rausgeschoben, keiner wollte darüber reden. Wenn man sie zu früh ankündigt, hätte es sozusagen Wasser auf die Mühlen der Falschen sein können, da damit sozusagen die Taliban zu sehr an Macht gewinnen. Auf der anderen Seite, wenn man es zu spät macht, erlebt man eben Debakel wie jetzt.

Bei der Landbevölkerung bin ich insoweit ganz bei Herrn Dube: Es geht wirklich darum, etwas Sichtbares zu schaffen. Wir haben das häufig erlebt, dass wir Projekte hatten, bei denen es darum ging, Water User Associations zu gründen oder auch, wenn Sie sich das NSP anschauen, immer wieder Komitees zu gründen - die Afghanen haben in den letzten 40 Jahren, insbesondere seit der Sowjetzeit, gelernt, Komitees zu gründen -, aber dass zu wenig in ganz konkrete Maßnahmen gesteckt wurde. Das heißt, hier hätten die Afghanen im Land wirklich weitaus stärker erkennen müssen, dass es darum geht, ihren Alltag zu verbessern. Wir haben teilweise erlebt, dass dann eben Kanäle nicht gebaut oder verbessert wurden, obwohl das Geld dafür da war, sondern gesagt wurde: Das müsst ihr selbst machen, aber wir unterstützen euch dabei, Water User Associations aufzubauen. - Das zeigt ein Denken, das sehr stark von unseren Annahmen geleitet ist und weitaus weniger von der Perspektive der bäuerlichen Logik. Ich glaube, das ist ein Punkt, den man hätte ganz anders angehen müssen. - Danke schön.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt ist die Zeit vorbei; dann müssen wir das mit Frau Zeino wieder in einer anderen Runde machen. - Dann hat jetzt das Wort Herr Wagener.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Robin Wagoner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Meine nächste Frage geht an Professor Schetter, der jetzt nur eine kurze Pause zwischendurch hat und gleich wieder gefragt ist. In Ihrem schriftlichen Gutachten haben Sie ausgeführt, dass Sie das Szenario Talibanherrschaft im Süden und im Norden die Regierung damals für am plausibelsten hielten und nicht an eine komplette Übernahme des Landes durch die Taliban - „geglaubt“ ist das falsche Wort - als wahrscheinlichstes Szenario gedacht haben. Können Sie noch mal näher ausführen, was Sie damals zu dieser Haltung gebracht hat?

Sachverständiger Dr. Conrad Schetter: Ich werde versuchen, mich kurz zu halten, damit Frau Zeino zum anderen Punkt vielleicht noch ein paar Worte verlieren kann. Also, ich glaube, das Problem, das wir alle als Experten, die sich mit Afghanistan beschäftigen, haben, ist, dass wir einen 40-jährigen Krieg haben und sozusagen immer wieder auf Szenarien schauen, die wir in dem Land schon mal erlebt haben. Deswegen war diese völlige Übernahme der Taliban ein Szenario, das wir alle nicht so sehr im Blick hatten.

Ich glaube, zum einen war zentral, dass man die Nordallianz, die afghanische Regierung, doch politisch und militärisch für so stark hielt, dass man sich dieses völlige Implodieren nicht hätte vorstellen können. Gleichzeitig hatten die Taliban in der ersten Phase auch enorme Schwierigkeiten, vor allen Dingen im Norden Fuß zu fassen. Das heißt, dass das sozusagen dann zu dem Gedanken verleitet hat, dass so eine Zweiteilung des Landes wohl das Szenario wäre, was am ehesten eintreten würde. Das war sozusagen die Logik, die sehr deutlich dahinterstand. Das kommt auch daher, dass diese Zweiteilung des Landes - das können Sie bis ins 19. Jahrhundert verfolgen - eine Logik war, die in der Wissenschaft, in der Politik immer wieder diskutiert wurde. Deswegen, glaube ich, war dies ein ausgetretener Pfad, auf den nicht nur ich mich, sondern sehr viele sich begeben haben.

Wir haben dabei unterschätzt, dass die Taliban über die letzten zwei Jahrzehnte sehr gut darin waren, auf der lokalen Ebene Netzwerke im ge-

samten Land aufzubauen und lokale Gemeinschaften jenseits ethnischer, ideologischer Zuordnungen auf ihre Seite zu ziehen. Das hat man sehr gut etwa in Badakhshan gesehen, eine der ersten Provinzen, die an die Taliban gefallen ist, hoch im Norden, ansonsten jahrzehntelang an sich eine der Basen der Dschamiat-i-islami. Und das ist der Punkt, wo uns, glaube ich, nicht die Forschungsergebnisse zur Verfügung standen. Wir konnten erst im Nachhinein eruieren, wie die Taliban es geschafft haben, wirklich auch in vielen anderen Landesteilen, die ethnisch nicht paschtunisch waren, Fuß zu fassen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Zeino, jetzt sind Sie dran.

Sachverständige Dr. Ellinor Zeino: Gut, dann gehe ich noch mal zurück zur ersten Frage: Alternative zum Doha Agreement. Wie hätte sich Deutschland anders aufstellen können? Welche Handhabung hätten wir haben können? Ja, das war eigentlich, wie von anderer Seite schon gesagt worden ist, schwierig; denn die USA haben die Dynamik bestimmt. Wir hatten nicht die militärischen Ressourcen oder Karten in der Hand, um Bedingungen zu stellen. Dann muss man sich auch noch mal erinnern: Es gab sehr viele andere regionale Friedensinitiativen. Es gab zeitweise einen richtigen Wettbewerb um Friedensdialoge, sei es der Moskau-Dialog, der Istanbul-Dialog oder Katar. Ich glaube, da war es schon klug und richtig, dass die deutsche Außenpolitik gesagt hat: „Wir stehen als Mediator oder auch nur als Gastgeber für einen Dialog zur Verfügung, aber wir drängen uns nicht auf. Wir sind nicht proaktiv“, weil dieser Wettbewerb, denke ich, auch nicht immer zielführend war.

Zur zweiten Frage: Einbezug der Landbevölkerung oder überhaupt der einfachen Menschen in den Provinzen, der breiten normalen Bevölkerung. Das war vor allem in den letzten Jahren einfach so schwierig aufgrund der Sicherheitslage, weil die internationalen Kräfte nur noch in Compounds weggesperrt waren und nicht mehr die Realität draußen sehen konnten.

Vielleicht auch zum Hintergrund, wie wir gearbeitet haben: Wir waren die letzte politische



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stiftung vor Ort und auch die letzte Stiftung, die noch ein normales Haus in Kabul hatte, also ein normales Wohnhaus, wo alle Menschen reinkonnten - es gab keine Auflagen -, trotzdem ausreichend sicher, dass natürlich auch andere internationale Kräfte reinkonnten. Das war ein enormer Standortvorteil. Das war die absolute Ausnahme; das gab es nicht mehr. Das war aber unglaublich wichtig in diesem Friedensprozess.

Dann erinnere ich mich auch noch an einen Dialog, den wir in Herat organisiert haben - 2021 war das noch -, wo wir aus den Provinzen lokale Gemeindevorsteher, Stammesältere, Imame eingeladen haben, und da gab es eine Liveschalte nach Kabul mit dem Verhandlungsteam und Regierungsmitgliedern. Die haben gesagt, die haben das erste Mal überhaupt mit der Regierung in Kabul gesprochen; sie sind noch nie gefragt worden, was sie eigentlich von diesem Friedensprozess halten. Das war dann einfach die erschreckende Wahrheit, die eigentlich auch klar war: Das gab es einfach nichts. Es ist aber möglich gewesen, wenn man eben auch weiter niedrigschwelliger gearbeitet hat und arbeiten konnte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Okay. - Ich wollte die Grünenfraktion nicht benachteiligen; ich war nur von der Kollegialität hier beeindruckt. Sie haben noch zwei Minuten. Bitte schön.

Robin Wagner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so, sonst hätte ich es in der nächsten Runde gemacht. Aber dann meine zwei Minuten jetzt. - Die Frage geht an Frau Dr. Mielke: Inwieweit war aus Ihrer Sicht der Einfluss der afghanischen Regierung sowohl bei den Doha-Verhandlungen als auch danach, vor allem bei den innerafghanischen Verhandlungen, dadurch geschwächt, dass sie nicht als geeinte Regierung aufgetreten ist?

Sachverständige Dr. Katja Mielke: Meiner Ansicht nach war das tatsächlich der entscheidende Punkt, diese Uneinigkeit in der Regierung - Frau Zeino hat das ja auch schon ausgeführt -, dieses erneute Zusammenzwingen von Ashraf Ghani und Abdullah Abdullah nach diesen Wahlen, die für Ashraf Ghani deutlicher ausgegangen waren. Dann gab es auch diese verzweifelten Versuche,

noch mal diesen Hohen Rat für Versöhnung aufzusetzen, der eigentlich keine so richtige Funktion hatte, nur um Abdullah dort noch mal ein Amt zu geben und den ganzen Prozess offensichtlich für die externen Geber auch noch mal inklusiver aussehen zu lassen. Das, denke ich, war für den ganzen Prozess sicherlich nicht dienlich und hat natürlich an die Taliban, die unheimlich geeint waren, das Signal gegeben, dass sie dort leichtes Spiel haben werden in diesem ganzen Prozess - von Verhandlungen will ich gar nicht sprechen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Herr Keuter.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Petersmann, wir haben was gemeinsam: Sie haben sich auf der afghanischen Seite vor Kurzem das Land angeguckt, ich von der Khaiberpass-Seite, also von der pakistanischen Seite bis Islamabad, und habe mich da insbesondere auch mit den Evakuierungsmissionen auseinandergesetzt. Vielleicht können Sie diese Evakuierungsmissionen von 2021 bis heute einmal aus Ihrer Sicht beleuchten, auch mit Blick auf die Gefährdungssituation der Ortskräfte oder, gegebenenfalls gesondert, gefährdeter Personen, wovon das Auswärtige Amt spricht, gerade auch mit Blick auf die Generalamnestie, die die Taliban ja verhängt hatten.

Dann gerne was zum Thema Brain Drain: Wir haben ja über 50 000 Menschen, die auf diesen Evakuierungslisten des Auswärtigen Amts und des BMI gelandet sind. Dies führt offensichtlich ja zu einem Brain Drain, der auch von den Nachbarländern Iran und Pakistan nicht gewollt ist, weil die sagen, das führt zu einer Destabilisierung der Region, woran kein Interesse besteht, wohingegen vom Auswärtigen Amt die verstörende Aussage kam, ein Brain Drain wäre durchaus im deutschen Interesse. Da frage ich mich: Wie deckt sich das mit den Zielen unserer Entwicklungszusammenarbeit?

Und die letzte Frage: Wenn wir mal so in die Zukunft schauen, wo sehen Sie eine Chance, Afghanistan zu stabilisieren? Ich glaube, eines der Probleme liegt ja darin, dass die Talibanregierung



Nur zur dienstlichen Verwendung

sich größtenteils aus Paschtunen zusammensetzt, und die iranische Regierung hatte, jedenfalls in einem Gespräch über ihren Botschafter, erklärt, dass sie der Meinung ist, dass ein langfristiger Frieden in Afghanistan nur unter Einbeziehung aller Stammesvertreter möglich wäre. Dazu hätte ich gern mal Ihre Expertise gehört.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Petersmann.

Sachverständige Sandra Petersmann: Sehr komplexe Fragen; danke dafür. - Punkt 1: Die Ortskräfte, sind die gefährdet? Ja, grundsätzlich erst mal sind sie gefährdet; das ist auch meine Wahrnehmung. Ich bin in Kontakt mit Ortskräften, die es noch nicht rausgeschafft haben. Wir als Deutsche Welle haben ja auch Kolleginnen und Kollegen rausgeholt, die wir als akut gefährdet angesehen haben, und ich glaube, zu Recht, wenn man sich anschaut, wie meine afghanischen Kolleginnen und Kollegen heute in Afghanistan arbeiten müssen, unter welchen Umständen sie das trotz allem immer noch sehr mutig jeden Tag tun. Am gefährdetsten sind aus meiner Sicht natürlich Repräsentanten der alten Regierung, der alten Republik. Hier hat es besonders Soldaten, Polizisten, Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, aber auch Angehörige der Streitkräfte getroffen, die mit irgendeiner westlichen Macht zusammengearbeitet haben.

Die Generalamnestie ist sehr selektiv. Ja, es gibt sie, und wir haben kein Massenmorden gesehen - ich glaube, Herr Dube hatte das schon sehr richtig angesprochen -, was viele befürchtet hatten; das haben wir nicht erlebt. Das heißt aber nicht, dass nicht gemordet wird. Das heißt nicht, dass nicht gezielte Tötungen stattfinden. Das heißt nicht, dass auf lokaler Ebene nicht brutal abgestraft wird, durch öffentliche Auspeitschungen zum Beispiel. Wenn man die Social-Media-Kanäle verfolgt, sieht man solche Nachrichten erschreckenderweise so ziemlich jeden Tag. Oft sind es Repräsentanten, die der Zivilgesellschaft angehören, die sich getraut haben, etwas zu sagen, die Kritik üben, die dann in die Fänge der Taliban geraten und abgestraft werden.

Ich selber habe es jetzt im August mitbekommen, da haben etwa 40 Frauen vor dem Bildungsministerium demonstriert. Man hat sie circa 500 Meter gehen lassen, und dann sind Schüsse gefallen, knapp über die Köpfe weg. Da war der Protest zu Ende. Sie haben es trotzdem gewagt und tun es ja auch immer wieder. Das sind so die akuten Bedrohungsmomente. Und glauben Sie mir, die Taliban sind gut in Aufklärung, die merken sich Namen, die haben Handys eingesammelt. Da sind Menschen akut gefährdet. Also, das muss uns allen bewusst sein hier, über was für eine Situation wir da reden.

Brain Drain, haben Sie gesagt. Klar, die besten Leute wollen das Land verlassen. Sie wissen gar nicht, wie viel SMSen man nach so einer Reise bekommt oder wie viele Hilferufe man mitnimmt nach Hause von Menschen, mit denen man gesprochen hat, die sagen: Kannst du irgendwas für mich tun? - Es gibt auch noch den Rückstau aus dem letzten Jahr, Menschen, die es im letzten Jahr versucht haben, die sagen: Wir sind immer noch da, wir sind immer noch im Versteck. Wir ziehen immer noch jeden zweiten, dritten Tag um, weil wir Angst haben. - Ich kann nicht immer in jedem Einzelfall begründen, wie rational die Angst ist. Aber dass die Lebensumstände enorm schwierig sind, jetzt noch obendrauf gesattelt die schwere Hungerkrise, die dieses Land durchmacht, die wirklich auch das Bürgertum schon erreicht hat, das heißt die Wohlsituierten, ist ein nicht zu unterschätzender Faktor, der Flucht auslösen wird. Da bin ich mir sicher.

Dann die Frage nach Afghanistan und Stabilisierung; das war der dritte Punkt, den Sie angesprochen haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich fürchte, das muss dann auch der letzte sein.

Sachverständige Sandra Petersmann: Da hadere ich mit mir. Wenn ich das in einem Satz sagen darf: Ich glaube, es wäre gut, wenn mehr deutsche Stimmen vor Ort wären. Ich rede nicht von Anerkennung der Taliban, aber ich rede von einem Ort, wo deutsche Vertreter sind, um dort eine Stimme vor Ort zu haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Frau Petersmann. - Jetzt kommt der Kollege Müller.

Alexander Müller (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich würde in meinen Fragen gerne den Fokus auf unseren eigentlichen Untersuchungsauftrag richten; denn die Fragen lauten ja fast alle: Hatte die Bundesregierung Hinweise, Erkenntnisse, Informationen über ...? Dazu habe ich zwei Fragen, eine an Herrn Dube, eine an Frau Dr. Zeino mit der Bitte, die vier Minuten fair aufzuteilen.

Herr Dube stand ja an der Schnittstelle zwischen den afghanischen Entwicklungshelfern und den deutschen Behörden. Haben sich die deutschen Behörden oder auch die Bundesregierung damals für Ihre Erkenntnisse interessiert, die Sie uns heute mitgeteilt haben, also die Schwierigkeiten konkret vor Ort der Entwicklungshilfe oder auch anderer, Bundeswehr, Polizeikräfte, die dort ausgebildet haben? Hatten Sie das Gefühl, dass die Bundesregierung sich dafür interessierte? Wurde das strukturiert abgefragt?

Und an Frau Dr. Zeino die Frage: Sie haben über Infrastruktur und über die Probleme mit der Infrastruktur in Afghanistan berichtet. Die Bundesregierung selbst sagt ja auf der Webseite des BMZ, dass „98 Prozent der Bevölkerung ... im Jahr 2020 Zugang zu Elektrizität“ hätten, Müttersterblichkeit gesunken ist, „87 Prozent der Menschen ... Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen“ hätten usw. Entspricht das Ihrer Erfahrung, oder halten Sie das für ein Stück weit schön-gerechnet?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Dube.

Sachverständiger Hans-Hermann Dube: Herr Abgeordneter, ja, ich habe sehr wohl wahrgenommen, dass alle Ministerien, die in irgendeiner Form mit Afghanistan zu tun hatten, sehr gerungen und versucht haben, eine Lösung zu finden. Es war aber auch durchaus eine gewisse Hilflosigkeit zu beobachten, weil auf einmal eine unglaubliche Flut von Nachfragen, von Anfragen aus Afghanistan kam, von Leuten, die ich vielleicht das letzte Mal 2002 gesehen habe, die aber dann immer noch sagten: Aber wir waren doch

damals eine ganz wichtige Ortskraft. Ihr müsst uns rausholen.

Ich habe unendlich viele Gespräche mit Menschen dort vor Ort geführt und bin immer wieder zu der Erkenntnis gekommen - vielleicht ist das auch eine Fehleinschätzung gewesen; ich weiß es nicht -, dass ganz viele nicht aus Angst vor den Taliban wegwohnten, sondern aus den genannten Gründen, auch aus Angst vor Armut, Angst vor Hunger, Angst vor dem Winter, weil man da in Kabul große Chancen hat, zu erfrieren - einfach raus aus dem Land, aber nicht unbedingt aus Angst vor Taliban. Das war oft aus meiner Sicht - man möge mir verzeihen, wenn ich jetzt Quatsch rede - ein vorgeschobenes Argument, um uns davon zu überzeugen, dass die Leute unbedingt rausmüssen.

Natürlich hat es auch Morde seitens der Taliban gegeben. Aber lassen Sie mich ganz deutlich klarstellen: Diese Morde gab es auch, lange bevor es die Taliban überhaupt in Afghanistan gab. In Afghanistan werden Probleme oder Dinge, die man mit anderen Ethnien, mit Menschen aus einem anderen Dorf nicht gut abkann, auch schnell mal mit Gewalt gelöst. Also, das ist nicht nur ein talibanöses Problem.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Dr. Zeino.

Sachverständige Dr. Ellinor Zeino: Zu Ihrer Frage zur Infrastruktur kann ich jetzt natürlich nur meine Erfahrung wiedergeben, weil ich keine Statistiken mitgebracht habe. Fangen wir beispielsweise bei der Stromversorgung an. Letztendlich waren wir alle Selbstversorger, also auch in Kabul. Wir hatten eigentlich in den letzten Jahren manchmal zwei, drei Stunden Strom am Tag, der wirklich von der Regierung aus der Steckdose kam. Ansonsten lief den ganzen Tag der Generator; das konnten wir uns als internationale Einrichtung leisten.

Das Gleiche beim Wasser: Wir hatten einen Wasseranschluss, wo eigentlich Wasser von der Regierung hätte fließen müssen. Damit konnten wir ein paar Blumen bei uns im Garten gießen, und ansonsten hatten wir uns selber einen Brunnen gebohrt. Der war irgendwann 2019 ausgetrocknet,



Nur zur dienstlichen Verwendung

weil die Nachbarn tiefer gebohrt haben, und dann hat es zwei Monate gedauert, bis ich im Haus auch wieder fließendes Wasser hatte. Also, das war in Kabul - wir waren mitten in Kabul - auch Selbstversorgung.

Ich kannte auch Leute im nationalen Stromunternehmen. Da habe ich eben auch gelernt: Der Strom war eigentlich oft zu knapp, und dann wurde der Strom per Stadtviertel eingeteilt, und da gab es natürlich auch politische Gefälligkeiten, welches Viertel was bekommt. Wir waren schon eher ein privilegiertes Viertel, aber ich konnte nicht immer erkennen, dass bei uns auch viel ankam. Das war natürlich auch dem Kriegszustand geschuldet. Es wurden oftmals Stromleitungen angegriffen, auch die Hauptleitung aus Usbekistan, wo viel Strom rüberkam, und das hat dann einfach auch zu dieser Situation geführt. - Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann komme ich zu Frau Kollegin Büniger.

Clara Büniger (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Wir haben jetzt ja schon viel über den fehlenden Einbezug der Zivilgesellschaft gesprochen. Frau Safi hat auch darüber berichtet, und auch Sie, Frau Mielke, haben in Ihrem Gutachten dazu geschrieben. Ich möchte darauf noch mal zu sprechen kommen.

Uns interessiert der Aufbau der organisierten Zivilgesellschaft insgesamt, das heißt der Menschen- und Frauenrechtsvertreter/-innen, der Anwältinnen und Anwälte und Journalistinnen und Journalisten, und anschließend die Rolle dieser Organisationen in der politischen Landschaft Afghanistans. Also, welche Einflussmöglichkeiten hatten sie auf politische Prozesse aus Ihrer Perspektive? Und ganz konkret: Wie war die afghanische Zivilgesellschaft aus Ihrer Sicht organisiert, bzw. in welchen Gruppen und Organisationen organisierte sich die Zivilgesellschaft, und welchen Einfluss übte die Zivilgesellschaft auf politische Entscheidungen aus?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Dr. Mielke.

Sachverständige Dr. Katja Mielke: Vielen Dank für diese Frage. - Als Wissenschaftlerin habe ich dazu immer einen systematischen Zugang. Also, wir müssen natürlich sehen, dass die Zivilgesellschaft in Afghanistan auch so eine Art Zweiteilung hatte. Auf der einen Seite gab es da das, was wir vielleicht tatsächlich so als die traditionelle Zivilgesellschaft bezeichnen können, was natürlich viele religiöse Autoritäten und überhaupt auch Stammesautoritäten usw. mit umfasst; das sind eben Leute, die tatsächlich auch Menschen auf lokaler Ebene repräsentiert haben. Auf der anderen Seite gab es dann immer sozusagen dieses Konglomerat von Organisationen und auch Initiativen, die sich vielleicht modern organisiert haben, sehr oft durchgehend finanziert durch westliche Gelder, und eben auch westliche Agenden aufgenommen haben und diese sozusagen auch transportiert haben. Das hat sehr oft koexistiert.

Die Ersten, die ich genannt habe, die Vertreter der Traditionellen, sind im Zuge zum Beispiel dieser Friedens-Dschirga 2019 sicherlich mitbeachtet worden, aber in diesen ganzen Konsultationen für die Friedensgespräche, Doha-Verhandlungen usw. vielleicht auch eher außen vor gelassen worden.

Aber wie eben Mariam Safi auch sagte: Tatsächlich war ja der Einfluss der organisierten, westlich finanzierten Zivilgesellschaft dann doch stark begrenzt. Diese hatten nicht die Möglichkeit, ihre Punkte zu transportieren - das hat sie, glaube ich, ausreichend gut geschildert; das muss ich nicht noch mal wiederholen -, sodass tatsächlich sowohl seitens der Regierung, seitens der Taliban, seitens der Internationalen, der Amerikaner für die Doha-Verhandlung und - wie Mariam ja den Punkt machte - auch seitens der deutschen Regierung da überhaupt gar keine Hebel in der Zivilgesellschaft vorhanden waren, um tatsächlich auch nachhaltig einen Einfluss auszuüben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Frau Kollegin Yüksel.

Gülistan Yüksel (SPD): Vielen Dank auch von meiner Seite. - Meine Frage richtet sich an Sie,



Nur zur dienstlichen Verwendung

Frau Petersmann. Sie haben ja am Anfang von zwei Frauen berichtet, die sehr unterschiedliche Sichtweisen darauf haben. Deswegen würde ich von Ihnen gerne wissen, welche Reaktionen Sie innerhalb der Zivilgesellschaft auf das Doha-Abkommen wahrgenommen haben. Waren die Reaktionen einheitlich, oder unterschieden die sich auch, wie bei den zwei Frauen?

Meine zweite Frage wäre: Hatten Sie den Eindruck, dass in der afghanischen Zivilgesellschaft durch diese Vereinbarung Hoffnung auf einen erfolgreichen Friedensprozess entstanden ist? - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Petersmann.

Sachverständige Sandra Petersmann: Als das Doha-Abkommen unterzeichnet wurde, war ich nicht in Afghanistan, um die unmittelbare Reaktion wahrnehmen zu können, sondern im Studio bei der Deutschen Welle, um es zu kommentieren. Da hat dann viel über SMS und WhatsApp stattgefunden. Ich kenne aus meinen bekannten Quellen, auch aus dem Freundeskreis niemanden, der das Doha-Abkommen begrüßt hätte, so wie es geschlossen worden ist. Am Anfang war ja nur der Basistext bekannt, also den, den wir vermutlich alle auch mal in der Hand gehabt haben. Ich weiß nicht, ob jemand hier im Raum ist, der die Secret Annexes gelesen hat. Ich gehöre nicht dazu; insofern ist das ein sehr unvollständiges Wissen. Was da wirklich mit möglicherweise auch wichtigen Unterpunkten verabschiedet worden ist, dazu habe ich keinen Zugang.

Zur Hoffnung: Ich glaube, Mariam, du warst es, die gesagt hat: Hoffnung ist das Letzte, was die Afghanen aufgeben. Das ist das, was Ihnen bleibt; Hoffnung haben sie immer. - Ja, natürlich gab es Friedenshoffnung. Das Erste, was Frau Roshanak in dieser ländlichen Provinz, wirklich zerbombt, nach dem 15. August gemacht hat, war, ihr kaputtes Haus wiederaufzubauen. Warum sie jetzt Hoffnung hat, liegt vor allem daran, dass die Waffen schweigen. Zumindest da, wo sie lebt, schweigen die Waffen. Es ist ja nicht so, dass überall in Afghanistan die Waffen schweigen; es gibt noch Punkte, wo gekämpft wird. Aber erst mal jetzt zu nutzen, dass die Waffen schweigen,

ist ein Gewinn für sie, auch wenn viele sehr, sehr viel verloren haben. Das ist dann eben eher das, was wir als Zivilgesellschaft mit Blick auf Kabul oder auch andere große Metropolen wie Masar-i-Scharif - aus deutscher Sicht noch sehr bekannt - wahrgenommen haben. Mariam hat ja auch geschildert, was da für Hoffnungen mit dabei waren.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann kommt jetzt der Kollege Zippelius.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich muss aufgrund der Öffentlichkeit ganz kurz auf Frau Bünger eingehen, weil sie vorhin den Namen Armin Laschet und das Thema Abschiebung erwähnte. Was damals ja auch erwähnt wurde, ist, dass - heute auch - die Grundlage für Annahmen und Urteile die Länderberichte des Auswärtigen Amts sind und waren. Das muss zur Konkretisierung einfach erwähnt werden.

Meine Frage richtet sich an die Sachverständige Dr. Zeino. Die Frage an dieser Stelle wäre zum Doha-Abkommen: Welche Alternativen hätte es denn Ihrer Meinung nach zum Doha-Abkommen geben können? Wie hätten diese aussehen können? Wie hätten diese vielleicht auch aussehen müssen?

Sachverständige Dr. Ellinor Zeino: Zu den Alternativen hatte ich eben schon kurz angemerkt: Es war einfach schwierig. Wenn wir jetzt von deutscher Seite irgendwie eine Alternative hätten machen können, so war Ihre Frage gemeint, oder?

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ja, von deutscher Seite, aber auch grundsätzlich. Wie hätte eine Alternative zum Doha-Abkommen aussehen können? Weil es wurde ja auch gerade von Frau Petersmann angeregt: Sie kennt niemanden, der das begrüßt hätte. Wie hätte die Alternative aussehen müssen oder können?

Sachverständige Dr. Ellinor Zeino: Okay. Also, ich fand das schwierig. Ja, es war eine strukturelle Schwäche, dass es vor allem bilateral ausgerichtet war und dann auch „time-based“ geworden ist. Man hatte einen großen Zeitdruck,



Nur zur dienstlichen Verwendung

man hat nicht mehr nachverhandelt oder noch irgendwelche Bedingungen stellen können. Aber es war einfach auch schwierig. Zumindest - so habe ich das wahrgenommen; das ist jetzt auch eher die Wahrnehmung vonseiten der Verhandlungsteams, mit denen ich natürlich im Austausch stand - habe ich da immer auch stark gespürt, dass man Sorge hatte, dass der Gesprächsfaden abreißt. Da gab es auch im Verhandlungsteam immer wieder Unterschiede, dass viele gesagt haben: Nee, wir wollen jetzt noch nicht mit den großen roten Linien kommen. Wir müssen erst mal bis zu den Verhandlungen kommen und dann nach und nach. - Das war, glaube ich, lange Zeit oftmals die Dynamik.

Jetzt im Nachhinein, denke ich, sehen halt viele einfach, was dabei herausgekommen ist und wie es gescheitert ist. Letztendlich hätten die Bedingungen eigentlich festgelegt werden müssen. Das ist, glaube ich, auch ein wichtiger Punkt: Wenn man sagt, man macht Zug um Zug, dann hätte der Truppenabzug eigentlich mit dem Waffenstillstand gekoppelt werden können, weil das sind die zwei sicherheitsrelevanten Bedingungen. Das hätte Zug um Zug gekoppelt werden müssen, und das ist eben nicht geschehen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Wir eröffnen die dritte Runde. Ich habe eine Frage an Herrn Dube. Sie waren ja nun lange Jahre dort tätig und haben sich in Ihren Äußerungen auch zum Thema Comprehensive Approach geäußert. Hatten Sie denn den Eindruck, dass es von der Bundesregierung in den verschiedenen Ressorts dazu einen einheitlichen Ansatz gegeben hat? Denn zu den Kritikpunkten gehört ja auch - und das war auch eine der Fragen, die uns gestellt worden ist -, man habe sich möglicherweise die Lage schöngeredet, weil es teilweise innenpolitische Gründe gegeben hätte, sichere Zonen auszuweisen, oder andere Gründe. Haben Sie wahrgenommen, dass es diesen Comprehensive Approach auf der deutschen Seite, was die Ressorts angeht, gegeben hat? Und wenn nein, wo waren da die Unterschiede für jemanden, der Entwicklungshilfe leisten sollte?

Sachverständiger Hans-Hermann Dube: Man könnte fast glauben, wir hätten uns abgestimmt

in der Fragen; haben wir aber nicht. Comprehensive Approach ist ja so ein bisschen mein Lieblingsthema, das ich auch an der Führungsakademie der Bundeswehr unterrichtete. Wir in Deutschland verstehen unter Comprehensive Approach interessanterweise ressortabgestimmtes Verhalten. Wir verstehen darunter eigentlich ausschließlich ressortabgestimmtes Verhalten. Dazu findet zum Beispiel eine entsprechende Übung an der Führungsakademie in zwei Wochen wieder statt; diese Übung findet jährlich statt. Und da erleben wir schon nur in der Übung, wie kompliziert es ist, zwischen den relevanten Ministerien - in diesem Fall AA, BMI, BMZ, BMVg - ein ressortabgestimmtes Verhalten hinzubekommen. Wenn Staatssekretäre miteinander reden, klappt das vielleicht noch ganz gut. Aber über „Trickle Down“ kommt das nicht wirklich unten an der Basis an. Das ist also sicherlich ein Problem.

Aber Comprehensive Approach meint was ganz anderes - das verstehen zum Beispiel Niederländer und Schweden deutlich besser -, nämlich sich wirklich vor Ort im Einsatz auf alle Beteiligten intensiv einzulassen. Unter „allen Beteiligten“ verstehe ich, dass man in Afghanistan dann auch mit den Taliban redet, mit den lokalen Warlords, mit wem auch immer, und da ein Beziehungsgeflecht aufbaut, um wirklich zu verstehen, was vor Ort konkret passiert. An dieser Stelle sind wir in Deutschland, glaube ich, ziemlich schwach. Mit Mühe und Not bekommen wir das ressortabgestimmte Verhalten hin. Das klappt in Berlin bestimmt ganz gut; aber wenn wir draußen sind, wird es schon schwierig.

Deswegen sage ich immer: It's all about people. - Wenn die richtigen Leute zusammenkommen, funktioniert es ganz gut. Aber wir müssen auf diesem Gebiet noch Klassen besser werden. Das heißt, bevor wir ins Ausland gehen, bevor die einzelnen Kontingente rausgehen, müssen die sich jeweils untereinander kennenlernen, sie müssen verstehen, was der jeweils andere macht. Dann haben wir eine Chance, dass es vor Ort auch ganz gut abgestimmt funktioniert. Sonst klappt das nicht, und dann arbeitet man gelegentlich auch gegeneinander.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie hätten eigentlich noch zwei Minuten, um den zweiten Teil zu beantworten, nach dem ich gefragt habe, nämlich: Hat sich das - weil ja behauptet wird, es hätte teilweise eher innenpolitische Motive dafür gegeben - konkret auf die Arbeit dort ausgewirkt?

Sachverständiger Hans-Hermann Dube: Es hat sich sicherlich in Teilen darauf ausgewirkt. Wenn nicht die Leute aus den unterschiedlichen Ministerien zusammenkamen, die sich gegenseitig respektierten und auch miteinander gut konnten, dann fand dieser Austausch vor Ort nicht statt. Und dann - ich will mal sagen - haben wir nicht gegeneinander gearbeitet, aber es passierte sicherlich gelegentlich, dass wir nebeneinander gearbeitet haben, ohne genau zu wissen, wer was macht. Das war dann schon ein kleines Problem.

Wenn die Konstellationen gut waren, dass wir uns alle verstanden, dann hat das auch vor Ort ordentlich funktioniert. Aber wir waren immer begrenzt auf uns, wir haben selten das große Ganze gesehen. Und das ist eigentlich notwendig, um hinzubekommen, dass es erfolgreich läuft.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Kollege Erndl.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Eine Frage noch mal an Frau Dr. Zeino. Sie heben hervor: Die Loyalität gegenüber den Taliban wurde von uns unterschätzt. Worauf stützt sich eigentlich diese Loyalität? Weil Sie haben ja schon gesagt: Es ist so eine Antielitengeschichte auf der einen Seite. - Aber die Bilanz vor 2001 war ja eigentlich katastrophal. Also, überwog das eine sozusagen tatsächlich diese Bilanz, sodass die Menschen denken, sie sind da besser aufgehoben? Und wie kann man denn jetzt die Hälfte der Bevölkerung beurteilen, die seit 2001 geboren ist? Wie ist es den Taliban gelungen, diese jungen Menschen anzusprechen? War für die die Zeit zu kurz, um ihre Einschätzung gegenüber den Taliban nach unseren Maßstäben und Überzeugungen da auszugestalten?

Sachverständige Dr. Ellinor Zeino: Danke. - Ja, ich denke, der Weg der Anhängerschaft zur Bewegung ist ganz unterschiedlich, weil die Bewegung einfach auch sehr divers ist. Aber es gibt natürlich zum einen erst mal die Ideologen, die über eine Madrassa-Schule dort hineingekommen sind und wirklich auch ideologisch da verankert sind. Aber die breite Masse ist auf anderem Wege in diese Bewegung gekommen. Da spielen beispielsweise Rachegedanken, familiäre Verluste eine Rolle. Immer mehr konnten sich die Taliban wirklich auch als Bewegung für die einfachen Menschen, die nie privilegiert worden sind, die vernachlässigt worden sind, präsentieren.

Gleichzeitig - und das fand ich auch immer interessant - kannte die junge, nach 2001 geborene Generation, wenn sie jetzt in den regierungskontrollierten Provinzen wohnte, die Taliban nur aus den Medien. Also, man sprach da teilweise auch über einen diffusen Feind, den man nie gesehen hat, wenn man nicht in die Provinzen gefahren oder an Taliban-Checkpoints hängen geblieben ist.

Also, es war eine sehr diffuse Mischung. Aber die Taliban konnten vor allem einfach mit dem Thema Korruption punkten und hatten da Argumente, bei denen man sagen musste: Ja, das stimmt schon. - Also, da haben wir einfach auch versagt.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Und den Taliban ist es gelungen, in der Generation nach 2001 - das sind ja ganz junge Menschen - auch Anhänger zu finden, oder wie kann man das beurteilen?

Sachverständige Dr. Ellinor Zeino: Viele. Aber man muss auch sagen, dass die Familien teilweise auch gespalten waren. Da konnte ein Sohn für die Taliban kämpfen, der andere hat für die Regierung gearbeitet. Also, die Spaltung geht durch die Familien hindurch, durch die gesamte Gesellschaft. Das macht die Sache noch mal komplizierter.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Und die Spaltung dauert an, oder ist die jetzt einfach übertüncht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sachverständige Dr. Ellinor Zeino: Ich glaube, jetzt kommen auch wieder neue Spaltungen - das hatten wir eben besprochen -, also auch wieder ethnische Animositäten, auch zwischen denen, die jetzt rausgeflogen sind, und den anderen, die zurückgeblieben sind. Also, die Gesellschaft hat schon immer dieses Misstrauen, diese Neidproblematik dadurch gehabt, dass gewisse Leute begünstigt waren und sich andere ausgeschlossen fühlten. Das erzeugt einfach immer eine sehr giftige Umgebung.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Herr Kollege Wagener oder Frau Nanni, wer fragt? - Frau Nanni. Bitte.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch eine Frage an Mariam Safi. Es gab den Moment, wo die Zivilgesellschaft in Afghanistan selber gemerkt hat: Doha ist auf dem falschen Weg, und wir können zu den Partnern, mit denen wir vorher gesprochen haben - das hatten Sie ja auch so ausgeführt -, nicht mehr richtig durchdringen. Was mich interessieren würde, ist: Haben Sie selber oder andere Nichtregierungsorganisationen aus Afghanistan zu der Zeit Kontakt gehabt mit NGOs in den USA oder in Deutschland, um da sozusagen über Bande zu spielen? Gab es da einen Resonanzraum, oder hatten Sie eher das Gefühl, dass auch die NGOs im Westen, sage ich jetzt mal so, das Interesse an Afghanistan verloren und den Kontakt nicht mehr so gut gehalten haben?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Safi.

Sachverständige Mariam Safi: Afghan civil society didn't lose hope in the INGO community outside until - I guess complete hope was lost on August 15. It was dwindling, but we were still very much approaching. I was a part of a mechanism called the Afghanistan Mechanism for Inclusive Peace. And this had a very strong support. The mechanism had support from the European Union. And so Germany was also very much a part of this and involved. The Afghanistan Mechanism for Inclusive Peace's role was to collect civil society voices, collate

them, synthesise them and then transfer them to the negotiation table. We had channels both to the Taliban and to the Afghan government, and in addition to that the members of the international community, all state actors that were involved there. And through this mechanism in particular, we engaged all actors, including Germany. And what we would do is, oftentimes we held conferences - for example, we held a national consultative meeting in Afghanistan in April of 2021, bringing together over 1,300 Afghan civil society organisations from all 34 provinces. Half of them were women. This was tribal elders, religious scholars, not just your modern NGOs. You had everybody here. And so those findings would then be sent to all state actors and INGOs to show this is what Afghan civil society, using the broader term, is looking for. And this is what they're demanding. This is what they're concerned with. So that engagement was still very important to us up until the fall of Kabul. - I hope I've answered your question.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Keuter.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank. - In dieser Frageunde würde ich mich gerne mit Ihnen unterhalten, Frau Dr. Zeino. Die erste Frage: Sie waren ja nun länger in Afghanistan. Ich habe von vielen Frauen, die dort tätig waren, gehört, dass die Akzeptanz gerade der Afghanen vor Ort gegenüber Frauen nicht so war. Deshalb meine Frage: Haben Sie sich gegenüber Ihren männlichen Kollegen benachteiligt gefühlt? Und wie war das Miteinander dort zwischen Männern und Frauen, aber auch insbesondere mit Blick auf die Ausländer?

Dann hatten Sie eben in Ihrem Eingangsstatement gesagt, dass die Taliban gegebenenfalls Anhänger verlieren. Geben Sie uns doch mal einen Ausblick, was das zur Folge haben könnte und wie dieses Problem gelöst werden könnte. Ich wäre auch sehr froh - die Frau Petersmann hatte eben leider nicht mehr genug Zeit, darauf zu antworten -, wenn Sie in der Projektion die Stammeszugehörigkeit aus Ihrer Sicht berücksichtigen könnten, weil die Taliban sind ja zu größten Teil



Nur zur dienstlichen Verwendung

len Paschtunen. Wie könnte sich eine Staatszusammensetzung unter Beteiligung anderer Stämme ergeben?

Dann zum Schluss bitte noch kurz darauf eingehen, ob Sie den vernetzten Ansatz für gescheitert erachten. - Vielen Dank.

Sachverständige Dr. Ellinor Zeino: Viele Fragen. Kurz zur ersten Frage. Das werde ich tatsächlich auch sehr oft gefragt: Wie war es als Frau, vor Ort zu arbeiten? Da muss ich einfach sagen: Als Ausländerin werde ich völlig anders gesehen und behandelt als eine afghanische Frau, und das ist mit sehr vielen Vorteilen verbunden. Also, man ist eigentlich als Ausländerin oder Ausländer, ob Frau oder Mann, sozusagen ein drittes Geschlecht. Deswegen hatte ich nie Probleme. Aber mir ist schon bewusst, dass afghanische Frauen in meiner Position völlig anders behandelt werden. Deswegen habe ich von meiner Seite aus keinerlei Respektlosigkeit, Benachteiligung, etc. erfahren, auch nicht in Gesprächen mit Menschen, die nicht unsere Werte vertreten haben.

Dann die zweite Frage: Welche Folge kann es haben, wenn die Taliban jetzt weiterhin Anhänger verlieren würden? Da hatte ich in meinem Eingangsstatement angedeutet, dass es natürlich zum einen eine Radikalisierungsgefahr gibt, also dass sich Leute Richtung Dschihadismus, Richtung IS-KP abspalten; das kann ein Teil sein. Gleichzeitig wird das, denke ich, auch die Mehrheit betreffen. Die afghanischen Menschen sind sehr, sehr pragmatisch; die haben gelernt, pragmatisch mit den Realitäten umzugehen. Die gucken, wie sie am ehesten überleben können, und müssen dann dementsprechend ihre Seite anpassen und die Seite wechseln. Das ist, glaube ich, aktuell überhaupt noch nicht zu beurteilen, einmal, wer in der Talibanbewegung in Zukunft das Sagen hat, welches Camp sich durchsetzt, und überhaupt, ob die Taliban weiterhin an der Macht bleiben können, welche Stärke sie auch landesweit in Zukunft haben werden.

Stefan Keuter (AfD): „Stammeszugehörigkeit“ und „vernetzter Ansatz“ waren noch die beiden Stichworte.

Sachverständige Dr. Ellinor Zeino: Genau. Welche Chance gibt es, dass eventuell noch andere Stämme integriert werden können? Die Taliban haben ja auch andere Ethnien in ihrer Bewegung und sind trotzdem eine sehr paschtunisch-dominierte Bewegung, auch allein schon von den Wertevorstellungen. Aber insgesamt ist es für sie schon möglich, dass sie auch andere Ethnien integrieren können. Das war zumindest die Hoffnung, die wir auch während der Verhandlungen hatten: dass, wenn es eine inklusive Lösung gibt, dann zumindest auch die Vertreter der anderen großen Ethnien irgendwo mit drin sind. Das würde sich in Zukunft nicht komplett ausschließen, aber es wird schwierig sein.

Vernetzter Ansatz, was ist die Zukunft davon? Also, für mich ist der vernetzte Ansatz an sich nicht als Idee gescheitert. Die Vernetzung ist, denke ich, unglaublich wichtig, dass Dinge ineinandergreifen. Aber, ich glaube, es wurde auch schon zu Beginn gesagt: Das war einfach immer schwer verständlich vor Ort, dass wir zwei verschiedene Ziele hatten. Es ist schwer vermittelbar, dass wir Menschenrechte predigen, aber dann auch mit Panzern und Soldaten vor Ort sind und auch kämpfen. Es gab ja bis zuletzt einen Kampfeinsatz, nicht von der NATO, aber von den USA, die weiterhin Drohnenangriffe gemacht haben. Ich glaube, dieses Nebeneinander und Ineinanderspielen, das verstanden die Menschen vor Ort nicht. Für die war das eine Sache, und wir waren die Ausländer, die dafür verantwortlich waren. Das heißt, das war so die akute Problematik vor Ort.

Stefan Keuter (AfD): Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann kommt jetzt Frau Kollegin Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank. - Ich habe eine Frage an den Herrn Dube und eine an Herrn Professor Dr. Schetter. Herr Dube, Sie haben ja viel mit Ortskräften bei sich zu tun gehabt. Welchen Stand hatten die denn gegenüber den Taliban, also wie sind die Taliban mit den Ortskräften in Ihrem Umfeld umgegangen? - Das wäre die Frage an Sie.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und an Sie, Herr Professor Schetter: Wir reden hier immer von Zivilgesellschaft; dieser Begriff fällt ja sehr oft. Mich würde mal interessieren, wie Sie den Begriff mit Blick auf Afghanistan definieren würden, und wenn Sie das auch in Bezug zum Begriff „Taliban“ setzen könnten. - Danke.

Sachverständiger Hans-Hermann Dube: Frau Abgeordnete, mir ist kein Fall bekannt, dass von unseren ehemaligen und noch anwesenden Ortskräften irgendjemand zu Schaden gekommen wäre. Wir haben auch Anrufe bekommen, ich selbst bei mir zu Hause, als die Regierung Ashraf Ghani zusammenbrach, sehr freundliche Anrufe aus dem Talibanlager bekommen mit der Bitte, jetzt nicht alle wegzuholen, weil man die Menschen dort braucht. Ich habe heute, glaube ich, vier- oder fünfmal Kontakt zu meinen ehemaligen Ortskräften gehabt, die teilweise wieder bei der GIZ sind, die wieder eingetreten oder gar nicht weggegangen, sondern geblieben sind. Wir haben sozusagen auf Low Level unsere Strukturen dort erhalten in der Hoffnung darauf, dass irgendwann auch Deutschland wieder aktiv in die Entwicklungszusammenarbeit zurückgeht.

Der Talibanführung ist sehr bewusst, dass wir dort diese Strukturen aufrechterhalten. Ich las mit Interesse - insofern erzähle ich hier auch nichts, was nicht bekannt wäre - vor zwei Tagen in der „Welt“, dass etwa 200 neue Ortskräfte seitens der GIZ schon wieder angestellt wurden und dass die sich auf den Tag Y vorbereiten, an dem sie wieder da sind und wieder arbeiten können. Das wird durch die Talibanführung akzeptiert. Die ist sogar sehr froh darüber, dass das so gemacht wird, weil die Hoffnung bei den Taliban, aber auch sonst dort groß ist, dass die Deutschen irgendwann wieder zurückkommen zur Entwicklungszusammenarbeit.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die zweite Frage ist an Herrn Professor Schetter.

Sachverständiger Dr. Conrad Schetter: Ich will mich ganz kurz halten. „Zivilgesellschaft“ ist ein Begriff, den Sie auf Afghanistan sehr schwer übertragen können. Man kann sie natürlich als die Organisationen und Akteure sehen, die sich

für ein Allgemeinwohl einsetzen. Im Fall Afghanistans wurde an sich doch weitgehend kohärent Zivilgesellschaft mit Nichtregierungsorganisationen übersetzt, also mit NGOs, die eben nach 2001 dort überall, vor allen Dingen aber im urbanen Raum entstanden und dann eben die verschiedenen Bereiche wie Menschenrechte, Umwelt, Demokratie abdeckten. Das war damit natürlich in einer gewissen Weise schon eine eigene Bubble, die auch in Kabul stark vertreten war.

Man kann - das wurde ja auch hier am Tisch deutlich - auch von einer weiteren Zivilgesellschaft sprechen, die auch die Akteure miteinbezieht, die sich auf der gemeinschaftlichen Ebene für Allgemeininteressen einsetzen. Dann sind Sie natürlich auch schnell dabei, dass Sie auch Dorfälteste miteinbeziehen; dann reden Sie häufig von der „traditionellen Zivilgesellschaft“. Das waren die Akteure, auf die dann eben vor allem die Taliban selbst auch abgezielt haben. Das wurde ja auch schon bei Dr. Zeino deutlich: Die Taliban selbst konnte man aus einer wissenschaftlichen Perspektive als eine soziale Bewegung betrachten, als eine Bewegung, die eben sehr stark auf die Interessen des kleinen Mannes abzielte, in ihrer Führerschaft wenig Eliten hatte, sondern immer sehr antilitengetrieben war und sehr stark die Stimme des einfachen Afghanen, der sich gerade gegen Korruption erhebt, darstellt.

Die Taliban selbst - das ist interessant - sind an sich auch schon seit dem Frühjahr des letzten Jahres immer auf moderne NGOs zugegangen und haben in den Distrikten, die sie eingenommen haben, immer gleich den NGOs, gerade den internationalen NGOs, zugesichert, dass sie weiterarbeiten können. Ich selbst bin auch im Vorstand der Welthungerhilfe. Dort haben wir sehr deutlich mitbekommen, dass auch die Welthungerhilfe sehr früh Zeichen bekam, dass sie ungestört weiterarbeiten kann. Das heißt, dass bei den Taliban von Beginn 2021 an ein großes Interesse war, dass auch die internationalen Nichtregierungsorganisationen und damit sozusagen auch diese Art von internationaler Zivilgesellschaft im Land bleiben sollen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Frau Kollegin Büniger.

Clara Büniger (DIE LINKE): Ich hätte eine Frage an Frau Safi, aber die ist jetzt gerade nicht im Raum.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Springen wir einfach zum Kollegen Nürnberger und kommen gleich auf Sie zurück.

Clara Büniger (DIE LINKE): Danke.

Jörg Nürnberger (SPD): Danke für die Flexibilität. - Herr Professor Dr. Schetter, Sie, aber auch Ihre Kolleginnen und Kollegen haben erwähnt, dass Korruption und Despotismus vor Ort eine große Rolle gespielt haben. Mich würde an dieser Stelle interessieren: Haben das die internationalen Organisationen einfach hingenommen? Hat man das nur wahrgenommen? Hat man das vielleicht sogar instrumentalisiert und unterstützt? Weil es ist doch ein wesentliches Element, warum die afghanische Gesellschaft offensichtlich gescheitert ist.

Eine zweite Frage dazu im Anschluss, auch auf Ihre Ausführungen hinwirkend: Sie haben erwähnt, dass die militärische Präsenz der Entwicklungszusammenarbeit eher geschadet hat. Schließen Sie auch für die Zukunft aus, dass es tatsächlich notwendig sein könnte, militärische Schutzmaßnahmen für Entwicklungshilfemaßnahmen durchzuführen? Sehen Sie da eine Chance, das auch in Zukunft wieder zu ermöglichen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Professor Schetter.

Sachverständiger Dr. Conrad Schetter: Vielen Dank. - Das Thema Korruption beherrscht Afghanistan, ist natürlich ein sehr intensiv diskutiertes Thema. Es war eigentlich auch schon ab 2002 Thema in Afghanistan. Die internationale Gemeinschaft hat immer wieder deutlich gemacht, dass sie konditionalisieren will. In allen Geberunden wurde die afghanische Regierung immer wieder darauf hingewiesen, dass man, wenn

sozusagen jetzt nicht gegen Korruption vorgegangen wird, man den Geldhahn vielleicht nicht ganz, aber zumindest halb zudreihen will. Das alles ist nie eingetreten. Das heißt, die internationale Gemeinschaft befand sich immer in dem Dilemma, dass man auf die Kooperation mit den afghanischen Partnern angewiesen war und die große Sorge hatte, das Land geht weiter den Bach runter, weswegen man letztlich doch immer wieder Finanzen zur Verfügung gestellt hat, und dass gleichzeitig - das konnte man sehr gut beobachten - in den Zeiten, wo besonders viel Geld floss, die Korruption stark zugenommen hat. Deshalb war ein Bewusstsein über die Korruption da, aber das Handeln daraus ist gleichzeitig nicht gefolgt.

Das führt zum zweiten Punkt. Man hat die Korruption sehr stark hingenommen. Man hat sie aber auch gebraucht, um selbst überhaupt den eigenen Betrieb aufrechterhalten zu können. Man hat die Korruption gesehen und musste mit ihr einfach umgehen. Es war klar: Wenn ich meinen afghanischen Mitarbeitern, die nebenbei auch andere Sachen machen, die vielleicht ganz gute Arbeit leisteten, nicht einen gewissen Freiraum gab, dann waren sie morgen bei der nächsten Organisation. Das heißt, wir hatten ja auch den Kampf um die besten Köpfe, und da hat man über sehr viele Sachen hinweggesehen.

Dann gibt es aber auch die Bereiche, wo die internationale Gemeinschaft sich selbst sozusagen in diese Spielregeln, „rules of the game“, der Afghanen haben einspinnen lassen und selbst Teil der Korruption wurden. Das können Sie sehr gut bei den UN-Wahlbeobachtungen beobachten, wo Ergebnisse rauskamen, die, gelinde gesagt, unter den Augen der UN gefälscht wurden. Das konnten Sie schon bei der Constitutional Loya Jirga sehen, wo die UN gewisse Akteure dabei haben wollte. Das geht bis dahin, dass gesagt wurde, dass die Vereinten Nationen Wahlzettel selbst mitgefälscht haben. Das heißt, Sie finden sehr, sehr viele Bereiche, wo die internationale Gemeinschaft selbst Teil der Korruption war, weshalb ich da einfach im Prozess sehe, dass man sich als internationale Organisation kaum aus diesem gesamten korrupten Denken oder Klienteldenken herausheben konnte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Militär und EZ: Ich glaube, es ist wirklich sehr, sehr stark kontextabhängig. Es fällt mir sehr schwer, da eine grundsätzliche, allgemeine Aussage zu machen, dass dies nicht zusammengeht. Ich glaube, man muss sehr stark auf den Kontext sehen. Was wir allerdings aus den Studien in Afghanistan lernen: Da, wo „Hearts and Minds“ verfolgt wurde, wo sozusagen EZ mit Militär gekoppelt wurde, ist das Ergebnis verheerend. Dazu gibt es große Metastudien; ich verweise auf die Studie von Christoph Zürcher, die das sehr deutlich dargestellt hat. Das Ergebnis war verheerend.

Ich will dennoch nicht ausschließen, dass es Einzelfälle gibt, wo dies positiv sein könnte. In Afghanistan - das hat ja auch Frau Dr. Zeino ausgeführt - konnte die Verbindung von Kampfeinsatz und Wiederaufbau nicht funktionieren, weil da sozusagen zu viele Rollen ineinandergegriffen haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Frau Safi ist wieder da, und wir springen zurück zu Frau Büniger.

Clara Büniger (DIE LINKE): Vielen Dank. - Meine nächste Frage richtet sich an Frau Safi. Vielen Dank für die Schilderungen, die Sie vorhin gemacht haben bezüglich der Beteiligung der 1 300 zivilgesellschaftlichen Organisationen im April 2021; das hat mich sehr beeindruckt. Da Sie ja auch ein Teil der Zivilgesellschaft sind - auch wenn Sie heute nur für sich sprechen -, stelle ich mir die Frage: Wie muss die Situation für Sie gewesen sein? Sie haben ja gesagt, Sie wurden teilweise auch an politischen Prozessen beteiligt, aber Ihre Empfehlungen wurden nicht umgesetzt bzw. vorangetrieben. Meine Frage an Sie ist: Waren Ihre Vorschläge zu unrealistisch in der Umsetzung, oder fehlte aus Ihrer Sicht der politische Wille dafür? Und welche Lehren ziehen Sie auch als Organisation daraus? Weil Sie können sich jetzt ja eigentlich nicht auf die internationale Staatengemeinschaft und internationale Organisationen verlassen. Wie können Sie dann überhaupt noch ein Vertrauen aufrechterhalten in der Situation? - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Safi.

Sachverständige Mariam Safi: Trust and hope?

Clara Büniger (DIE LINKE): Das Vertrauen in die internationalen Organisationen, in die Staatengemeinschaft, aber auch in die politischen Akteure vor Ort.

Sachverständige Mariam Safi: With regards to the demands that civil society organisations were making - whether it was through my work and the Afghanistan Mechanism for Inclusive Peace that worked for two years in this process, or as part of my organisation, or as part of the Women's Movement for Peace, which was a very organic movement that emerged in response to the threat that they saw - the demands that we made were absolutely realistic. Those demands not being met is where you find Afghan women right now: confined and imprisoned in their homes. We saw this coming, whereas the Afghan government says that they didn't see the writing on the wall. We saw the writing on the wall. We knew that this would happen if sustainable peace hadn't come, because this is exactly what happened from '96 till 2001. So when the Taliban regime was in power, they did the exact same things. We saw very little of the Taliban on the ground to show that they had changed, that they had become better or more progressive. So it wasn't a very hard calculation to make, that if they come back to power, which we also didn't believe would happen that fast, they would reverse the gains. What did surprise us was how swiftly the international community disengaged afterwards. That was quite surprising for us. And in terms of lessons that we have learned, there are still a lot of partners in the international community who are looking at continuing to support Afghanistan in whichever way they can.

Right now, everyone has a lot of questions and there are very little answers. This last year of watching the Taliban closely in Afghanistan has actually revealed more to us than we have learned about the Taliban in the last 20 years, because now they're out in the open. So can they govern? Well, we saw this last year: they cannot. Can they support the economy? They cannot without aid. And they used to blame the same on



Nur zur dienstlichen Verwendung

the Afghan government in the past. So the commitments that they had made, they are unable to ensure them and they want international recognition. So there are partners out there. And I think that the fact that the international community as a whole has not recognised the Taliban is a testament to that, including Germany. I said, we're not giving aid, we're not giving development aid and we're not recognising them. So that's a positive step. And the lesson learned is to continue the advocacy efforts and to recognise that there are no third or fourth chances. The Taliban have not changed and we will not make the mistake of thinking that they may have changed again. Thank you.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Thank you very much. - Herr Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Meine Frage geht auch noch mal an Frau Dr. Zeino. Bitte fühlen Sie sich nicht zu sehr bedrängt oder ausgefragt. Aber Sie sind diejenige, die sozusagen auch Kontakt zu der Verhandlungsgruppe hatte; so habe ich Sie vorhin verstanden.

Sie haben in Ihrem Eingangsstatement vorhin gesagt, die Aufnahme der Doha-Verhandlungen wurde als große Chance gesehen, weil es einen bilateralen Kontakt zwischen USA und Taliban gegeben habe. Gleichzeitig sei eben der Mangel erkannt worden, dass es keine innerafghanischen Friedensverhandlungen gegeben habe, dass man eigentlich nur die Wahl hatte zwischen Bürgerkrieg oder Verhandlungslösung und deswegen unter Druck stand, dass die Sicherheitskräfte überschätzt und der Einfluss der Taliban unterschätzt wurde. Ich sage das deswegen, weil Sie in Ihrem Gutachten schreiben - ich zitiere -:

Viele Menschen in Afghanistan, darunter auch vehemente Kritiker der Taliban, wollten diese einmalige Chance einer friedlichen Verhandlungslösung nach 40 Jahren Krieg nicht verstreichen lassen.

Das klingt ja ein bisschen wie: lieber eine unbefriedigende Verhandlungslösung als gar keine, sage ich jetzt mal übersetzt.

Gab es eigentlich irgendwann eine Chance auf einen dritten Weg, also in dieser Entscheidung zwischen Bürgerkrieg und unbefriedigender Verhandlungslösung? Oder haben sich wirklich alle Beteiligten in den Voraussetzungen für dieses Abkommen getäuscht? Oder haben die die Gefahren erkannt und trotzdem gesagt: „Dann lieber dieses Ergebnis als gar keins“?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte schön.

Sachverständige Dr. Ellinor Zeino: Danke. - Ja, schwierige Frage, weil das jetzt schwer zu spekulieren ist. Zum einen zu dem Statement, was Sie vorgelesen haben: Es gab tatsächlich am Anfang zeitweise eine Friedenseuphorie, die alle ansteckt hat und mich auch. Dann das Thema Kriegsmüdigkeit, also dass viele wirklich müde waren: Die Vorstellung, dass der Krieg wirklich vorbei ist nach jetzt 40 Jahren, war einfach eine Möglichkeit, die man auf keinen Fall verstreichen lassen wollte. Aber im Zuge des Verhandlungsprozesses gab es immer mehr Enttäuschungen und dann immer mehr Streitigkeiten auch innerhalb der Republik. Also, dann waren die republikanische Seite und das Verhandlungsteam auch nicht einig, und das war eigentlich die große Schwäche.

Die Frage ist: Was gab es eigentlich für eine Lösung? Das haben wir auch versucht in den Dialogen herauszufinden, indem wir auch mit der anderen Seite gesprochen haben: Was wäre denn für euch überhaupt möglich? Zum Beispiel: Eine islamische Republik kann ja viele Formen annehmen. Dann hatten wir überlegt: Okay, wie Iran vielleicht. - Aber selbst da habe ich gemerkt: Das hatte schon viel zu viel demokratische Elemente. Das heißt, meine persönliche Hoffnung war eigentlich, dass eine Lösung eventuell so etwas sein könnte, wie wir es von den arabischen Golfmonarchien kennen, also sozusagen ein Emirat oder eine autokratische Führung, wo Frauen aber Bildung genießen, Berufsausbildung haben und es eine gewisse Form von Partizipation gibt. Das war persönlich meine Hoffnung, dass man da irgendwie hinkommt. Aber ich habe relativ schnell in den Dialogen gemerkt, dass das schwierig wird mit der Talibanseite, so eine Republik mit etwas



Nur zur dienstlichen Verwendung

mehr religiösen Elementen oder so wie im Iran zu erhalten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich habe noch eine Nachfrage.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich frage nur noch einmal kurz nach, weil - ich weiß nicht, ob Herr Schetter oder Sie das waren - die Aussage ja vorhin gefallen ist, dass trotz der Chance, die auch darin gelegen haben kann, eine Vereinbarung zu treffen, die Erwartungen eben am Ende dann doch irgendwie enttäuscht worden sind, weil der Abzug nicht parallel geschaltet war mit, ich sage jetzt mal, harten Friedensverhandlungen oder einer harten Friedensvereinbarung, einem Waffenstillstand oder so. So habe ich Sie beide vorhin verstanden; korrigieren Sie mich, wenn das falsch ist.

Hätte es aus Ihrer Erfahrung, Frau Dr. Zeino, eigentlich überhaupt eine Chance gegeben, diese Entkopplung zu vermeiden und die Lager während der Verhandlungen wieder zusammenzuführen? Oder war das von Anfang an aus Sicht der Taliban aussichtslos, in irgendeiner Weise auch über Frieden in dem Land zu reden?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das müsste eine kurze Antwort sein, bitte.

Sachverständige Dr. Ellinor Zeino: Es ist wirklich schwierig zu sagen. Ich glaube, es gab kaum eine wirklich gute Lösung, mit der wir heute gut dastehen könnten. Das glaube ich einfach auch. Und das muss man ehrlicherweise auch sagen, wenn man heute das Doha Agreement so kritisiert, weil, ich glaube, es wäre schwierig geworden. Wir hatten vorher einen Stalemate, also einen Stillstand, einen Zermübungskrieg, und den wollte keine Seite mehr weiterführen. Eine militärische Lösung habe ich nicht mehr gesehen, auch nicht in den Verhandlungen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Wir eröffnen die nächste Runde. Meine Frage geht an die journalistische Beobachterin, Frau Petersmann, die das ja langjährig beobachtet hat. Zu

den Leitfragen, die wir gestellt haben, gehört ja sinngemäß auch die: „Hat die Bundesregierung aufs falsche Pferd gesetzt?“, also auf gut Deutsch gesagt. Hier lautete die Leitfrage: Wurde der Korruption im Land oder auch der gefälschten Präsidentschaftswahl ernsthaft Beachtung geschenkt, mit den damit verbundenen Auswirkungen, oder ist das nicht der Fall? Hat man das ignoriert, hat man das nicht sehen wollen? Hat man nicht sehen wollen, dass eine Zentralregierung vielleicht auch nicht das ist, was dort funktionieren kann? Wie beurteilen Sie das? Und wie stark hat das dazu beigetragen, dass das am Ende so ausgegangen ist und der Wechsel so schnell erfolgt ist?

Sachverständige Sandra Petersmann: Auch eine hochkomplexe Frage; aber ich versuche, sie zu beantworten. Wenn man sich die Wahlen, die stattgefunden haben, sowohl Präsidentschafts- als auch Parlamentswahlen - aber ich bleibe jetzt der Einfachheit halber bei den Präsidentschaftswahlen, den vier, die es gegeben hat -, anschaut, stellt man fest: Sukzessive hat die Wahlfälschung, die Bedrohung der Wahlen zugenommen. Wenn Sie sich die Kandidaten anschauen, die sich dann gegenüberstanden haben, waren es entweder Karzai oder Abdullah oder Ghani oder Abdullah - ein Riss, der durch die Gesellschaft ging. Das waren aber die Partner, die von Anfang an auch an der westlichen Seite waren, um diesen Staatsaufbau zu versuchen.

Waren das die falschen Pferde? Aus heutiger Sicht würde man sagen: offenbar ja. Gerade das letzte Kapitel unter Herrn Ghani ist ein sehr, sehr unglückliches Kapitel. Ich kenne viele Afghanen, die ihn heute „Verräter“ nennen, die das auch laut und deutlich formulieren, für die er fast ein Staatsfeind ist. Ich bin mir nicht so sicher, ob wir immer ehrlich über die Frage „Wie ist die politische Gemengelage in Afghanistan?“ diskutiert haben, übrigens auch mit Blick auf das Doha-Abkommen. Ich glaube, unsere Diskussionen waren oft auch sehr innenpolitisch, mal deutsch, mal französisch, mal US-amerikanisch motiviert, ohne die Realitäten im Land wirklich bewusst zur Kenntnis zu nehmen und sie auch in unseren Diskussionen zu reflektieren. Insofern: Ja, wir haben auch aufs falsche Pferd gesetzt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ein bisschen Zeit ist ja noch zur Beantwortung. Damit waren ja auch Dinge verbunden, zum Beispiel, dass der Mohnanbau wieder prächtig blühte, was ja auch ein Stück von den Taliban geändert worden ist. Das ist auch ein großer Teil der Staatseinnahmen gewesen. Hat man das nicht sehen wollen, oder hat das keine Rolle gespielt?

Sachverständige Sandra Petersmann: Ich glaube, man hat das gesehen. Ich habe es gesehen, in Kunduz hat es jeder gesehen. Ich glaube, auch die Bundeswehrsoldaten und diejenigen, die dort das Kommando hatten, haben es gesehen. Aber das gehörte ja explizit nicht zum Auftrag. Ich glaube, wenn Sie diese Seiten befragen würden, würden die Ihnen das bestätigen.

Es hat Versuche gegeben in anderen Landes- teilen. In Helmand, in Kandahar kann ich mich dran erinnern. Die Amerikaner, die Briten haben es versucht, aber haben damit auch - das darf man nicht vergessen - den Aufstand befeuert; denn dort sind Bauern letztendlich abgestraft worden, denen man, indem man ihnen verboten hat, Mohn anzubauen, auch die Lebensgrundlage entzogen hat, weil die Alternative einfach nicht da war, weil es für die Alternative keinen Markt gab oder, wenn es einen gab, längst keinen so lukrativen wie den, der mit Mohn verbunden gewesen ist. Außerdem war auch Druck im Spiel von Aufständischen, von Taliban, von anderen kriminellen Banden, Gruppen, die übrigens auch zur Islamischen Republik gehörten, nicht nur zu den Taliban. Insofern war das eine sehr schwierige Gemengelage. Aber mit Blick auf das, was Deutschland entschieden hat, gehörte der Kampf gegen den Mohnanbau dezidiert nicht zum Auftrag, und damit hat man einen großen Teil Realität auch ausgeblendet.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen herzlichen Dank. - Bevor ich den Kollegen Erndl aufrufe, würde ich Ihnen jetzt den Vorschlag zum Verfahren machen, dass wir nach der Frage, die der Kollege Erndl stellt, für die Ukraine-Debatte von 16.35 bis mutmaßlich 17.35 Uhr unterbrechen und wir diese Runde dann fortsetzen, klären, wie viele Runden wir noch brauchen, und dann die

Schlussstatements angehen. So in etwa. Dann haben wir noch ein bisschen Zeit, nachzudenken, was wir noch an Fragen haben, würden den Kollegen Erndl aufrufen und danach mit den anderen nach der Pause fortfahren. So muss niemand spurten, wir sind zu Beginn der Debatte drüben und rechtzeitig wieder hier. Sie müssen wir wieder um die Geduld bitten, dass Sie das aushalten; aber so ist das im Parlament. Wir freuen uns sehr, dass Sie da sind. - Herr Erndl.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte noch mal, Frau Dr. Zeino, auf den Satz von eben eingehen: Viele Menschen in Afghanistan wollten die Chance nicht verstreichen lassen. - Vielleicht können Sie noch mal spezifizieren, welche Gruppen das waren. Und warum hat eigentlich bei aller Rivalität diese Ablehnung gegenüber den Taliban nicht zu einer Einigung oder zu einem einigenden Momentum der Regierungsseite beigetragen? Das waren ja auch immer verschiedenste Lager, und das ist da nicht gelungen. Haben die selber auch die Taliban einfach unterschätzt? Und hat sozusagen die afghanische Elite, wenn ich den Begriff so wählen darf, letztendlich die Chance nicht genutzt, die ihnen geboten wurde, bei aller Kritik natürlich auch an uns und am Westen?

Sachverständige Dr. Ellinor Zeino: Diese Euphorie, die ich eben geschildert und da gespürt hatte, war vor allem die Euphorie, die ich im Umfeld des Verhandlungsteams gespürt habe, auch im weiteren Umfeld der Regierung, auch in der Zivilgesellschaft, aber schon eher in den städtischen Eliten, die euphorisch waren, dass das diesmal vielleicht wirklich klappen könnte. Aber das war eine Euphorie, die am Anfang da war und dann irgendwann auch schnell wieder verflogen war.

Dann gab es eben auch diese Uneinigkeit im Verhandlungsteam. Ich erinnere mich an ein Mitglied im Verhandlungsteam. Er hatte gesagt: Einerseits ist das unsere Schwäche: Wir sind divers, wir sind ein pluralistisches Verhandlungsteam. Es ist eine Schwäche, aber eigentlich ist das auch unsere Stärke; denn die Taliban beanspruchen für sich, das gesamte afghanische Volk zu repräsentieren, aber können das gar



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht, so wie sie sich aufgestellt haben. - Langfristig ist das natürlich dann auch eine Schwäche. Also, die Taliban müssen auch bis heute belegen: Wieso können sie eigentlich das gesamte afghanische Volk repräsentieren? Und diese Frage haben sie auch noch nicht geklärt.

Warum hat man sich in den Taliban vielleicht auch getäuscht? Es war der Fall, dass man mit der Talibanführung und den Diplomaten, die nach Doha gesandt worden sind, sehr gut reden kann, und was sie teilweise versprechen, würden sie wahrscheinlich auch gerne haben. Also, es gibt tatsächlich eine sehr pragmatische Fraktion in der Bewegung, interessanterweise jetzt auch teilweise die Haqqani-Fraktion, die offen für Bildung ist und da pragmatisch ist. Mit denen hat man geredet; aber man hat nicht mit Kandaharis bei den Taliban gesprochen. Da hat man halt auch nur einen Teil des Bildes bekommen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Kann man den Vorwurf, den wir uns sozusagen jetzt machen, dass wir die ländlichen Räume nicht in unsere Entwicklungsarbeit einbezogen haben, auch der afghanischen städtischen Elite machen, dass die sich in ihrem Land um diese Fragen hätten kümmern müssen?

Sachverständige Dr. Ellinor Zeino: Ja, sicherlich. Also, es gab auf allen Seiten diese Blasen- und Elitenbildung. Und es gab auch nicht nur eine afghanische Blase; das ganze Land bestand eigentlich nur aus Blasen. Was man letztendlich versuchen konnte, war, dass man zumindest in mehrere Blasen mal reingeschaut hat, sodass man mehr mitbekommt, was es sonst noch so gibt. Aber in Kabul haben wir ein paar Meter auseinandergeohnt, und da war dann eine ganz andere Welt, je nachdem hinter welcher Tür man verschwand. Und das war einfach auch problematisch.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann würde ich die Sitzung jetzt bis 17.35 Uhr unterbrechen wollen. Wir machen dann nachher mit dem Kollegen Wagener oder Frau Nanni weiter. Sie denken zwischendrin mal darüber nach, wie groß der Fragebedarf noch ist, sodass wir

nachher mit Blick auf die dann folgende namentliche Abstimmung einschätzen können, wie wir ungefähr liegen.

Jetzt unterbreche ich bis 17.35 Uhr. Dann sind wir wieder hier. - Vielen Dank.

(Unterbrechung von
16.35 bis 17.47 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Sitzung wieder und würde Ihnen gerne einen etwas ungewöhnlichen Vorschlag machen. Wir haben das Problem, dass wir einerseits gleich noch mal eine namentliche Abstimmung haben und andererseits zwei unserer Experten zum Zug müssen, also eine Begrenzung nach hinten haben. Wir könnten es jetzt so machen - und dann kommen wir gerade so eben hin -, dass wir die, die jetzt dran wären, fragen, ob sie noch eine Frage haben, die dann gestellt, aber noch nicht direkt beantwortet wird - das sollten möglichst kurze Fragen sein, wenn ich bitten darf -, und danach die Schlussstatements aufrufen, mit der Bitte, die Antworten auf die Fragen dann in diese Schlussstatements zu integrieren. - Wenn Sie damit einverstanden wären, hätten wir eine gewisse Chance, alles hinzukriegen. - Ich frage die AfD und die Linke. - AfD ist einverstanden. - Linkspartei auch.

Ich bedanke mich für Ihre Kooperation. - Bei Ihnen möchte ich mich herzlich für das Warten bedanken. Dann verfahren wir so.

Jetzt rufe ich die Grünenfraktion auf und frage, ob es noch eine Frage gibt. Bitte schön.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch eine Frage an Frau Safi. Es geht um die Korruption. Wir haben ja von einigen anderen Experten gerade gehört, dass sozusagen die internationalen Akteure immer „mitgemacht haben“ - in Anführungsstrichen. Meine Frage wäre jetzt - und ich weiß, Sie sind eigentlich zu jung, um das selbst erlebt zu haben; aber vielleicht wissen Sie es trotzdem -, wie die Korruptionssituation vor der Intervention aussah und welchen Impact eigentlich die Entwicklungsgelder auf die Ausbreitung von Korruption hatten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Sie sind nachher so freundlich, das in Ihr Schlussstatement zu integrieren, wenn Sie so nett sind, Frau Safi. - Dann frage ich die AfD: Hatten Sie noch eine Frage?

Stefan Keuter (AfD): Wir haben an Herrn Dube noch eine Frage; dann sind wir sonst so weit durch.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wenn Sie sie kurz stellen.

Stefan Keuter (AfD): Ja. - Herr Dube, Sie erinnern sich an unser anfängliches Gespräch, wo Sie mir vorgeworfen hatten, ich hätte Ihre Ausführungen nicht richtig gelesen. Mir ist zwischenzeitlich eine Drucksache in die Finger gekommen, 19/18982 fürs Protokoll. Sie hatten ja anfänglich gesagt, dass der GIZ hier keine Fehlbewertungen unterlaufen seien, die Projekte alle sauber gelaufen seien und kein Geld verschwendet oder veruntreut worden sei.

Zu der Antwort in dieser Drucksache, die ich eben nannte, gibt es eine Anlage, die leider VS-NfD eingestuft ist und auch nicht in diesem Rahmen hier geliefert wurde; deshalb kann ich daraus nicht zitieren. Aber hieraus ist ersichtlich, dass sehr wohl Millionenbeträge bei der GIZ auch in Afghanistan nicht da angekommen sind, wo sie ankommen sollten, also bei GIZ-Projekten, sodass ich Ihre anfängliche Aussage doch sehr stark in Zweifel ziehen möchte. Möchten Sie noch was dazu sagen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Dube integriert auch das in sein Schlussstatement bitte, wenn er nachher dran ist. - Dann frage ich, ob es noch eine Frage von der FDP gibt.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ich würde gern noch wissen, inwieweit es für Sie absehbar war, ob die Taliban sich an das Abkommen halten würden oder nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut, das integriert, wer auch immer möchte, in sein Schlussstatement. - Gibt es von der Linken noch eine Frage? - Bitte.

Clara Bünger (DIE LINKE): Vielen Dank. - Meine abschließende Frage, die Sie ja dann auch gerne in Ihr Abschlussstatement miteinbeziehen können, Frau Mielke, ist: Bezug nehmend auf das, was auch Frau Zeino gesagt hat bezüglich der Verhandlungen, an denen sie beteiligt war, dass nämlich dort schon absehbar war, dass dabei andere Kräfte am Tisch sitzen als die, die das dann umsetzen werden, und vor dem Hintergrund dessen, was Herr Professor Schetter gesagt hat, dass nämlich die Bedingungen für das Doha-Abkommen die schlechtesten waren und nicht erfüllt wurden - Stichwort „Track-one Diplomacy“; es waren also miserable Voraussetzungen, und es wurden keine Kriterien für ein gutes Abkommen erfüllt -, musste man dann nicht damit rechnen, dass sich die Situation absehbar und schnell in Afghanistan verschlechtern würde? - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich habe verstanden, dass CDU und SPD auf Fragen verzichten. - Dann rufen wir jetzt die Schlussstatements auf. Dafür haben die Sachverständigen vier Minuten. Wir machen das, weil das Alphabet ja ungerecht ist, jetzt in umgekehrter Reihenfolge; wir beginnen also bei Frau Dr. Zeino und enden bei Herrn Dube. Sie haben das Wort.

Sachverständige Dr. Ellinor Zeino: Vielen Dank. - Ich würde es auch relativ kurz halten und möchte vor allem eher einen Blick nach vorne werfen, weil ich denke, es ist jetzt wichtiger, zu wissen: Wie machen wir eigentlich weiter, wie gehen wir mit der neuen Situation um und was ist jetzt noch machbar? Ich glaube, das ist auch der erste Punkt: Wir müssen uns den neuen Realitäten stellen. Es war immer das Hauptproblem, dass wir ein sehr hohes Erwartungsmanagement hatten, zu hohe Ziele gesetzt haben, in Blasen verblieben sind. Es ist jetzt wichtig, ehrlich zu kommunizieren, also ehrliche Erwartungen zu kommunizieren, in alle Richtungen, nach innen zu uns, aber natürlich auch gegenüber Afghanistan.

Beim Thema, wie man jetzt auch mit der neuen Situation vor Ort umgehen soll, mit der Talibanregierung, ist es wichtig, im Gespräch zu bleiben



Nur zur dienstlichen Verwendung

und zu schauen, dass man realistische Mindeststandards noch versucht zu verhandeln - Bildung ist für mich noch wirklich ein Thema, wo ich denke, da haben wir realistische Chancen, dass sich das irgendwann ändern kann -, und vielleicht auch noch gewisse partizipatorische Elemente einzubauen. Man muss eben behutsam nach vorne schauen. Ich hoffe, dass Afghanistan jetzt auch die Zeit bekommt, sich selbst langsam und behutsam entwickeln zu können.

Es kann auch mit weniger Budget deutlich mehr möglich sein. Das war eigentlich auch meine Erfahrung aus der Zeit vor Ort: Zu viel Budget ist oftmals schädlich. Mit weniger Budget, aber sehr viel mehr Zeit und persönlichen Gesprächen lassen sich deutlich mehr Ergebnisse erzielen. - Danke schön.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das Wort geht an Professor Dr. Schetter.

Sachverständiger Dr. Conrad Schetter: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich habe zwei Punkte, die ich gerne ansprechen würde. Der erste, der bis heute nicht bearbeitet wurde, den ich aber für wichtig halte, betrifft die Datengrundlage, die wir haben, auf deren Basis das Auswärtige Amt auch die Lagebeurteilung macht, mit der die GIZ arbeitet. Ich halte es für dringend erforderlich, dass man sich damit beschäftigt, und würde mich auch freuen, wenn sich der Parlamentarische Untersuchungsausschuss des Themas annimmt, wie diese Daten zustande kommen und wie diese eigentlich auch wissenschaftlichen Standards gerecht werden. Ich halte das für ganz, ganz zentral, weil meines Erachtens, zumindest wie ich die Lageberichte lese, meine eigene Interpretation der Daten, die mir zu Verfügung stehen, teilweise in eine andere Richtung deutet. Das heißt, das wäre ein Punkt, dessen man sich auch für die Zukunft annehmen sollte, wenn man in solche Einsätze geht: Wie erhebt man Daten? Wie geht man mit den Daten um? Denn hiermit hängen auch sehr viele Fragen des Vertrauens gerade auf lokaler Ebene zusammen.

Die Taliban haben sich eigentlich in der Folge von Doha ja doch als „reliable“ gezeigt; sie haben die Schritte eingehalten. Das lag aber vor allem

daran - ich hatte es erwähnt -, dass das Doha-Abkommen so wachstreu war, dass es, böse gesagt, auch schwer war, sich daran nicht zu halten. Das heißt, es waren, glaube ich, bis auf die Angriffe gegen US-Einrichtungen alle anderen Punkte so weich gehalten, dass es das den Taliban in einer gewissen Weise auch leicht gemacht hat.

Wir erleben gegenwärtig, dass immer mehr Spannungen innerhalb der Talibanbewegung aufkommen, was eben auch dazu führt, dass die Taliban in einigen Bereichen von ihren Aussagen abweichen und sozusagen immer weniger verlässlich werden. Das Thema Schulbildung ist hier ein sehr bekanntes.

Ich würde am Ende auch ganz gerne etwas zur Zukunft sagen. Ein Thema, das wir in Afghanistan nie angegangen sind, das ich aber für zentral halte, wäre das Thema eines Versöhnungsprozesses gewesen. Ich halte es für ein sehr, sehr großes Versäumnis. Zumindest ist das, wenn man daran denkt, der Krieg dauert jetzt 40 Jahre, ein Thema, das man langfristig mit im Kopf behalten sollte, wenn man Afghanistan betrachtet, sobald sich dafür ein Fenster bietet.

Insgesamt ist einfach die große Sorge, dass sich in den nächsten Monaten die Situation in Afghanistan noch mehr verschlechtert. Wir wissen um die enorme Hungerkatastrophe im Land, um die Dürren, um die miserable ökonomische Lage, und wir wissen auch um die Fragmentierungen innerhalb der Taliban. Das geht weit über Haqqanis versus die Kandaharis hinaus. Wir sehen ja auf verschiedenen Ebenen unterschiedliche Konflikte.

Ich möchte auch noch einen weiteren Punkt bringen. So wichtig ich das Genderthema für Afghanistan finde - es ist wirklich außerordentlich wichtig -, es ist nicht das einzige Thema. Das Sicherheitsthema spielt meines Erachtens neben der humanitären Hilfe eine sehr große Rolle. Das heißt, eine ganzheitliche Betrachtung für die Zukunft Afghanistans halte ich hier für notwendig. - Herzlichen Dank.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Herr Professor Schetter. - Your closing statement, please, Mariam Safi.

Sachverständige Mariam Safi: I have a quick question about the question you posed. Are you referring to the Taliban regime, corruption in the regime from '96 till 2001? I cannot name specific instances, but how I can answer that question is: there is corruption within the de facto authorities right now in Kabul. We actually noticed that immediately after the fall of Kabul, where Taliban fighters were taking money to escort people for evacuation. And there is still corruption in the ministries as well. The Taliban have applauded themselves for collecting a lot of revenue, and then the international community has also applauded them for collecting revenue. The revenue is collected in cash and there is no account of where this cash is and where this cash is being spent. So there is certainly corruption within the ranks of the Taliban. There was even corruption within the ranks of the Taliban in the political office in Doha.

You know, I was asked earlier if I had what would be a lesson to take. I want to go back to that question. A lesson I'd like to leave you with today is: one of the reasons why we are here today is because local ownership was not implemented in Afghanistan. By "local ownership," I mean, what Afghans at the grassroots level wanted for their country - how they wanted the state building process to be shaped so that it reflected them and their aspirations - was never done. To a degree it was implemented, but that was way too late.

And I'm talking about 2010 and afterwards. It was not possible. If we are going to talk about being realistic to meet the minimum requirements, I would say that that's why we are here today. That's why every member of the national community must say that for the lives they lost in Afghanistan and the resources and the time they lost, they don't have success to show for it now. If minimum standards is what we're going for, and not only minimum standards, but to also tell the people of Afghanistan what type of minimum standards they should be able to accept, then I

would say, please don't go to Afghanistan. Leave the Afghan people alone. Leave them to their own devices. We've seen what 20 years of international intervention has done in Afghanistan. We want no more of it. And I am positive that the people of Afghanistan would echo these sentiments.

We did a survey - we do one every month - with 2,500 women, just this last August and we asked them what was a priority for them, and we gave them several options: addressing poverty, humanitarian aid, security. The option that the majority of women selected was women's rights, above poverty, above access to humanitarian aid. Please see what the people of Afghanistan want and reflect that in your policy decisions. Otherwise, don't do anything at all. Thank you.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Thank you. - Das Wort hat nun Frau Petersmann.

Sachverständige Sandra Petersmann: Es ist schon sehr viel gesagt worden. Ich möchte zwei Warnungen aussprechen, einmal die Warnung, die Tür nicht zuzuschlagen, wenn der Ausschuss irgendwann endet, wenn die Enquete-Kommission irgendwann endet und das Interesse an Afghanistan abnimmt. Die Fatigue ist hier schon vielfach angesprochen worden. Es ist der falsche Zeitpunkt für Fatigue. Es ist ja auch eine einmalige Chance, das aufzuarbeiten.

Eine Beobachtung aus Kabul noch, die ich Ihnen mitgeben möchte: Ich habe dort viele junge Kämpfer getroffen, die vom Land jetzt in die Stadt gekommen sind, mit Waffen. Mit einigen habe ich gesprochen; die haben mir gesagt, sie warten jetzt darauf, in die offiziellen Sicherheitskräfte integriert zu werden. Davon erhoffen sie sich natürlich ein Gehalt, einen Sold, ein regelmäßiges Einkommen. Wenn das nicht passiert - und einige von denen warten jetzt schon drei, vier Monate, ohne dass irgendwas passiert ist -, sind das bewaffnete junge Männer, deren Erwartungen nicht erfüllt werden. Das lasse ich jetzt mal als Szenario, das ich für durchaus realistisch halte, hier im Raum stehen. Was dann passieren könnte, kann sich jeder ausmalen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

An Sie gerichtet ein paar Fragen. Sie haben uns heute sehr viel gefragt; jetzt würde ich gerne Fragen an Sie weitergeben und hoffe, dass Sie sich damit in Ihren nächsten Sitzungen beschäftigen. Mich treibt die Frage um: Wenn man interveniert, mit welchem Ziel tut man das? Hatten wir ein Ziel ganz am Anfang? Wer evaluiert diese Ziele? Welche Mechanismen werden eingebracht, wenn es nicht läuft? Wer kontrolliert, wer evaluiert, und wer entscheidet dann? Was bedeutet ein vernetzter Ansatz in der Realität in einem Konflikt, der sehr kompliziert, komplex ist, viele Schattierungen hat, nie ein Schwarz-und-Weiß-Bild war?

Ich würde Sie bitten, auch zu gucken: Wann sind Entscheidungen vor allen Dingen innenpolitisch motiviert gewesen, und wann hatten Sie tatsächlich und an allererster Stelle Afghanistan im Blick bei den Entscheidungen, die in den letzten 20 Jahren getroffen worden sind? Also dass Sie die eigene innenpolitische Motivation vielleicht abgleichen mit der Lage im Land, mit den Bedürfnissen im Land und auch mit den Partnern im Land, mit denen, die man sich gewählt hat bei der Zieldefinition, und denen, die sich dann vielleicht im Laufe des Prozesses als neue Partner auch anbieten können, präsentieren können.

Das sind jetzt sehr viele Fragen. Ich glaube, Sie haben viel zu tun in den nächsten Monaten. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir danken Ihnen. - Das Wort geht an Frau Dr. Mielke.

Sachverständige Dr. Katja Mielke: Herzlichen Dank. - Mir wurde ja noch eine Frage mitgegeben bezüglich der schlechten Vorzeichen rund um das Doha-Abkommen, das selber ein miserables Abkommen war, wie es hier bezeichnet wurde, ob man nicht hätte wissen müssen oder ob es nicht klar war, dass sozusagen dieser Verhandlungsprozess dann auch zum Scheitern führen würde.

Ich denke, was wir heute noch nicht so viel diskutiert haben, ist tatsächlich auch noch die internationale Komponente. Wir hatten ja in den USA die Amtsübergabe von Trump auf Biden. Ich

glaube, viele haben sich immer noch an die Hoffnung geklammert, dass Biden tatsächlich diesen 14. April zum Anlass nimmt, zu sagen: „Wir ziehen die Truppen doch nicht ab“, und alles würde so weiterlaufen wie bisher. Das hat aber tatsächlich amerikanische Rationalität verkannt, dieses Gelegenheitsfenster, das Trump zwar geöffnet hat, das aber auch von Demokraten sozusagen nicht abgelehnt wurde, sich eigentlich aus diesem Krieg herauszuziehen. Als dann klar war, dass Biden zwar den Truppenabzug noch mal hinauszieht, was ja dann diese Welle von Gewalt nach sich gezogen hat, aber trotzdem abzieht, war das, glaube ich, das Erwachen für viele auch in dieser internationalen Gemeinschaft, bei den Leuten vor Ort und möglicherweise auch bei der deutschen Regierung. Hier sehe ich auch einen Ansatzpunkt für den Auftrag, den dieser Untersuchungsausschuss hat, und zwar festzustellen, warum - und wann oder warum nicht - Deutschland hier keine eigene Strategie hatte oder nicht bereit war, eine einzugehen.

Wenn man sich das 20-jährige Engagement anschaut, dann hat man oft den Eindruck, dass hier offiziell so ein rhetorisches Bekenntnis zur Verantwortung da war, aber diese nie wirklich übernommen wurde. Warum ist es dann tatsächlich auch Anfang des Jahres 2021 nicht dazu gekommen, dass gesagt wurde: Wir übernehmen jetzt - das, was Mariani für „local ownership“ gesagt hatte - auch „German ownership“, um Verantwortung zu übernehmen und vielleicht einen eigenen Weg zu gehen? Man hätte zum Beispiel überlegen können, dann auch vor Ort mit einer Präsenz zu bleiben, was einige Prozesse jetzt im Nachhinein auch ziemlich erleichtert hätte. Wir haben darüber schon diskutiert.

Das heißt, meine Haupt-Lesson-learned, die ich auch dem Ausschuss praktisch mitgeben möchte, ist eben, die Fragen zu überlegen, zu reflektieren: Mit welchen Interessen sind wir hier wirklich dabei, und - jenseits aller internationalen Einbettung - welche Verantwortung übernehmen wir hier genau, und wo haben wir hier unsere eigene „agency“, unsere eigene Handlungsmacht, die wir auch setzen entlang unserer Ziele und natürlich auch im Abgleich mit den Partnern, die wir uns irgendwann gewählt haben? - Danke schön.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich danke Ihnen, Frau Dr. Mielke. - Und, last, but not least, Hans-Hermann Dube.

Sachverständiger Hans-Hermann Dube: Herr Abgeordneter Keuter, herzlichen Dank für den Hinweis. Ich kenne das Papier nicht. Für mich ist es im Moment so, dass ich sagen muss, Sie werden wahrscheinlich eine Information haben, die ich nicht habe. Mir ist von diesem Vorgang nichts bekannt. Das muss mir aber auch nicht bekannt sein, da ich ja mittlerweile Pensionär bin. Ich kann nur sagen: Ich bin für Milliarden verantwortlich gewesen im Laufe meiner Jahre, und ich bin jedes Jahr zwei- oder dreimal von unabhängigen Organisationen geprüft worden. Ich darf mit Stolz verkünden, dass nicht ein einziger Eurocent im Laufe meiner Jahre in Afghanistan weggekommen ist, und darüber bin ich sehr froh. Das habe ich auch meinen Ortskräften zu verdanken, die bei uns eine großartige Arbeit geleistet haben, auch meinem Büroleiter; nebenbei: Ich sage immer, ein preußischer Beamter, der in den DDR-Grenzschutztruppen mal Major war und wirklich unglaublich gut ausgebildet war. Der hätte notfalls mit der Makarow oder der Kalaschnikow in der Hand unser Geld verteidigt. Da ist nichts weggekommen. Wenn das tatsächlich so passiert sein sollte, kann ich nur sagen: Ich hoffe, dass das irgendwann aufgeklärt wird. Aber ich kenne diesen Fall nicht. Dass der Vorgang unter Verschluss ist, zeigt ja auch, dass ich das nicht wissen soll. Das muss ich dann jetzt erst einmal so akzeptieren.

Es war eben auch noch mal die Frage von Frau Dr. Jurisch, wie das eigentlich mit Abkommen ist, die man mit Taliban schließt. Bedingt durch meine Arbeit, die ich für internationale Organisationen, wenn auch als deutsche Organisation durchführen musste - GIZ International Services -, waren wir immer wieder gezwungen, auch Abkommen mit den lokalen Führern zu schließen, und das waren in der Regel die, die wir als Taliban bezeichnen. Wir haben alles extrem sorgfältig mit denen ausverhandelt, wir haben uns teilweise wochen-, monatelang immer wieder getroffen und sind zu ganz klaren Absprachen gekommen. In meiner gesamten Zeit ist nicht ein einziges dieser Abkommen gebrochen

worden. Das hat dazu geführt, dass sie sagen: Wir konnten uns doch aufeinander verlassen. Wollen wir nicht wieder einen neuen Versuch machen in Afghanistan? - Ich bin ja nun nicht der Minister oder eine Ministerin, also, das kann ich dann auch immer nur weitergeben. Aber es wäre durchaus möglich, aus meiner Sicht möglich, Abkommen zu schließen, die aber wirklich sauber auszuverhandeln, mit all den Punkten, die Sie auch gerade eben genannt haben, dass man sozusagen eine Exit Strategy hat bei dem, was man macht. Und dann, glaube ich, wäre es durchaus denkbar, so etwas hinzubekommen.

Ich wiederhole auch noch mal das, was ich heute schon mehrfach gesagt habe: Wir müssen einfach auch vor Ort sein, um die Augen und Ohren des Westens zu sein. Denn wenn wir vor Ort sind, fällt es viel, viel schwerer, Mist zu bauen, als wenn man ganz alleine in seinem eigenen Saft vor sich hinbrät. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir dort etwas bewegen können.

Ja, Korruption, klar, die ist dort drüben sehr ausgeprägt. Aber auch da muss man sagen: Die war schon besonders ausgeprägt, bevor die Taliban 1996 an die Macht kamen; da war die schon ausgesprochen ausgeprägt. Ich hatte mal das - es war wirklich ein Vergnügen; das klingt jetzt ein bisschen zynisch - große Vergnügen, mit Herrn Botschafter Kabulov zu sprechen. Kabulov heißt „Sohn Kabuls“. Der war damals der sowjetische, dann auch russische Botschafter in Kabul. Und was der Herr Kabulov mir von Korruption während der Sowjetzeit berichtet hat: Dagegen sind wir fast noch Waisenknaben. Also, auch das war schon immer da. Da darf man nicht glauben, dass das eine neue Erfindung gewesen wäre.

Wenn wir irgendwann wieder rausgehen sollten, auch nach Afghanistan oder in andere Länder, müssen wir wissen, dass wir in all diesen Ländern, in denen wir arbeiten, nur gut sind durch Ortskräfte. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit als solche, nur durch uns durchgeführt, würde gnadenlos scheitern. Das würde schon an den Sprachen scheitern, das würde an den kulturellen Unterschieden scheitern. Wir brauchen Ortskräfte in jedem Land. Die sind für



Nur zur dienstlichen Verwendung

uns wirklich fast das Wichtigste; das vergessen wir oft.

Aber ich warne auch davor, zu glauben, dass jede Ortskraft, wenn wir gehen, gerettet werden muss. Meine Erfahrung, zumindest für Afghanistan, ist, dass all den Leuten, die bei mir gearbeitet haben - das waren viele, viele Hundert -, bis heute nichts passiert ist. Sie leiden unter den dramatischen wirtschaftlichen Verhältnissen, und sie haben eine panische Angst vor dem Winter; denn da werden etliche erfrieren. Der Winter in Kabul ist die Hölle; sollten Sie mal mitmachen. Da ist jede Diskussion über eine Gassperre bei uns lachhaft. Das muss man wissen, weshalb die weg wollen, aber bestimmt nicht, weil sie dort jetzt in irgendeinem größeren Maße gefährdet sind. Aber haben wir bitte immer im Kopf: Ortskräfte sind für uns die Wichtigsten überhaupt bei jedem Auslandseinsatz, sei es für das Militär - wo ist der General? -

(Gen a. D. Hans-Lothar
Domröse: Hier!)

- da hinten sitzt er - oder für uns als Zivilisten; wir brauchen die einfach. Und selbst in den USA haben wir die gebraucht, wo wir auch mal eine Zeit lang waren. - Herzlichen Dank so weit. Das wäre mein Schlusswort.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen herzlichen Dank an Sie. - Ich will mich an dieser Stelle bei allen Expertinnen und Experten sehr herzlich bedanken für das, was Sie hier vorgetragen haben, für Ihre Kompetenz, auch für Ihr Engagement, auch für die Leidenschaft, mit der Sie das getan haben.

(Beifall)

Das hat mich sehr beeindruckt. Sie haben uns viele Hinweise für unsere Arbeit gegeben, die sehr wertvoll sind.

Ich will Sie noch darauf hinweisen, dass Ihnen nach der Fertigstellung das Stenografische Protokoll vom Sekretariat übersandt wird. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, daran Korrekturen,

Richtigstellungen oder Ergänzungen vorzunehmen, wenn Sie das wollen. Natürlich sind Sie herzlich eingeladen, heute auch am zweiten Panel teilzunehmen oder den Abend in Berlin zu genießen. Ansonsten, wenn Sie das nicht tun, bedanke ich mich sehr, dass Sie uns Ihre Zeit geopfert haben, und würde für den Ausschuss sagen, dass wir jetzt diese Sitzung unterbrechen. Es findet eine namentliche Abstimmung statt. Es ist Gelegenheit, sich bei Dussmann zu bedienen, und es ist Gelegenheit, die Presse draußen zu informieren. Wir setzen die Sitzung um 19 Uhr fort. Das sollten wir, glaube ich, schaffen können. - Herzlichen Dank bisher jedenfalls. Ich finde, wir haben das bis jetzt ganz ordentlich gemacht.

Wir sehen uns um 19 Uhr wieder. Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung von
18.15 bis 19.00 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich sehe, die Öffentlichkeit ist wiederhergestellt. Dann setzen wir die unterbrochene Sachverständigenanhörung fort. Ich hoffe, Sie haben sich alle gestärkt, sodass wir den zweiten Teil angehen können.

Ich darf nun die Sachverständigen des zweiten Panels „Beurteilung der Sicherheitslage und militärischen Lage“ - ebenfalls in alphabetischer Reihenfolge - herzlich begrüßen:

Da ist Herr General a. D. Hans-Lothar Domröse, Chef des Stabes der ISAF in Afghanistan unter US-Kommando. Herzlich willkommen!

Dann begrüße ich Frau Fatima Gailani, Politikerin aus Afghanistan und Teilnehmerin an den innerafghanischen Verhandlungen mit den Taliban in Doha. Herzlich willkommen! Welcome to this meeting!

Zugeschaltet aus Washington - und es sieht so aus, als ob Sie nebenan wären, im benachbarten Gebäude - ist Frau Hosna Jalil, afghanische Politikerin und stellvertretende Ministerin im Innenministerium. Welcome to Berlin!

Dann begrüße ich Herrn Dr. Markus Kaim von der Stiftung „Wissenschaft und Politik“. Herzlich willkommen auch an Sie!

Ferner begrüße ich Herrn Franz Marty, einen freien Journalisten, der direkt aus Kabul angereist ist. Also, die Wege sind weit heute. Es freut mich, dass Sie das auf sich genommen haben. Herzlich willkommen!

Und schließlich begrüße ich Herrn Professor Daniel Zerbin, Abgeordneter der Fraktion der AfD im Landtag Nordrhein-Westfalen und im Rahmen des ISAF-Mandats als Feldjäger eingesetzt. Herzlich willkommen auch Ihnen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren Sachverständige, ganz herzlichen Dank, dass Sie meiner Einladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Anhörung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung nicht nur eine Videoliveübertragung, sondern auch einen Tonmitschnitt der Sitzung fertig. Dieser dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen dann nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls das gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie dazu noch Fragen? - Kommt der Ton in Washington gut an? Können Sie uns gut verstehen?

(Sachverständige Hosna
Jalil nickt)

- Sie nickt; das ist gut.

Sie hatten die Gelegenheit, ein schriftliches Gutachten einzureichen. Soweit Sie davon Gebrauch gemacht haben, herzlichen Dank dafür. Das Gutachten ist auf der Website des Ausschusses veröffentlicht worden und bleibt dort auch bis zum Ende des Ausschusses.

Sehr geehrte Damen und Herren Sachverständige, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie über die Sachverständigenpflichten zu belehren. Das ist ein sehr juristischer Text. Ich muss das formal tun. Die Kolleginnen und Kollegen hier wissen das schon.

Sie sind als Sachverständige geladen worden. Als Sachverständige sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihr Gutachten ist unparteiisch und nach bestem Wissen und Gewissen zu erstatten.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nach § 28 in Verbindung mit § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Das ist eine formale Belehrung. Solche Texte sind so. Ansonsten sind wir hier nicht so streng. - Haben Sie noch Fragen dazu? - Das ist nicht der Fall.

Dann möchte ich Ihnen nach diesen eher formalen Vorbemerkungen den geplanten Ablauf kurz darstellen.

Zu Beginn haben Sie nach § 28 in Verbindung mit § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Die Reihenfolge richtet sich nach dem Alphabet, dem auch Ihre Sitzordnung - jedenfalls einigermaßen - entspricht. Ich bitte Sie, sich bei Ihrem einführenden Statement jeweils an einen Zeitrahmen von maximal zehn Minuten zu halten. Bei den fremdsprachigen Sachverständigen haben wir uns auf zusätzliche drei Minuten wegen der Übersetzung verständigt.

Direkt im Anschluss an Ihr Statement haben die Mitglieder des Ausschusses die Möglichkeit, eventuell aufgekommene Verständnisfragen gleich mit Ihnen zu klären. Das ist aber nicht gedacht für Fragen in der Sache; dafür sind die Runden nachher da. Darauf würde ich im Notfall achten.

Nachdem alle Sachverständigen ihre Eingangstatements erstattet haben und Verständnisfragen geklärt worden sind, werden wir die Befragung durch die Mitglieder des Ausschusses beginnen. Der Ausschuss hat sich für die Fragerunden darauf verständigt, dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden sowie jeder Fraktion jeweils einen Zeitrahmen von fünf Minuten für Fragen und Antworten einzuräumen. Je kürzer

gefragt wird, umso besser haben die Experten Gelegenheit, zu antworten. Das beginnt dann mit dem Vorsitzenden und dem Stellvertreter, und dann folgen die Fraktionen. Es sollte bitte immer zu Beginn der Frage auch gesagt werden, an wen sich die Frage richtet.

Am Ende haben Sie dann noch mal, sehr geehrte Sachverständige, Gelegenheit, in einem abschließenden Statement das prägnant zusammenzufassen. Für Ihr Schlusswort sollten vier Minuten reichen. - Haben die Sachverständigen noch Fragen zum Ablauf der Anhörung? - Das sehe ich nicht. Sie müssen sich bemerkbar machen, wenn Sie noch eine Frage haben.

Dann darf ich die Sachverständigen um ihre Eingangstatements bitten.

Ich will vielleicht noch einen Hinweis geben, den ich vorhin schon mal gegeben habe. Wir sind im Deutschen Bundestag, und wenn namentliche Abstimmungen durchgeführt werden, sind wir verpflichtet, als Abgeordnete daran teilzunehmen. Dann müssten wir die Sitzung unterbrechen. Jetzt ist meines Wissens die letzte namentliche Abstimmung, die noch vorgesehen ist, für 23.20 Uhr angesetzt. Ich bin guter Hoffnung, dass wir es erreichen könnten, dass dafür die Sitzung nicht mehr unterbrochen werden muss, weil sie schon beendet ist. Wenn wir uns Mühe geben, könnte uns das gelingen. Dann müssten wir Sie nicht unnötig warten lassen; denn wir wollen natürlich Ihre Zeit auch nicht über die Maßen in Anspruch nehmen. Ansonsten ist alles öffentlich und wird verfolgt.

Wenn es keine weiteren Fragen oder Anmerkungen mehr gibt, würde ich diese Runde dann eröffnen. Als Erster hat das Wort nach dem Alphabet Herr General Domröse für seine einführenden Worte. Bitte schön.

Sachverständiger Hans-Lothar Domröse: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Verehrte Damen und Herren! Dear colleagues! Vielen Dank für die Einladung. Ich bin sehr gerne der Einladung gefolgt und gerne hierhergekommen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Die Formulierung „Sicherheitslage ... zum Zeitpunkt ... des Doha-Abkommens“ fand ich so kurz, dass ich mich fragte: Wo ist einfach der Schnittpunkt, den ich sehe, wie sich das entwickelt hat? Also vom Ende her denken. Das heißt, der Wechsel für mich von der UN-mandatierten NATO-Mission ISAF zu Resolute Support im Januar 2015 markierte einen tiefgreifenden Paradigmenwechsel für den NATO-geführten Einsatz in Afghanistan. Die Trainingsmission Resolute Support hatte erstens völlig andere Qualität als der bisherige Kampfauftrag, und er machte Führung insofern fordernder, als fortan zwei Missionen mit unterschiedlicher Ausprägung im Land stattfanden, nämlich RSM, also Trainingsmission, und Global War on Terrorism. Train, Assist, Advice der NATO und globaler Kampf gegen Terror unserer amerikanischen Freunde: Das konnten weder die afghanische Bevölkerung noch die UN-Mitarbeiter noch die normalen Soldaten unterscheiden, welches Kontingent nun ausbildete und wer schoss und wer einen Kampfauftrag hatte. Also, das ist zu viel verlangt vom Publikum her betrachtet.

Zweitens. Den Wechsel von „condition-based“ zu „time-based“, Zielen und angestrebte Wirkungen - darüber haben wir ja vorhin auch gesprochen -, haben wir Soldaten begrüßt. Warum? Nicht, weil wir „condition-based“ unsinnig fanden, sondern weil wir sagten, wir haben nie die „conditions“ getroffen und haben es trotzdem anders gemacht. Also, seien wir doch mal ehrlich. Machen wir es nach „time-based“. Das ist wie beim Urlaub. Beim Urlaub geht es ja auch nicht danach, ob Sie erholt sind, sondern Sie kommen gefälligst nach einer Woche zurück. Deswegen dachten wir, das ist in Ordnung mit „time-based“.

In einem sehr wichtigen Punkt - auf den lege ich jetzt besonderen Wert - hatten wir Bedenken, und zwar gegen den Ansatz, Ausbildung ausschließlich auf Kasernen und Übungsplätze zu beschränken. Einmal war unsere Mission, ein Enhanced Education Program oder Exercise Program, also ein verschärftes Ausbildungsprogramm, zu machen, in der Kaserne gar nicht durchführbar. Das ist militärischer Nonsens. In der Kaserne können

Sie nicht üben. Da können Sie ein bisschen basteln, aber nichts Großes. Also, der Auftrag war schon von vornherein nicht erfüllbar. Das hätte ich noch hingegenommen, weil findige Kommandeure das irgendwie noch so halbwegs hinkriegen - halbwegs! Aber der Verzicht auf Anleitung, Begleitung und Kontrolle der ANSF, der Sicherheitskräfte, der Militärs und der Polizei, draußen in ihrer täglichen Arbeit in den Städten, in den Dörfern und auf den Straßen, kurz: im Umgang mit der Bevölkerung, führte ja dazu, dass wir oftmals gescherzt haben, aber es ernst gemeint haben: Wer schützt die afghanischen Bürger vor der afghanischen Polizei? Und wir konnten das nicht mehr sagen. Wir konnten es nicht sehen. Der Verzicht auf Verbindung zur Bevölkerung und der Verlust unserer Kontakte zu den offiziellen Stellen, Gouverneuren, Politikern, Organisationen, zu deren Schutz wir ja doch da waren am Hindukusch, sollte sich beim überstürzten Abzug natürlich rächen. Wir wussten gar nichts. - Das ist wichtig, dass man das vorwegstellt. Ich belasse es dabei.

Ich hatte ausgeführt - das ist mir auch wichtig -, die politische Lage war, wie sie ist: labil, mit Pakistan und Iran. Die militärische Lage war desolat bis halbwegs erträglich.

Aber was wir uns auch vorgenommen haben und was hier noch nicht angesprochen wurde, ist Social Security, also ein Zustand, in dem der Bürger Arbeit, Wohnung, Brot hatte, angemessen versorgt war und sich keine oder kaum Anschläge auf der Straße ereigneten. Also, man konnte erwarten, dass die Kids auch wieder gesund nach Hause kommen. Diesen Zustand hatten wir in der Mission noch nicht erreicht, als wir wechselten. Das heißt, wir haben sie natürlich sehr früh gewechselt, es war eben nicht „condition-based“. - Also, das war der Ursprung für mich, warum es hinterher so ein bisschen danebengeht.

Jetzt möchte ich zu den afghanischen Forces sprechen, die wir nach meiner Auffassung gut ausgebildet hatten, gut ausgerüstet hatten. Grundsätzlich waren sie in der Lage, ihren Auftrag zu erfüllen. Also, es sprach nichts dagegen. Das waren x Tausend, in Korps, Divisionen, Kompanien



Nur zur dienstlichen Verwendung

unterteilt, mit wunderbaren Kasernen mit fließend Wasser, mit Verpflegung. Es war eigentlich alles da, und sie konnten auch damit umgehen. Das weiß ich aus mindestens 20 Besuchen dort kreuz und quer im Land. Ich habe es ja auch gesehen.

Warum haben sie dann nicht gekämpft? Das ist das Erste. Wahrscheinlich fehlte der Wille, zu kämpfen.

Erlauben Sie mir, dass ich ein Beispiel von heute bringe. Vergleichen Sie mal die beiden Präsidenten Ghani und Selenskyj. Ghani ist an dem ersten Abend gegangen, als die Mopedbande über den Horizont kam, und Selenkskyj steht unter Feuer und ist jeden Tag im Bunker. Das ist eine ganz andere Loyalität. Präsident Ghani, den ich mehrfach gesprochen habe, der auch das schöne Buch geschrieben hat „Fixing Failed States“, mit dem ich mich angeregt unterhalten konnte, war in dieser Doppelregierung mit Abdullah in der Regierungsverantwortung nicht so erfolgreich, wie in dem Buch zu lesen ist. Also, wenn der Präsident die Loyalität zu seiner Truppe verlässt, kann man umgekehrt aus meiner Sicht nicht erwarten, dass die Truppe loyal ist. Zu wem? Können Sie sich vorstellen, dass Bundespräsident Steinmeier einfach abhaut, wenn es hier brenzlig wird? Das ist für uns unvorstellbar. Das haben wir alle nicht vorhergesehen, dass der Präsident geht, weil das jenseits meiner Betrachtungsweise war, dass ein Präsident als Erster geht. - Also, das war der Punkt.

Jetzt zu den afghanischen Soldaten. Die Loyalität, sagte ich, war vom Präsidenten gebrochen worden. Die Soldaten waren nunmehr quasi ungebunden. Aber warum haben sie denn trotzdem nicht gekämpft? Da hätten ja die Kommandeure sagen können: Ich übernehme. - Sie waren in jeder Lage abhängig - und das haben wir wahrscheinlich unterschätzt, ich zumindest - vom amerikanischen Support oder der Assistance. „We gonna fix this“; ich höre es noch. Die fixten alles. Und wenn da 8 000 Contractors über Nacht abgezogen werden - das sind ja nicht diejenigen, die mitgezählt werden im Kontingent; das sind Reservisten, Zivilisten, die also gewartet, in-

standgesetzt und alles in Funktion gehalten haben - plus die Truppe, dann haben Sie genau denselben Fall wie im Irak. Den Amerikanern ist es gelungen, den zweiten Fehler exakt noch mal so zu machen. Und das ist wie „unplugged“, und damit hat der afghanische Soldat oder Kommandeur sich gesagt: „Präsident weg, Support weg, da bist du schon halb tot“, und hat entweder die Waffen fallen gelassen und hat gesagt: „Ich war schon immer Talib“, oder ist einfach verschwunden oder hat sich eben noch zurückgezogen ins Pandschir-Tal - das ist ja erwähnt worden - und hat dort noch ein Rückzugsgefecht gemacht. Also, die Truppe wurde im Stich gelassen, und deswegen hat sie unter anderem mit einem gewissen Recht nicht gekämpft.

Ich will Ihnen die Zeit geben, mir Fragen zu stellen, die ich versuche dann kurz und prägnant zu beantworten. „Speed matters“; 23.20 Uhr, habe ich verstanden. Ende.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Herr General Domröse, für Ihre Ausführungen. Darf ich fragen, ob es Verständnisfragen gibt? - Das ist zunächst mal nicht der Fall. Dann kommen wir nachher zu den anderen Fragen.

Dann kommt jetzt als Nächstes Frau Gailani. Sie haben das Wort.

Sachverständige Fatima Gailani: Thank you very much. It's an honour to be here. Although I was a bit surprised why I am in this panel. Then I realised that although I'm not a military expert by training, I had become a military expert by the works I did, which always involve me talking with the military, or my work was influenced by the military.

Within my 44 years, Afghanistan has experienced every kind of military action, whether it is by two superpowers, whether it is by an informal military, people, or insurgency. But everything is determined by the military. So somehow the whole of Afghanistan has become an expert in this.

But for me, the last two years is the most interesting thing. Although I worked in the Afghan Red



Nur zur dienstlichen Verwendung

Crescent Society, which is the equivalent of Red Cross, and my job was the neutrality - to be neutral in the middle of the conflict sides. But of course it made me be constantly in touch with the NATO, with the Americans, with our own army, and also with the Taliban. Any military action that isn't politically well thought out will not succeed. This was the problem in Afghanistan from the day that the Russian invasion happened in Afghanistan; we saw that the political movement and the military movement were going a separate way. My hope was, when I was in Bonn, that this will be the end of that. As soon as I saw in Bonn: the Taliban are not there, we are making peace with ourselves, then I knew that, unfortunately, again, we are hoping for something which will not materialise.

I'll give you something; I remember it very well in Doha. One of our colleagues, Abdul Hafiz Mansour, who was a former member of parliament, and then in Doha one of the negotiators - I remembered him at the emergency loya jirga, the grand assembly emergency loya jirga, which happened immediately after the Bonn conference - he got up and he addressed the Americans and NATO and said, "Please don't send your soldiers. Send us experts. Send us people who will train us because one day you will go. The day you go, we will be back to the first step of our ladder."

And this is exactly what happened. When we talk about the Doha agreement, meaning the agreement between the Americans and the Taliban, there wasn't even involvement of either Afghan government, Afghan parliament or the whole umbrella of the republic. When we talk about the republic, we are not talking about only one individual, Ashraf Ghani. We are talking about the whole establishment, from parliament to politicians to everybody. We had no knowledge of what's going on. But when the Doha talks, the Doha peace, talks between us and the Taliban happened, you could see that it is determined by the failure or success of military action. Totally. So that's why it is and it has always been extremely important for us. As you said, General, that probably our soldiers were equal to any soldiers in the Western world. But when the captain leaves, what could they do when they don't have

a will to fight? And what to fight and what for to fight? What do you expect them to do? When that happened, of course, it immediately affected our talks.

Who would have taken us seriously? My argument, even at that time with the Taliban, was that the political settlement, a political agreement, is much more important for you than it is for the Republic side, because we are finished. But you are coming. Don't go to an empty place. If we have a political agreement, the army will stay, the police will stay, the institutions will stay. And what happened? Again, the blame came on the shoulder of the republic because the Taliban came with the offer of the constitution of 1964, the constitution of king Zahir Shah, and it was refused in a matter of minutes. The flag would have been saved. The voting process and being elected would have been saved. The army would have been saved. All institutions would have been saved. Was it a bluff from the Taliban? I don't know, because we gave them the best excuse by refusing it. Whoever came from the top - they refused. That's why I made sure that it goes to the record that I say this was the biggest mistake of the end of the republic.

And again, we were giving another excuse. You gave them the excuse on a silver platter. When we were supposed to come - our politicians were supposed to come to Doha and talk with the Taliban and sign and stamp something and go towards an interim establishment -, our captain fled the country and that was the end of everybody. And now we have no right to complain.

I will stop here because I saw earlier it is much more important to answer your questions than to talk. Thank you.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme. - Gibt es Fragen? Ist der Ton okay? Können Sie uns hören? - Das ist der Fall. Frau Jalil, Sie haben jetzt das Wort für Ihr Statement.

Sachverständige Hosna Jalil: Dear Dr Stegner, dear members of the Parliament, dear experts,



Nur zur dienstlichen Verwendung

and members of the committee. Good evening to everyone. My voice is clear to everyone? Great.

The Doha Agreement, known as the US-Taliban deal, which aimed to end the 20 years war and bring peace to the country, failed on all fronts, I would say. It could neither end the war nor bring peace to the country. The only difference it brought to the country, or the only change it brought to the country, I would say, is it changed the form of conflict and it changed the warring parties and the actors in that conflict. But, however, the threat remained the same in terms of the nature; the nature of the threat remained the same in Afghanistan, or from Afghanistan under the Taliban's rule.

In August last year, the Afghan government collapsed, the armed forces collapsed, the international forces withdrew. The Taliban took over power. From an insurgent terrorist group, they became the ruling regime. The Isis - Taliban's old friend, which attacked Taliban's targets at the time of the Doha Agreement process or the Doha talks - became Taliban's rival and engaged in armed clashes after the Taliban took power. But at the same time, the armed opposition, led by the Northern Resistance Front, emerged. And most importantly, the civil resistance, led by the Afghan women, emerged. The agreement between the US and the Taliban, excluding the Afghan government from the entire process, had a multifold effect on the situation.

The first one was: it levelled up Taliban from an insurgent terrorist group to a political counterpart to Afghanistan's strategic partner, and that was the US Government. Which boosted the morale on the Taliban side, I would argue.

Second, the withdrawal of the US and coalition forces as one of the main four terms of the agreement, followed by decisions being implemented, signalled the withdrawal of the financial and technical support provided by the US and its allies in Afghanistan. And it definitely destroyed the morale of the security forces. I would say it was not the only factor; definitely there has been a lot of internal factors as well that I'm going to touch on. But it definitely destroyed, it was one

of the main factors to destroy the morale. And one of those decisions signalling the withdrawal of the technical and financial support to a highly dependent force was the dissolution of the 27,000 Afghan local police by end of December 2020.

The third effect on the situation was the Taliban's release of 5,000 prisoners, who returned to the battlefields and fuelled the battlefield indeed. It made the battlefields more difficult or intensely fought.

The fourth effect was in late 2019 and early 2020 because there have been the talks between the US and the Taliban in Doha. The Afghan armed forces were commanded, or ordered, to put their major offensive operations on hold. That excludes, of course, the major operations excludes a few joint operations conducted by the Afghan and the US operation forces, the counterterrorism operations they had. And the forces were implementing an active defensive policy. So it definitely led to the Afghan forces losing first their most important military advantage - and that was the air support from the US.

The second thing was that during this period, the Taliban set up their temporary checkpoints on most of the highways - I can't say all the highways - and I'm quoting this from the former corps from Afghanistan or the chief of general staff. And at the same time, they had taken control of some of the residential areas close to the military bases and the government establishments.

The fifth impact or the effect was: it widened the political division further. In Afghanistan, yes, we lacked political unity. But the deal further widened the political division among the political elites in Afghanistan. And actually, I would say the US special envoy had promised different political figures a political share in the proposed inclusive government, which was supposed to be the new political structure.

Well, among the internal factors that had already weakened, I would say the security and defence institutions and the armed forces as well, are:



Nur zur dienstlichen Verwendung

The first one was corruption, the second one was the politicisation of the force in the post-2001 security sector, security and defence institutions, establishment and the professionalism. But at the same time, the systematic recruitment for the armed forces has been a compromise of the integration of the Mujahideen and the anti-Taliban Mujahideen figures and their, of course, loyal followers. And then last but not least, what played a role in the entire security and political situation was Pakistan's support of the Taliban. They definitely have been engaging in supporting the Taliban with logistics, with weaponry and training. But later, they were accused by the security and defence ministers of providing extra support or increasing their support to the Taliban.

So that's it from my end; I would pass the floor to the questions and to the other experts. Thank you so much. That's it.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Thank you very much. - Gibt es Verständnisfragen zu dem, was Frau Jalil vorgetragen hat? - Das ist nicht der Fall.

Als Nächstes kommt Herr Dr. Kaim. Sie haben das Wort.

Sachverständiger Dr. Markus Kaim: Danke sehr. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Erst einmal möchte ich mich auch ganz herzlich bedanken, heute hier vortragen zu dürfen. Ich finde, das ist ein hochinteressantes Unterfangen, was Sie vor sich haben, und wenn wir dazu einen Beitrag leisten können, dass es gut wird, so freue ich mich, einen Beitrag leisten zu können.

Ich will meine zehn Minuten für sechs kurze Punkte nutzen.

Der erste Punkt soll ein bisschen ausloten, wie es eigentlich bezüglich der Sicherheitslage in Afghanistan aussah. Es ist ja verführerisch, jetzt das riesige Bild zu zeichnen, was in Afghanistan erreicht worden ist und was nicht. Aber ich glaube, es soll ja, wenn ich die Aufgabe richtig verstanden habe, heute darum gehen, Sie ein wenig am Doha-Abkommen entlangzuführen, also wie es

zum Zeitpunkt des Doha-Abkommens aussah. Ich glaube, da kann man die Grundprobleme dann festmachen.

Erstens. Die afghanischen Präsidentschaftswahlen vom September 2019 konnten erst im Februar 2020 mit einem offiziellen Ergebnis abgeschlossen werden, was 50,64 Prozent für den Gewinner einbrachte und die Zerrissenheit der politischen Landschaft in Afghanistan markiert, nach vielen Widersprüchen und Einwänden.

Zweitens. Die Sicherheitslage blieb prekär. Nach Zahlen der Vereinten Nationen haben wir in dem Zeitraum zwischen dem 8. November 2019 und dem 6. Februar 2020 5 000 sicherheitsrelevante Vorfälle. Unter dem Begriff wird alles zusammengefasst: bewaffnete Zusammenstöße, improvisierte Sprengsätze, Selbstmordattentate, Luftangriffe und anderes mehr. Das ist etwa dieselbe Zahl wie im Vorjahr. Ich betone das deshalb, weil keine Verbesserung erkennbar ist.

Der dritten Unterpunkt, den man ansprechen könnte, weil sich dahinter ein weiteres Ziel des NATO-Einsatzes in Afghanistan verbirgt, ist, dass die Zahl der islamistischen Kämpfer, die den dschihadistischen oder terroristischen Gruppen zugeordnet werden, in dieser Zeit nicht gefallen, sondern gestiegen ist. Dabei richtete sich das Augenmerk aus nachvollziehbaren Gründen weniger, immer weniger auf al-Qaida - da blieb prekär, dass die Taliban ihre Verbindung zu al-Qaida nicht abgebrochen hatten -, sondern auf das Aufblühen des „Islamischen Staates“ in Afghanistan mit etwa 5 000 Kämpfern, von den USA im September 2019 eingeschätzt, mit dem Potenzial, schwere Anschläge zu verüben.

Wenn Sie sich zurückversetzen in die Zeit der Jahreswende 2019/2020, dann gab es zu diesem Zeitpunkt keinerlei Anlass für Optimismus, dass Afghanistan zu einem guten Ende geführt werden könnte. Ich bitte, mich nicht falsch zu verstehen. Ich spreche jetzt nur zur Sicherheitslage. Zu allem, was eben thematisiert worden ist - die Beiträge zur Transformation der Gesellschaft, Frauenrechte, Bildung und so was -, möchte ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

mich gar nicht äußern. Das würde ich anders bewerten. Wir sprechen jetzt hier nur über die Sicherheitslage.

Der zweiten Punkt, den ich ansprechen möchte, mag auf den ersten Blick ein bisschen banal erscheinen; aber er scheint mir für das Verständnis der Entwicklungen, die mit Doha in Gang gekommen sind seit dem Februar 2020, eigentlich vorher bereits, essenziell, nämlich die Zentralität der amerikanischen Außenpolitik. Um zu verstehen, was mit Doha in Gang gesetzt worden ist und was die Ergebnisse gewesen sind, was dann herausgekommen ist, muss man verstehen, was unter der Regierung Trump in der Afghanistan-Politik geschehen ist, dass nämlich ein Entschluss gefasst worden ist, den bemerkenswerterweise Trumps Nachfolger relativ bruchlos fortgesetzt hat und der da etwa lautet: Afghanistan hat keine strategische Priorität mehr für die USA; der Kampf gegen den islamistischen Terrorismus hat keine strategische Priorität mehr; die strategische Priorität der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik liegt jetzt in anderen Räumen, Stichwort: indopazifischer Raum, Stichwort: China.

Daraus leitet sich meines Erachtens vieles ab. Damit ist mit dem Februar 2020 eine erhebliche politische Dynamik in Gang gekommen; man kann argumentieren: eigentlich bereits vorher erkennbar. Mit dem Entschluss, abzuziehen, anfangs noch konditioniert, ist das zentrale politische Signal an die Aufständischen in Afghanistan gegeben worden: Wir werden abziehen.

Militärisch - darüber werden wir sicher noch ausführlich sprechen - kann man die zentrale Rolle der USA für die afghanischen Streitkräfte gleichermaßen wie für den NATO-Einsatz nicht genug unterstreichen. Also, mit dem Entscheid, Truppen abzuziehen, war eigentlich, wenn ich es ein bisschen pathetisch ausdrücken darf, das Todesurteil für die afghanischen Streitkräfte und das Todesurteil für den NATO-Einsatz getroffen.

Wenn ich eine Bemerkung machen darf, die ich mir als Sachverständiger erlaube - als Zeuge würde ich es nicht tun -: Ich bin nicht sicher, ob diese Entwicklung in den USA von der deutschen Politik angemessen rezipiert worden ist.

Wir haben im Februar 2020 bei der SWP ein Papier geschrieben mit dem Titel „Mandat verlängern - Abzug vorbereiten“. Ich zitiere das nicht, um zu unterstreichen, wie vorausschauend und wie weitsichtig wir gewesen sind. Im Gegenteil: Ich fand das offensichtlich. Aber das hat wenig Widerhall gefunden, ist wenig aufgegriffen worden, sodass sich bei mir der Eindruck einstellte: Sind wir die Einzigen, die das so eingeschätzt haben zu dem Zeitpunkt? Das nur als Verweis. Oder ich formuliere es weniger als Einschätzung, sondern als Frage: Ich frage mich, ob das entsprechend rezipiert worden ist.

Das hat fundamentale Folgen für die NATO gehabt. Ich habe ja schon versucht, es anzudeuten. Letztlich hat die NATO ja nicht am Verhandlungstisch gesessen, wie Sie wissen, bei den Gesprächen zwischen der Regierung Trump und den Taliban, aber sie war von den Konsequenzen unmittelbar betroffen. Sogar bis in die Abzugsdaten, bis in die Abzugszahlen hinein ist festgelegt worden, zu welchem Zeitpunkt NATO-Truppen sich aus Afghanistan zurückziehen. Das markiert auch noch mal die Zentralität der amerikanischen Politik für die NATO. Man könnte argumentieren, auch damit sind für die NATO die Zeichen eigentlich auf Abzug gestellt worden.

Bemerkenswert finde ich - das ist ja auch angefragt worden -, dass innerhalb der NATO zu diesem Zeitpunkt eigentlich keine Debatte mehr über Sinn und Zweck und Einwände und mögliche andere, alternative Optionen bezüglich dieses Einsatzes geführt worden ist, nicht von der deutschen Regierung, nicht von der NATO selbst, nicht von der britischen Regierung, nicht von der türkischen Regierung. Wieder drängt sich der Eindruck auf - ich formuliere es mal als Frage -, als hätten sich unausgesprochen, ohne es explizit zu machen, die NATO-Regierungen, die zu diesem Zeitpunkt an der RSM-Mission beteiligt gewesen sind, letztlich mit dem Abzug der USA, mit dem Ende der NATO-Mission, das damit einhergehen würde, arrangiert, ohne dass das explizit gemacht worden ist. Und wenn man es ganz böse aufladen will, könnte man vermuten - aber das wirklich nur am Rande formuliert -, dass vielleicht die eine oder andere NATO-Regierung



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht ganz undankbar gewesen ist, im Windschatten der Regierung Trump halbwegs gesichtswahrend Afghanistan verlassen zu können. Dieser Eindruck drängt sich auf. Denn ansonsten hätte es vielleicht eine kontroversere Debatte in der NATO geben müssen; die Frage von alternativen Optionen hätte thematisiert werden können. All das ist nicht aktenkundig oder ist zumindest nicht nachweisbar.

Ich will einen weiteren Punkt machen. Weshalb sind die afghanischen Sicherheitskräfte so aufgetreten im Sommer 2021 oder im Frühjahr 2021, wie wir sie gesehen haben? Ich glaube, es ist multikausal. Es hat zwei Facetten. Es ist ein Problem des Könnens und ein Problem des Wollens. Und bei dem Problem des Könnens will ich nur auf einen einzigen Faktor eingehen, nämlich auf die amerikanische Luftunterstützung. Trotz aller Bemühungen waren die afghanischen Streitkräfte bis zum Ende auf amerikanische Luftunterstützung angewiesen. Die Regierung Trump hat trotz des Abzugsentscheids noch bis in die letzten Tage ihrer Amtszeit 7 500 Luftangriffe im Jahr 2019 geflogen. Ohne diese hätte die afghanische Armee in vielen Kämpfen gar nicht bestehen können. Umgekehrt formuliert: Mit dem Entscheid, diese Truppen abzuziehen, der sich dann eigentlich erst im März 2021 manifestiert hat, als wirklich die amerikanische Luftwaffe und die Truppen, die die afghanische Luftwaffe unterstützt haben, eingepackt haben, war erkennbar, dass das nicht weiter tragen würde.

Zugleich muss man auch die Dimension des Wollens ansprechen. Da würde ich mich General Domröse anschließen, dass es hier tatsächlich eine Fehleinschätzung gewesen ist, wo wir politische Loyalität verorten. Es ist tatsächlich eine Mischung, eine Melange von Korruptionserfahrungen, ein Gefühl, von den Offizieren verlassen worden zu sein, ein Gefühl, von der politischen Führung verlassen worden zu sein, und anderes mehr, sodass es vergleichsweise einfach gewesen ist, ab dem Februar 2021, um das Datum mal zu nennen, einzelne Offiziere, hochrangige Soldaten aus den afghanischen Streitkräften herauszubrechen und das zu unterminieren durch eine Mischung von Drohungen, Angeboten und anderem

mehr. Also, da gab es, glaube ich, eine komplexe Melange von Können und Wollen.

Und der letzte Punkt, den ich machen will, führt uns, glaube ich, in das Thema hinein, was Sie am meisten interessiert: Wo hat es die deutsche Politik eigentlich zurückgelassen im Februar 2020 oder in dem Zeitraum vom Februar 2020 bis ins Frühjahr 2021 hinein? Da finde ich bemerkenswert, dass, glaube ich, ein Dilemma - nennen wir es ruhig so - erkennbar wird, dass sich einerseits die deutsche Regierung - das habe ich ja versucht anzudeuten, oder so machte es den Anschein - mit den Abzugsentscheidungen der Regierung Trump, mit der Abzugsentscheidung der NATO arrangiert hat, sich aber andererseits vergleichsweise klar über die Folgewirkung ist. Ich darf eine Stelle aus dem Mandatstext des letzten RSM-Mandates zitieren, wo das, ich finde, sprachlich sehr schön eingefangen ist:

Die Sicherheitslage bleibt prekär; die Taliban üben, ungeachtet eigener Verluste, zur Stärkung ihrer Einflussmöglichkeiten und trotz der laufenden Friedensverhandlungen derzeit mit hoher Intensität Gewalt gegen die afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte, Vertreter staatlicher Institutionen und Teile der Zivilgesellschaft aus. Die Friedensverhandlungen bleiben sehr fragil und benötigen Zeit.

Und jetzt kommt der Satz vom Februar 2021, auf den ich hinauswill:

Ein Abzug unter den derzeitigen Voraussetzungen birgt nicht nur Gefahren für die unmittelbare Stabilität Afghanistans und der Region, sondern auch für die hart erungenen Fortschritte der letzten Jahrzehnte insgesamt.

Das sagt der Deutsche Bundestag oder autorisiert sozusagen der Deutsche Bundestag im Februar 2021, obgleich die Abzugsentscheidung bereits gefallen ist und schon weit fortgeschritten ist. Diese Stelle markiert, glaube ich, sehr pointiert die Dilemmasituation der Afghanistan-Politik



Nur zur dienstlichen Verwendung

oder, wenn man es so sagen will, die Ausweglosigkeit der deutschen Afghanistan-Politik zu diesem Zeitpunkt. - Danke sehr.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Herr Dr. Kaim. - Gibt es dazu Verständnisfragen? - Das ist nicht der Fall. Dann rufe ich als Nächstes Herrn Marty auf. Sie haben das Wort.

Sachverständiger Franz Marty: Danke für die Einladung. - Ich selber bin, wie Sie gesagt haben, freier Journalist und lebe seit Dezember 2014 in Kabul, auch jetzt. Ich bin also nur für diese Anhörung nach Berlin gekommen. Alles, was ich sage, basiert auf Gesprächen mit Afghanen oder meinen eigenen Erfahrungen vor Ort. Anstelle einer Zusammenfassung meiner schriftlichen Stellungnahme, die Sie alle haben, würde ich einfach einige Punkte hervorheben.

Der erste ist der, dass ich eine gewisse Tendenz sehe, dass im Nachhinein zu dem, was* alles passiert ist, gesagt wird und ich Leute sagen höre: Ja, man hat das schon früh erkennen können. - Dort würde ich einfach warnen: Mehrere Taliban haben mir selber gesagt, dass sie es nicht so gesehen haben, dass die Republik so schnell zusammenbricht, und Taliban haben das auch zu anderen Kollegen gesagt. Und wenn es die Taliban selber nicht vorhersehen konnten, die die treibende Kraft dahinter waren, wie hätte es jemand anders vorhersehen sollen?

Dann würde ich auch warnen, dass all die Gründe, die zitiert werden, wieso die Republik gefallen ist, auch im Nachhinein teilweise ein bisschen revisionistisch dargestellt werden. Wir haben auch vom Vorredner von dem Problem gehört, dass Afghanen nicht gekämpft hätten. Ja, das stimmt in einigen Fällen; aber in vielen anderen stimmt es auch nicht. Ich habe Beispiele in meiner Stellungnahme zitiert. Lashkar Goh wurde verteidigt. Ich habe gedacht: Warum kämpfen sie überhaupt noch? Die Stadt ist weg.

Ich habe ein Beispiel zitiert, ganz klar ein Extrembeispiel: Ein afghanischer Offizier hat mich angerufen, als Kabul schon gefallen war. Er und ein paar Hundert Soldaten sind in, was die Ame-

rikaner „bastion“* oder „leatherneck“* genannt haben, Helmand immer noch in der Basis gewesen, haben sich nicht ergeben. Also auch hier: Der Kampfeswille hat teilweise gefehlt, ja, aber teilweise auch nicht. Es gibt zahlreiche Beispiele von afghanischen Polizisten oder Soldaten, die Monate, teilweise über sechs Monate, ohne Lohn und Urlaub gekämpft haben in den schlimmsten Orten, die Sie sich vorstellen können, und die haben die Waffen nicht weggeworfen und sind einfach gegangen. Also, von dem her ist das alles komplexer, als oft dargestellt.

Dann zur Lage zum Zeitpunkt des Doha-Abkommens. Ja, sie war nicht gut. Aber in Afghanistan war vorher 20 Jahre Krieg. Sie war auch nicht so schlecht. Die Regierung war immer noch in einer ziemlich guten Position. Das Problem war dann nachher, dass jeder vom Doha-Abkommen ein anderes Verständnis hatte, was genau vereinbart wurde und was nicht. Und die Taliban haben Kampfhandlungen entgegen ihren Behauptungen intensiviert, aber auch das bis im Sommer 2020/2021*. Das können Sie online nachlesen. Ein* Bericht, der von mir Anfang Juli publiziert worden ist, hat gesagt: Ja, es ist kritisch; aber die Regierung wird nicht sofort auseinanderbrechen. - Viele Analysten haben mir dazumal Anfang Juli dazu gratuliert. Und dann, fünf Wochen später, sah es anders aus. Ich selber bin am 8. August in die Provinz gegangen, habe gedacht, das ganze Land fällt nicht und bin am 13. nach Kabul zurückgekommen, während praktisch hinter mir die Provinzen eingeklappt sind.

Wichtig ist auch, zu sagen, dass die Taliban eigentlich nie einen Hehl daraus gemacht haben, dass sie keine Regierungseinbindung wollen, sondern dass sie ein komplett neues System wollen. Von dem her war auch* viel Hoffnung, dass dieser Doha-Prozess irgendwie erfolgreich sein könnte. Es basierte viel* auf Hoffnungen von westlichen Politikern, dass es dann, wenn es mit Kämpfen nicht geht, mit dem Doha-Deal gehen muss, obwohl eigentlich wenig Anzeichen dafür bestanden, dass das der Fall ist.

Eine ein bisschen technische Bemerkung. Ich gehe davon aus, dass Sie wahrscheinlich auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

Karten haben zum Zeitpunkt des Doha-Abkommens, wie viel die Taliban kontrolliert haben, wie sich das verändert hat. Ich würde diesen Karten nicht trauen. Ich selber habe keine einzige gesehen, die verlässlich ist. Es fängt schon mit Schwierigkeiten an, dass Kontrollen* von Taliban und Regierung mit verschiedenen Ellen gemessen wurde. Und die meisten zumindest öffentlich zugänglichen Karten sind vom „Long War Journal“. Die haben so viele Fehler, dass ich buchstäblich aufgehört habe, mir das anzusehen.

Betreffend militärische Stärke würde ich warnen. Es gibt aus meiner Sicht so ein bisschen das Problem, dass die republikanischen Streitkräfte sehr übermäßig kritisiert worden sind. Warum? Man hatte einfachen Zugang, man sah die Probleme und hat die dann immer wieder hervorgehoben, während im Gegensatz dazu den Taliban oft viel Kredit gegeben wurde. Aber von den Taliban weiß man praktisch nichts, wie die Streitkräfte dort organisiert waren. Die Taliban hatten wahrscheinlich viele Probleme, die auch die republikanischen Streitkräfte hatten. Das sehen wir nur nicht, weil es damals - ich war im Land - kaum möglich war, sich mit Taliban zu treffen, geschweige denn irgendwie einen Anband (?)* mit ihren Streitkräften zu machen. Von dem her ist es auch wichtig, dass man sich bewusst ist, dass da, wie gesagt, auch ein bisschen mit verschiedenen Ellen gemessen wird.

Abschließend würde ich hervorheben: Einfluss von anderen Staaten sollte immer kritisch betrachtet werden. Es wird sehr viel behauptet, beispielsweise dass Russen, Iraner, Pakistanis einen erheblichen Einfluss auf die Taliban hatten, kritische Unterstützung leisteten. Wenn Sie dem nachgehen, finden Sie dafür wenig bis gar keine Beweise. Das heißt nicht, dass nichts passiert ist; aber man sollte es dann auch nicht überschätzen. Ich habe ein konkretes Beispiel von Nachtsichtgeräten in meiner schriftlichen Stellungnahme zitiert. Von daher sollte man auch da immer ein kritisches Auge behalten. - Damit schließe ich. Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Herr Marty. - Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Bevor ich die nächste Stellungnahme aufrufe, will ich Ihnen gestehen, warum ich eben kurz abgelenkt war. Wir haben gerade die Nachricht bekommen, dass unser Kollege Rainer Keller, der hier stellvertretendes Mitglied ist, heute verstorben ist. Vielleicht können wir aus Respekt einen Moment innehalten. Sind Sie so freundlich?

(Die Anwesenden erheben sich)

Ich danke Ihnen sehr, dass Sie sich erhoben haben. - Dann rufe ich Herrn Professor Zerbin auf und bitte Sie um Ihre Stellungnahme.

Sachverständiger Prof. Dr. Daniel Zerbin: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuhörer! Es ist eine besondere Ehre, dass ich heute hier vorsprechen darf. Für meine Generation, die in Afghanistan gedient hat als Soldaten und als Offiziere, ist es sicherlich ein besonderes Ereignis im Leben gewesen, das uns auch noch nachhaltig prägt.

Vor einigen Jahren hat die damalige Ratsvorsitzende der EKD, Frau Margot Käßmann, gesagt, da ist nichts gut in Afghanistan. Der ein oder andere erinnert sich vielleicht daran. Auch wenn ich jetzt im Nachhinein einiges an Kritik an dem Einsatz anbringen werde, möchte ich doch sagen, dass nicht alles schlecht war.

Als ich im November gelandet bin und dann meinen Dienst aufgenommen habe, waren wir - daran kann ich mich erinnern - in einer Schule. Die Kinder saßen in Hockstellung auf dem nackten Boden, es schneite, und nach ein paar Wochen und Monaten hatten sie eine Schule. Für diese Kinder hat dieser Einsatz sicherlich was gebracht.

Ich möchte noch kurz was zu meiner Person sagen. Ich spreche hier, wie gerade schon erwähnt, als Soldat, aber auch als Kriminalwissenschaftler. Mein Schwerpunkt ist Makrokriminalität, Terrorismus und Kriegsverbrechen. Ich habe eine 14-jährige Dienstzeit hinter mir als Feldjäger, als Militärpolizei. Ich war zweimal in Afghanistan, und



Nur zur dienstlichen Verwendung

danach war ich auch noch für die Beweismittelsicherung zuständig und habe das auch als Reserveoffizier noch mehrere Jahre begleitet.

Ich möchte im Weiteren jetzt auf die Fragen eingehen, die mir gestellt worden sind, und die dann sukzessive abarbeiten. Ich habe nicht alle Fragen beantwortet, sondern die, worin halt auch meine Kompetenzen liegen.

Zunächst - was ja auch schon angesprochen worden ist - zur politischen Lage und zur Sicherheitslage in Afghanistan zum Zeitpunkt des Doha-Abkommens. Sie bestand sicherlich aus Hoffnungslosigkeit. Gerade ist es auch schon angesprochen worden: Wenn man die Lage in Afghanistan betrachtet, ist natürlich nicht nur der Februar 2020 ausschlaggebend, sondern sind es auch die Jahre vorher. Das ist sicherlich jetzt eine Künstlichkeit des Ausschusses, aber entscheidend, um den Rest zu verstehen. Natürlich hat das Doha-Abkommen eine psychologische Wirkung gehabt. Der Vergleich zwischen Afghanistan und der Ukraine wurde ja gerade schon mal angesprochen. Man hat im deutschen Heer oder allgemein in der Bundeswehr den Ausspruch „von vorne führen“. Und wenn man sieht, dass die wichtigsten Verbündeten quasi das Schiff verlassen, hat es ja einen weitgehenden psychologischen Einfluss auf die anderen Kräfte.

Zur Frage 2, wo es um die bilateralen Friedensverhandlungen der USA mit den Taliban und um die Freilassung von 5 000 Gefangenen ging. Es macht erst mal vielleicht keinen Sinn, wenn man sagt: Okay, ich lasse jetzt Kriegsgefangene raus. - Die können natürlich auf der anderen Seite weiterkämpfen. Und es war ja sicherlich auch eine massive Aufwertung der Taliban, sie als gleichberechtigte Partner zu sehen und andere nicht einzuladen. Also, das spielt da alles eine deutliche Rolle.

Es ist aber auf der anderen Seite logisch, dass das gemacht worden ist, einfach auch vom Psychologischen her, um Vertrauen zu schaffen. Es gibt in der Spieltheorie die Tit-for-Tat-Strategie; da muss man erst mal positiv sein und kooperieren. Das war sicherlich der Grund dafür, der dann aus dieser Perspektive auch plausibel ist.

Dann komme ich zur Frage 3, Glaubwürdigkeit der Versprechen der Taliban im Rahmen dieses Doha-Abkommens. Es ist ja gerade schon gesagt worden, es ist relativ schwammig formuliert worden. Nichtsdestotrotz war am Anfang doch schon klar, dass sie sich sicherlich an einige Dinge halten werden, beispielsweise auch an das Versprechen, al-Qaida da keine Basis zu geben. Das war ja auch der Kriegsgrund am Anfang, um nach Afghanistan reinzugehen. Sicherlich haben die Taliban einen starken Gefechtswert; aber man muss auch sagen, dass der Respekt gerade vor der NATO-Luftwaffe oder der amerikanischen Luftwaffe sehr hoch ist. Also, man kann relativ schnell mit CAS, Close Air Support, da verheerende Wirkung anrichten. Selbst wenn man nicht mehr im Land ist, kann das noch passieren, und es ist ja in der Vergangenheit dann auch gemacht worden. Von daher war ihnen klar, dass sie sicherlich auf viele Dinge eingehen müssen und halt al-Qaida nicht wieder ein Ausbildungsnest oder eine Plattform für Terrorismus geben dürfen. Das war plausibel, dass sie sich daran halten.

Andere Dinge waren es eher nicht. Da spielt sicherlich die Religion eine Rolle, die in diesem Umfeld und in dieser Situation meiner Meinung nach nicht ausreichend betrachtet wird. Die Taliban, die Koranschüler, haben sich in den 90er-Jahren entwickelt, so ähnlich wie der Wahhabismus, also ein Zurückbringen wieder zur eigentlichen Religion. Ich hatte da mit Polizisten zu tun; ich war Verbindungsoffizier zur afghanischen Polizei und zum NDS, zum Nachrichtendienst. Da war es auch üblich, dass Alkohol getrunken wurde, und man konnte auch mal eine Flasche Wodka unter dem Tisch rumreichen. Also, da war dieser Bezug zum Islam nicht so erkennbar. Bei den Taliban war das sicherlich bedeutend. Es ist dann auch so, dass vielleicht Dinge, die für uns auf westlicher Seite ganz klar sind, etwa Mädchen in die Schule zu bringen, gleiche Rechte für Mädchen usw., von den Taliban sukzessive ausgehöhlt wurden.

Frage 4 zur Veränderung der Sicherheitslage durch das Doha-Abkommen. Danach kam es - es ist ja auch schon gesagt worden - zu einer blutigen Zeit aufgrund dieser psychologischen Wirkung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Die zweite Teilfrage war, wie es dann mit den Abschiebungen war. Zu Beginn gab es noch eine andere Bundesregierung. Man ist da sehr restriktiv mit Abschiebungen umgegangen. Auf der anderen Seite hat man sich, als die Taliban das ganze Land quasi erobert haben, dann sehr offen dafür eingesetzt, dass sehr viele Ortskräfte oder vermeintliche Ortskräfte hier nach Deutschland kommen. Also, da hat die Tarierung nicht richtig gepasst. Das war sicherlich eine Phase, die für Abschiebungen sehr gefährlich war. Und auf der anderen Seite hat man die Tore dann weit aufgemacht.

Ich komme zur Frage 6 - Frage 5 habe ich übersprungen -, da geht es um die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der afghanischen Armee und der Sicherheitskräfte. Dazu haben wir schon einiges gehört. Was mir als Militär am Anfang immer aufgefallen ist: dass bei der Leistungsfähigkeit nicht unterschieden worden ist, auch in den Fragen nicht, zwischen Kampfkraft, Gefechtswert bzw. Einsatzwert. Das muss man machen. Die Ausrüstung der afghanischen Truppe war ja sehr gut. Die hatten sehr viele Waffen. Die Ausbildung war sicherlich ebenfalls gut. Aber auf der anderen Seite muss man bei diesem Einsatzwert, bei diesem Gefechtswert auch sehen: Was haben die anderen denn? Die anderen hatten eine sehr hohe Motivation. Mir hat ein ehemaliger Mudschahedin erzählt - er gehörte zur Nordallianz unter Schah Massud -, dass die Taliban, als sie im Pandschir-Tal gekämpft haben, da wohl massenweise reingerannt sind; sie wurden abgeschossen wie die Fliegen, und sie sind trotzdem weiter nach vorne gerannt. Also, das macht ja mit einem Soldaten etwas, wenn er da ist, und die haben keine Angst, zu sterben. Das ist schon eine ganz andere Motivation, wenn man selber auf jeden Fall am Leben bleiben will.

Dann vielleicht auch noch mal da ein bisschen weiter. Ich hatte im dienstlichen Bereich sehr viel mit Selbstmordattentätern, mit der Aufarbeitung dieser Fälle zu tun. Da sehen Sie, dass die Motivation sehr groß ist. Es ist ja auch gerade schon das Beispiel der Ukraine angesprochen worden. Dieses Nation Building, dieser Klebstoff, der eine Nation zusammenhält, fehlte da auf jeden Fall.

Ich war im Januar aus familiären Gründen in Charkiw, und da hatten Sie ein ganz anderes Bild. Ich musste da häufig über meinen Einsatz in Afghanistan nachdenken; es war ja auch erst wenige Wochen her. Da war eine ganz andere Bereitschaft. Die ukrainische Armee war 2014 de facto nicht vorhanden. Es gab auch eine starke Korruption; sie war nicht schlagfähig; auf der Krim wurde auch nicht gekämpft. Aber in den letzten Jahren hat sich da ein Patriotismus entwickelt. - Herr General, da bin ich nicht ganz bei Ihnen. Sie hatten gerade gesagt - ich habe das mal so interpretiert -, dass die Logistik da das Problem war. Ich glaube wirklich, dass dieser soziale Klebstoff gefehlt hat. Wenn Sie sich noch mal Kiew vor Augen halten: Da haben die Leute Molotowcocktails gebaut, und die sind sehr effektiv dann auch gerade gegen T-72 und T-80.

Ich komme zur Frage 7 nach der Loyalität der ANA und der Sicherheitskräfte. Da sehe ich einen der Hauptfehler. Ich bin bei meinem Vordränger, dass es natürlich immer Einzelpersonen gab oder einzelne Gruppen, die sehr mutig waren und bis zum Letzten gekämpft haben. Aber das Problem war das ganze Konstrukt, dieses ganze System.

Bei der Frage 7 geht es um die Loyalität. Ich glaube, einer der großen Fehler, welcher es fast schon unmöglich gemacht hat, war natürlich, dass man sich vonseiten des Westens an die Warlords angelehnt hat. Das führte dazu, dass wir teilweise mit diesen Warlords in einen Topf geschmissen worden sind. Die Alternative, dann Tabula rasa zu machen und neu anzufangen, war natürlich schwierig. Das war auf jeden Fall eine Hypothek.

Ich nenne ein Beispiel, und dann komme ich auch zum Schluss: Zu mir ist mal der afghanische Sicherheitschef der Polizei ins Büro gekommen und hat sich ganz fürchterlich beschwert, dass der dortige Warlord, Nasir Mohammed, den Kripochef verprügelt hat. Ich saß da wie ein begossener Pudel, ich habe mich so fremdgeschämt, und ich wusste gar nicht, was ich ihm sagen sollte. Leider sind diese Warlords von der politischen Seite und auch von der Generalität hofiert worden. Es war sehr schwierig, dann Vertrauen



Nur zur dienstlichen Verwendung

von der Bevölkerung zu bekommen. - Damit möchte ich dann enden. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Herr Professor Zerbin. - Gibt es Verständnisfragen? - Das ist nicht der Fall. Dann bedanke ich mich bei den Sachverständigen für die interessanten Stellungnahmen.

Wir kommen jetzt zu den Fragerunden mit dem Zeitkontingent von jeweils fünf Minuten. Ich würde Sie bitten, das einzuhalten. Je kürzer die Frage, umso inhaltsreicher kann die Antwort sein. Und was in der einen Fragerunde nicht geht, geht dann in der nächsten.

Die Reihenfolge der Fraktionen richtet sich nach dem Prinzip von Rede und Gegenrede. Der Vorsitzende beginnt, dann kommt der Stellvertreter, und dann folgen Bündnis 90/Die Grünen, AfD, FDP, Die Linke, SPD und CDU/CSU.

Ich bitte Sie noch mal, dass Sie Ihre Fragen adressieren, also sagen, wen Sie fragen wollen. Am besten eignet es sich, eine Person zu fragen; dann kommt am meisten in den Antworten heraus.

Wenn es keine weiteren Zwischenbemerkungen gibt, würde ich die Fragerunde eröffnen und beginne bei Ihnen, Herr General Domröse. Sie haben am Anfang gesagt, der Verlust der Verbindung zur Bevölkerung rächte sich. Sie haben das bezogen auf die Streitkräfte auch insgesamt. Meine Frage wäre: Was heißt das eigentlich bezogen auf den Auftrag der Bundeswehr? Welchen Auftrag hatte sie? Hat er sich geändert? War dieser Punkt aus Ihrer Sicht auch einer, der mitentscheidend dafür war, dass es am Ende so ausgegangen ist?

Sachverständiger Hans-Lothar Domröse: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Nein, der Auftrag hatte sich geändert, er hatte sich dramatisch geändert. Kampfauftrag, Trainingsmission, das ist der erste qualitative Auftrag. Zweitens im Land, jetzt in der Kaserne. Wenn Sie mir gestatten, muss ich das jetzt nachlesen, weil ich die einzelnen Ziffern nicht mehr so genau weiß. Also, der Auftrag war angepasst an die neue Lage. Was ich damit ausdrücken wollte, war, dass wir gar nicht

mehr den Auftrag hatten, zu überprüfen: Macht der seinen Job korrekt? „Wer schützt das Volk vor den Sicherheitskräften?“, war ja die Frage, die ich hier gebracht habe.

Also, das war nicht mehr Auftrag. Wir bildeten ihn also innen in der Kaserne aus, und dann haben wir gesagt: Und mach das draußen anständig! - Haben wir es gesehen? - Nein. - Das war der eine Punkt.

Der andere Aspekt: Das Feedback, das Reisen zum Volk, das Gespräch, das Sie in der vorherigen Anhörung, wenn ich das übernehmen darf, immer auch angesprochen haben, „local ownership“ fehlte. Das heißt, wir konnten ja gar nicht mehr mit denen sprechen - das war auch nicht der Auftrag -, mit der Bevölkerung, mit dem Bürgermeister; ob der nun korrupt oder ein Warlord war, war völlig wurscht. Mit der amtierenden Öffentlichkeit hatten wir keinen Kontakt mehr, auch keinen Kontakt mehr zu NGOs, IOs, es sei denn, sie kamen ins Camp rein. Das heißt, wir waren gewissermaßen blind. Vorhin ist auch das nette Wort „bubble“ gefallen. Wir saßen wie in so einem Fort, drinnen, und wussten nicht, was draußen los war. Und wenn Sie nicht mehr nach draußen gehen - das wissen Sie als Abgeordnete viel besser als ich -, wenn Sie nicht mehr in Ihren Wahlkreis gehen, dann wissen Sie auch nicht mehr, was da los ist. Also, stellen Sie sich vor, die Abgeordneten dürften dieses Haus nicht verlassen. Ja, dann wüssten sie nach einiger Zeit auch nicht mehr, was draußen los ist. Das wollte ich ausdrücken. Aber der militärische Auftrag war so gewollt, nichts zu tun. Ich hatte ja mit Respekt dageengehalten und habe das deutlich gemacht und habe gesagt: „Das ist ein Auftrag, den man natürlich annehmen muss“; aber ich habe mich nicht durchgesetzt mit den Argumenten, weil auch Kriegsmüdigkeit und alles Mögliche - das kann ich ja politisch verstehen - da mit reingespielt haben. Man wollte uns in „barracks“ halten. Ich habe vorher gesagt: Wenn wir in der Baracke sind, dann können wir nicht mehr überprüfen, was die draußen machen. Das ist einfach ein gravierender Fehler. Die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr wird sich auch darstellen in Großübungen oder in der Realität, nicht in der Kaserne. - Danke, Herr Vorsitzender.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich glaube, ich habe Gelegenheit, noch mal präziser nachzufragen. Sie haben sich ja zur Auftragsveränderung in Ihrer Stellungnahme schon geäußert. Ich meinte eigentlich in diesem Fall das Mandat des Deutschen Bundestages für die Entsendung unserer Streitkräfte. Das ist ja immer angepasst und verändert worden. Mit Blick darauf, was sozusagen gewünscht war von der Bundeswehr - so möchte ich es mal sagen -, entsprach das den Bedingungen? Oder würden Sie in der Nachbetrachtung sagen, dass das nicht realitätsgerecht war?

Sachverständiger Hans-Lothar Domröse: Verstanden. - Es war so gewünscht. „Do less with less.“ Also, Nichtstun, das ist immer relativ einfach für einen Soldaten; dann lehnt er sich zurück. Und genau das war auch von allen Nationen - also, hier mache ich kein Fingerpointing zu einem - so gewünscht. Die NATO-Nationen und damit auch die ISAF-Nationen, die ja rausgingen - wir waren bis zu 50 Nationen oder 40, also mehr, als die NATO Mitglieder hat -, hatten sich darauf geeinigt, weniger zu tun, und haben gesagt: Nach - grob - 20 Jahren ist es mal Zeit, dass die alleine gehen; wir haben ja jetzt genug geholfen; jetzt machen wir noch die Trainingsmission, dann muss es aber reichen. - Und die hatten ja auch Zighunderttausende Soldaten.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, zu Herrn Marty zu sagen: Wenn ich sage, die haben nicht gekämpft, dann meine ich, die Armee hat nicht gekämpft. Dass Einzelne gekämpft haben, ist völlig unbestritten. Sehr holzschnittartig.

Also, wir hatten den Auftrag, in der Kaserne zu sein. Der entsprach wahrscheinlich der menschlichen Logik, dass in der Kaserne natürlich wenig Granaten sind und damit auch die Gefährdung nicht da war. Wir hatten ja gerade das Karfreitagsgefecht, die höchsten Verluste und, und, und. Ich kann das verstehen - als Mensch, als Soldat, als Vater und als auch selbst in Anschlägen Gewesener und Durchgekommener. Es war der Auftrag, der uns gegeben wurde. Das war nur ein halber Auftrag. Ich hatte ja das Vergnügen, meiner Ministerin mal vorzutragen. Das ist wie ein Ponyhof ohne Ponys. Das geht nicht. Ich meine, das können Sie machen. Und so waren wir da. Es

war natürlich kein Ponyhof, es war schon ein bisschen anstrengender. - Danke sehr.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich danke Ihnen. - Herr Kollege Erndl hat das Wort.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Meine Frage richtet sich an Frau Jalil. Ich hoffe, die Verbindung klappt. Es ist schön, dass wir Sie als Mitglied der damaligen afghanischen Regierung in der Befragung haben. Ich hoffe, Sie können mich verstehen.

Sachverständige Hosna Jalil: I can hear you well.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Alles gut. - Meine Frage: Es wurde ja jetzt bei den einzelnen Berichten auch angesprochen, wie die Machtverteilung zwischen der Regierung und den Taliban in dieser Endphase im Jahr 2020 war. Danach hat ja die Regierung etwa ein Drittel der Distrikte kontrolliert und die Taliban irgendwie 10 Prozent, und im Rest war das irgendwie umstritten. Ist es sozusagen aus Ihrer Sicht und aus der Einschätzung der Regierung damals korrekt? Und wie hat sich das durch das Doha-Abkommen, das ja sozusagen dann irgendwo Auftrieb für die Taliban gegeben hat, in der Wahrnehmung geändert?

Eine zweite Frage: War das Thema „Loyalität und Schlagkraft der afghanischen Streitkräfte“ auch Thema in der Regierung, auch nach dem Doha-Abkommen? Wie wurde das da besprochen? Und wurde eben dieser komplette Abzug des Westens als Szenario auch in der Regierung diskutiert?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Jalil, Sie haben das Wort.

Sachverständige Hosna Jalil: Thank you, sir. I would divide my answer in three parts. Just a clarification in advance. Do we mean power distribution in terms of what is the portion of the territory controlled by the Taliban and what is the portion of the territory controlled by the Afghan National Defense and Security Forces? OK.

I would divide my answer in three portions, in three pieces. The first concerns the maps in terms of what is the area or what is the territory or the



Nur zur dienstlichen Verwendung

portion of the territory controlled by either the government or the Taliban or being disputed? I would argue that at least one third of the territory has been disputed. And part of that was because the Afghan National Defense Security Forces, as I mentioned earlier in my remark, have been on an active defence policy. They have not been able to conduct offensive operations. And according to the latest Army General Chief of Staff, whom I spoke to a couple of weeks ago, we have the bases and we have been able to go after the Taliban, but we were not allowed to go after them anymore. So they reached our throat, they reached close to the bases, to the army bases. So that's why when the Afghan government gave up on all the hopes - and when I'm talking about the Afghan government, I'm talking about the commander in chief, who was the president in Afghanistan - when he gave up on all hopes with the US partnership and the US support, he took his own initiative.

But I would say partially it was too late and partially there has been a lot of other challenges that he was unable or that it was too late for him to overcome those challenges. So what he did: he gave orders to conduct, again, the offensive operations. That's why there has been a lot of fight-backs, there has been a lot of pushbacks. And these territories which were represented on the map late in 2019 and early in 2020 and again later in 2020 - a major portion of them - as a Taliban-controlled territory, have been disputed territories. So they have been going back and forth in terms of like being one night in the hands of the Taliban and the next day under the control of the Afghan National Defense and Security Forces. So that's a part of it, but I again would say the territory that we used to claim on the media, that was also not the right representation that we wanted to show. But there was a moral aspect of it for the ANDSF.

The other thing is, did the Doha agreement boost the morale on the Taliban side? It definitely did. Well, I would say it not only boosted the morale on that side, it demoralised our forces on the other side. Let's agree on the fact that, again, this is very much relevant to the question regarding the loyalty of the ANDSF.

As I mentioned in my remark, the ANDSF - we compromise the professionalism, we compromise the standards post-2001 with the integration of the ex-anti-Taliban Mujahideen and their loyal followers. And the police forces have been the primary compromise in that process indeed. So we did have factions within the armed forces in Afghanistan who had their loyalty towards or leaned more on the warlords. We did have factions - again, which should not be a surprise -, who had their loyalty to the US government and the US forces. And they have been the young - some of them, not all of them, but a few. I'm talking about a few that included commanders and units and the Special Forces who leaned more on the US government. So yes, when it comes to the Doha agreement, these have been the parts and we relied more on these units who leaned on the US forces and they definitely have been demoralised. So, what the Afghan government did in order to boost the loyalty - I would say it was too late. The only effort that the government made to improve the loyalty - the only initiative the government made was the High Council on State Affairs, which was initiated by the Afghan president, and that was only about the political unity. There was nothing to be done about the security, or about improving the security institutions or security forces or their loyalty or their morale. There was not much left on the ground actually to be done, from my perspective.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Thank you very much. - Dann hat das Wort jetzt die Kollegin Nanni, bitte.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke erst mal auch in diese Runde, dass Sie sich alle auf den Weg gemacht haben und jetzt um Viertel nach acht zur Primetime auch noch bei uns in der Runde sind. Das ist nicht selbstverständlich. Das weiß ich sehr zu schätzen, auch insbesondere bei dem Kollegen, der so weit anreisen musste, und bei der Kollegin, die ebenfalls weit anreisen musste. Ich glaube, das sollten wir wertschätzen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich habe zwei Fragen, die erste an Fatima Gailani: Können Sie noch mal im Detail aufschlüsseln, warum das Doha-Abkommen sicherheitspolitische Fallstricke hatte, also was die Pfadabhängigkeiten waren, die da angelegt waren, die den Zusammenbruch der Republik begünstigt haben?

An Herrn Kaim habe ich noch die Frage, wie Sie es einschätzen würden von außen betrachtet: Wenn wir irgendwie eine Art einheitlichen Akteur Republik Afghanistan - ich weiß, den gab es nicht; aber sagen wir mal, den konstruieren wir analytisch - haben und auf der anderen Seite analytisch den einheitlichen Akteur Taliban konstruieren, gab es zum Zeitpunkt des Abschlusses der Verhandlungen überhaupt etwas, wenn man sie einbezogen hätte, dass man wirklich zusammenkommt? Oder war es von Anfang an quasi verhandlungsstrukturell schon unmöglich, da was zu finden? Es würde mich interessieren, ob Sie eine Einschätzung dazu haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Gailani, Sie haben das Wort.

Sachverständige Fatima Gailani: This is a very important question because really it was the last straw which was taken out. When it comes to the Doha Agreement, we were very unaware of it. We didn't know exactly - not just as the negotiators in the Doha peace talks, but even people in our government -, very few of them knew exactly what is decided between the Taliban and the Americans. That's why it was totally unknown for us, which made it very difficult for us to carry on with the negotiations. There is no doubt, as Jalil said, that as soon as the Doha agreement between the Taliban and the Americans was signed, their morale was boosted dramatically. And when it comes to Doha peace talks between us, the negotiators of both sides, I felt very quickly that there wasn't any will power from either side. The Taliban were totally convinced - you could see it from their talks - that they will prevail. And also, they knew that slowly they will have the upper hand. Our hope was that at least some sort of political settlement, i. e. an agreement on political settlement, should happen.

And from the Republic side, we started just by one thing. Have you ever heard in the history of negotiations, political negotiations, let alone, I mean, a peace negotiation, to have a negotiation without a mediator? I mean, I came because of my operation two weeks later and I came on Thursday. On Friday we were just talking among ourselves and I asked, "who's performing the mediation?" But very privately some of my colleagues said that "we have decided not to have a mediator." I said, "What?" That by itself was a prescription for disaster. And then the very conviction that many people in our government had: that when Mr Biden becomes president, everything - there will be a cross on it and they will start all over again. My argument was, "Are we talking about Mr Biden, who was the vice president, who was insisting that President Obama should get out of Afghanistan, are we talking about him? Why should he change his mind when he is the boss?" So when I say that no matter how good the army is, if there isn't a political force behind it and political belief behind it, it's impossible. So this is exactly what happened, that we were in the dark when it came to the Doha Agreement with them, and then a total confusion in the Doha peace talks. And this is the result we are seeing.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Thank you very much. - Herr Kaim, wir müssen das in einer anderen Runde machen. Sie heben sich die Frage für später noch mal auf. - Als Nächstes ist Herr Keuter dran.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank. - Meine Frage richtet sich an Herrn Professor Dr. Zerbin. Ich habe ein paar Fragen. Ich stelle die mal. Wenn Sie mit der Antwortzeit nicht hinkommen, machen wir in der nächsten Runde weiter.

War es überhaupt möglich, die Kampfkraft der ANA und das ANSF zu steigern? Was waren aus Ihrer Sicht die Fehler des Westens? - Erste Frage.

Zweite Frage: Noch im März 2021 wurde im Deutschen Bundestag für eine weitere Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan bis Januar 2022 gestimmt. Warum unterstützte die deutsche Bundesregierung so vehement die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Afghanistan-Mission, obwohl zu diesem Zeitpunkt doch schon klar war, dass die US-Truppen im August 2021 abziehen würden?

Und die letzte Frage in dieser Runde: Wie beurteilen Sie die Vorstellung des Westens, mittels politischer und militärischer Intervention eine Staatenbildung, also State Building, voranzutreiben?

Sachverständiger Prof. Dr. Daniel Zerbin: Vielen Dank für die Fragen. - Zur ersten - da ging es um die Kampfkraft der ANA und der anderen Sicherheitskräfte und wo die Fehler lagen -: Ich habe es gerade schon kurz beantwortet in den Dingen, die ich vorgetragen habe. Also, es fehlten der soziale Kitt und sicherlich auch das Verständnis, dass es noch was anderes ist, gegen so eine Truppe wie die Taliban anzutreten. Der Fehler des Westens war es sicherlich, dass man diesen Einsatz durch die eigene Brille gesehen hat und dann auch - da beantworte ich schon die zweite Frage mit - Beharrungstendenzen hatte. Man wollte, dass dieses Projekt gelingt. Das war von vornherein ähnlich, wie gegen Windmühlen anzutreten. Das war sicherlich nicht so weit umsetzbar. Da kommt sicherlich auch noch der Glaube an die Statistik hinzu und an Dinge, die man halt vorgesetzt kriegt. Das ist dann häufig ein gefärbtes Bild. - Habe ich eine Frage vergessen?

Stefan Keuter (AfD): Ja, das Scheitern des State Building. Wie beurteilen Sie die Vorstellung des Westens, mittels politischer und militärischer Intervention die Staatenbildung voranzutreiben?

Sachverständiger Prof. Dr. Daniel Zerbin: Danke schön. - Also, das ist das falsche Bild. Ich habe gerade schon das Bild mit der Brille erwähnt. Afghanistan existiert so als Nation ja nicht, sondern es gibt verschiedene Stämme. Es gibt die Paschtunen, Hazara, Tadschiken usw., und die denken sehr stark in Stammesstrukturen. Also, unsere Einschätzung, dass es da diese Nation Afghanistan gegeben hat, die war gar nicht richtig. Ich habe gerade das Beispiel der Ukraine genannt. Die Ukraine hat erst in den letzten Jahren so ein Verständnis von Patriotismus entwickelt, und bei uns ist es ja auch so. Wir haben

von den Afghanistan verlangt, dass sie sich einsetzen, und von den Soldaten, dass sie dann eventuell auch sterben oder mit dem Risiko, zu sterben, in den Einsatz gehen. In Deutschland galt Patriotismus ja lange Jahre überhaupt nichts. Und erst mit dem Ukraine-Krieg kommt es ja wieder zurück. Ich erinnere noch mal daran, wie man mit uns als Soldaten umgegangen ist. Dazu gab es ja mal ein sehr interessantes Zitat von einem Bundespräsidenten, dass man gesagt hat: Okay, alles ganz in Ordnung. Aber so richtig wertgeschätzt hat man das ja nicht. Und das fehlte da, insbesondere die Loyalität zu den Stämmen. Es gab die Korruption und auf der anderen eine sehr starke Armee, zwar eine Guerillaarmee, die aber einen hohen Gefechts- und Einsatzwert hatte. Das war das Problem. Das wollte man von deutscher Seite nicht sehen.

Ich habe mir oft gedacht, jetzt überspitzt gesagt, am deutschen Wesen soll die Welt genesen. Man muss sich da sicherlich mehr in die anderen Kulturen reindenken. Es ist kein Automatismus, dass Kultur nach unseren Vorstellungen immer besser wird; Kulturen entwickeln sich vielmehr aus ihrer Geschichte und auch in andere Richtungen. Das muss einem klar sein. Das ist viel zu spät erkannt worden. Man wollte dann nicht wieder zurück.

Der ganze Einsatz - das habe ich gerade schon gesagt - hat ja eine Geschichte, die ja sehr stark mit dem 11. September zusammenhängt. Das Problem beim 11. September, der ja in Afghanistan geplant worden ist und von der Hamburger Zelle durchgeführt wurde, war, dass es danach keine Täter gab, weil die tot waren. Also, man konnte keinen vor Gericht führen. Die Gesellschaft konnte sich ja daran auch nicht abarbeiten. Es gibt so ein Strafbedürfnis einer Gesellschaft. Dieses Phänomen kennt man aus der Kriminologie. Das ist ja dann massiv auch nicht überwunden worden. Ich glaube, es steht bei Clausewitz: Wenn man einen überlegenen Gegner zu einer überreizten Tat animieren will, dann trifft man ihn an der empfindlichsten Stelle, und das war der 11. September. Die Folge war dann der Einsatz in Afghanistan. Das war in erster Linie ein Racheakt. Und es waren ja die Deutschen, die



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann gesagt haben: Wir wollen diesen humanitären Aspekt noch dabei haben. - Aber das ist aus vielen Gründen, die wir hier schon genannt haben, gescheitert. Und dann wollte man und konnte man so leicht nicht raus; denn man hätte sich dann in vielen Punkten ja auch ehrlich machen müssen. Das fällt dann doch auch schwer.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Jetzt geht die Frage an den Kollegen Müller.

Alexander Müller (FDP): Vielen Dank. - Unsere Frage bezieht sich auf die Folgen des Doha-Prozesses. Ich würde gerne zwei Sachverständige befragen, und zwar für die wissenschaftliche Perspektive Dr. Kaim und für die militärische Perspektive General Domröse. Die Frage ist: Als klar war, dass der Abzug definitiv ansteht, also dass die USA abziehen und damit natürlich auch das Bundeswehrmandat enden wird und wir auch abziehen müssen, waren die Anpassungen der Bundesregierung an das Bundeswehrmandat und auch an unseren Einsatz und die militärischen Vorbereitungen vor Ort ausreichend und angemessen, also in Bezug auf Vorbereitung des Abzugs, Übergabe an die ANA, Schutz und gegebenenfalls Abzug der Ortskräfte? Ich würde Sie bitten, die vier Minuten gerecht aufzuteilen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich gebe Ihnen fünf; das gelingt Ihnen dann besser.

Sachverständiger Hans-Lothar Domröse: Herr Abgeordneter, ganz herzlichen Dank für die Frage. - Ich tappe da ein wenig im Dunkeln. Ich muss sehr viel von Vermutungen sprechen. Ich weiß aus Gesprächen - aber das ist alles sozusagen kein Beweis -, man hat sich in erster Linie um den Abzug gekümmert. Das ist eine militärisch völlig logische Sache. Wenn du weißt, am 30. soundso viel endet der Auftrag, wird die Kaserne geputzt und zur Übergabe vorbereitet. Und Sie wissen, es ist ja logistisch nicht ganz einfach, dort rauszugehen. Also, in dem Moment, wo das Doha-Abkommen geschlossen wurde und es klar war, dass der Termin Ende März jetzt auf Ende August oder so verschoben wurde, war auch klar: „Es ist Ende, it's over“, und damit wurde die Abwicklung in den Vordergrund gestellt. Ich kann

nicht behaupten, dass da die Ausbildung eingestellt wurde; aber ich vermute es. Sie wurde zumindest stark zurückgeführt.

Ich sagte ja schon, die Ausbildung in der Kaserne ist sowieso nur begrenzt erfolgreich. Da wird ein vernünftiger Mann gesagt haben: Gut, dann bringe ich jetzt auch nicht mehr viel. - Einige werden übergegangen sein. Aber die Masse wird sich darum gekümmert haben, ihr Material rauszubringen, rauszuschiffen - das sind ja Riesendistanzen - und all das zu regeln und Personal und Material sozusagen zu retten und dann die Ausbildung über kurz oder lang einzustellen. Also, wenn Schluss ist, ist Schluss.

Sachverständiger Dr. Markus Kaim: Ganz kurz: Das mit dem Mandat kann man, glaube ich, vergleichsweise einfach beenden. Die Mandate sind in den letzten Jahren ja vergleichsweise ähnlich gewesen, um nicht zu sagen: identisch. In dem politischen Begründungstext hat es Nuancierungen und Weiterentwicklungen gegeben; aber die Kernsubstanz ist ja identisch geblieben, eigentlich letztlich cum grano salis mit der Veränderung von ISAF zu RSM 2014/2015. Damit war eigentlich klar, was da noch passieren würde.

Vielleicht hilft es, wenn ich Ihre Prämisse noch mal hinterfrage. Sie haben als Prämisse gesagt: wenn es denn klar gewesen ist, dass der Abzug erfolgen würde. Ich bin nicht so sicher, ob in allen NATO-Hauptstädten das so klar gewesen ist. Ich kann das für Berlin nicht belegen; aber aus anderen Hauptstädten hatte ich häufig aus Gesprächen das Gefühl: Wir haben es dort mit diesem Präsidenten Trump zu tun, der uns ziemlich erratisch erscheint, der auf das Ende seiner Amtszeit zuläuft; warten wir einmal ab, wer danach ins Amt kommt; der wird gegebenenfalls die Weichen auch anders stellen. - Ich glaube, die Grundrichtung ist völlig unstrittig. Aber es ist in weiten Teilen oder zumindest in Teilen des NATO-Kontingentes mit angezogener Handbremse erfolgt angesichts der Prämisse, erstens dass man darauf gesetzt hat, dass ein Präsident Biden vielleicht die Weichen anders stellen würde, und zweitens - das muss man ja immer noch dazusagen - dass die Verhandlungen zwischen der Regierung Ghani und den Taliban zu diesem Zeitpunkt



Nur zur dienstlichen Verwendung

noch so gut wie gar nichts gebracht hatten. Das heißt, über allem schwebte zumindest noch die Option, die theoretische Option, dass man die Zusage bezüglich des Truppenabzugs noch einmal revidieren würde.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank.

Sachverständiger Hans-Lothar Domröse: Haben wir noch Zeit? Darf ich noch mal nachhaken, Herr Vorsitzender?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie haben noch.

Sachverständiger Hans-Lothar Domröse: Vielen Dank. - Aus meinen Gesprächen mit den amerikanischen Militärs war klar: Wir wollten länger bleiben. Die Soldaten wären dazu vorbereitet gewesen. Aber der amerikanische Generalstabschef hat ganz klar gesagt: Forget it. It's over. - Und da ich ja nicht Regierungsmitglied bin, nur weil der Mark Milley mein Freund ist - - Andere werden ja auch telefoniert haben. Also, die Illusion, dass Präsident Biden - da stimme ich Ihnen, gnädige Frau, zu - das jetzt auf ewig verlängert, die Vorstellung hatte, glaube ich, keiner, der telefoniert hatte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen herzlichen Dank. - Ich stelle fest, dass die Fraktion Die Linke nicht anwesend ist. Insofern geht das Fragerecht weiter an den Kollegen Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Herr Domröse, ich hätte eine Frage zur Verfassung der Bundeswehr nach dem Zeitpunkt des Abschlusses des Doha-Vertrages. Sie haben beschrieben, dass die Bundeswehr in ihren Compounds bereits vorher, aber danach weiterhin eingeschlossen war. War sie denn wenigstens fähig und in der Lage, die Lage um sich herum zu beurteilen? Hatten wir Aufklärungsfähigkeiten bei der Bundeswehr, die einschätzen konnten, ob sich die Lage um sie herum verändert? Oder waren Sie auf Informationen von außen angewiesen? Das ist ja entscheidend dafür, wie man sich verhält und wie man die weitere Mission bzw. den Rückzug dann plant. Wie stellte sich für Sie die Situation dort dar?

Sachverständiger Hans-Lothar Domröse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Das Bundeswehrikontingent hatte nach wie vor Heron. Damit konnte man ringsum fliegen und gucken und schauen und was sehen. Aber es ist was anders, ob ich sehe oder auch mal hingehe und ob ich höre und ob ich spreche. Sie werden sicherlich im begrenzten Radius das ein oder andere sehen, allein schon aus Sicherheitsgründen - wir hatten ja auch diesen Ballon -, dass man nicht überfallen wird und überrascht ist. Also, es geht um Annäherung. Aber das ist so nah. Man nennt das wohl heute Nah- und Nächstbereich. Das ist zu klein. Und schon gar nicht wissen Sie, was in den Gebäuden gesprochen wird. Sie müssen ja mit dem Gouverneur, mit dem Bürgermeister reden oder mit jemandem reden; sonst wissen Sie gar nichts. Also, sehen würde nicht reichen. Ich will nicht ausschließen, dass sie was gesehen haben rings ums Camp. Aber das reicht nicht. Sie werden auch telefoniert haben, und sie werden auch weiterhin Informationen der Amerikaner bekommen haben, also das, was man „intel sharing“ nennt. Das war begrenzt; aber wir hatten ja auch einen amerikanischen Contingent Deputy dort. Also, da wird schon was durchgesickert sein in indirekter Form, Herr Abgeordneter.

Aber wenn man einen Sektor übernimmt und dafür die Verantwortung übernimmt, in diesem Fall Masar-e Scharif und den Norden, dann muss man natürlich den Norden auch vollverantwortlich machen, und das ist außerhalb der Kaserne nun mal wesentlich. Und wenn man in der Kaserne bleibt, hat man den riesigen Norden - der ist ja riesig! -, der keine Infrastruktur hat, also Autobahnen und so was. Also, in der Kaserne, selbst wenn Sie weit fliegen, wissen Sie da nichts.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann kommt Herr Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich habe drei Fragen an Herrn Marty. Wenn die Zeit nicht reicht, müsste ich Sie bitten, das vielleicht in der zweiten Runde zu beantworten.

Das Erste ist: Sie haben uns davor gewarnt, zu sehr auf Karten zu vertrauen, wer sozusagen die



Nur zur dienstlichen Verwendung

sicherheitspolitische Hoheit über welche Gebiete hatte. Meine Frage geht eher in die Richtung: Wir haben ganz viel über eine ganz unterschiedliche Akzeptanz von NATO, USA und auch der Regierung Afghanistans in den Provinzen gehört. Meine Frage ist: Inwieweit ist eigentlich das afghanische Volk in den Provinzen gegenüber dieser Sicherheit passiv gewesen? Also, gab es eine Akzeptanz dieses Systems der Sicherheit durch NATO-Partner, USA und/oder eben auch die regionalen Kräfte Afghanistans selbst?

Die zweite Frage: Was wir da nachgelesen haben, ist ja auch so ein bisschen retrospektive Schlawmeierei: Man hätte es vorhersagen können, dass das nicht stabil war oder was auch immer. Haben Sie selber vielleicht eine solche Bewertung vorgenommen: Was passiert eigentlich an dem Tag mit den Sicherheitsorganen, wenn sie nicht mehr unter dem Schutz der Amerikaner stehen? Also, das eine ist ja, zu sagen: Die Sicherheitslage war in einem Drittel des Landes stabil oder nicht stabil. Die zweite Frage ist ja immer: Wäre es auch ohne die Amerikaner stabil? Das ist ja sozusagen eigentlich das, was Doha vorwegnehmen soll. Wir müssen uns ja ein Afghanistan ohne die Amerikaner und die NATO vorstellen. Hat das Einfluss auf die Auswertung oder Einschätzung der Frage: Wie stabil war eigentlich das Sicherheitssystem in Afghanistan? - Das ist die zweite Frage.

Und die dritte Frage ist: Sie schreiben in Ihrem schriftlichen Gutachten über unterschiedliche Auslegungen des Abkommens von Doha seitens der Taliban auf der einen Seite und der afghanischen Regierung oder der NATO-Partner auf der anderen Seite. Waren diese unterschiedlichen Bewertungen eigentlich auch schon während der Verhandlungen transparent? Oder ist das tatsächlich alles erst im Nachhinein hineininterpretiert worden, also zum Beispiel die Frage: Was sind eigentlich Friedensverhandlungen? Ist das ein, wie wir heute sagen würden, Diktatfrieden aus Sicht der Taliban, oder sind es ernstgemeinte Schritte zu einem gemeinsamen Friedensprozess und einer gemeinsamen Regierung?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Marty.

Sachverständiger Franz Marty: Danke. - Zur ersten Frage betreffend die internationalen Truppen kann ich nichts sagen. Ich bin seit Dezember 2014 im Land, und, wie der General gesagt hat, die internationalen Truppen waren nur noch in den Kasernen. Also, von dem her kann man betreffend die Akzeptanz nicht wirklich was sagen.

Betreffend afghanische Regierungstruppen war es wirklich unterschiedlich. In gewissen Teilen war da von der Bevölkerung also nicht nur irgendwie Akzeptanz, sondern man hat die Truppen unterstützt und war froh, dass sie da waren. Vielleicht um ein Beispiel zu nennen: Die Amerikaner haben immer gesagt, die afghanische Armee soll die kleinen Checkpoints an einem Ort konzentrieren; sie sind zu weit zerstreut. Ja, aber beispielsweise in vielen Orten wollten die Leute, dass es Polizeiposten gibt. Ich weiß das aus eigener Erfahrung. Als ich durch Kunduz gefahren bin, durch Chanabad - das kennen die anderen Redner vielleicht -: Da haben Sie so eine Ebene mit so kleinen wie Tälern drin, wo Sie so ein bisschen runterfahren, wieder rauffahren, und da ist kein einziger Posten. Und Sie wissen, dass Chanabad ein-, zweimal an die Taliban gefallen ist. Wenn Sie da auf der Straße sind, fühlen Sie sich unsicher. Und die Leute, die Einheimischen, wollten Polizeiposten beispielsweise an dieser Straße. In anderen Teilen war das auch so. Von dem her: Ja, in gewissen Gebieten wurde das aktiv gefordert.

In Bezug auf die zweite Frage, wie die Streitkräfte reagieren sollen, nenne ich vielleicht ein Beispiel. Es war Anfang Juli, als praktisch ganz Badakhshan fiel, außer Faizabad und Kheranomanshon (?). Djuhem (?)* war schon immer irgendwie zum Großteil Taliban. Das Istrik (?)*-Zentrum wurde belagert. Einer der NDS-Mitarbeiter, also der Geheimpolizei, war ein Bekannter von mir. Ich habe ihn angerufen. Er hat gesagt: Ja, die Taliban stehen vor dem Tor; aber wir kämpfen weiter, wir schießen zurück. Das wird nicht fallen. - Eine Stunde später erhalte ich die Nachricht, Djuhem (?)* ist gefallen. Ich rufe ihn noch mal an, und er sagt: Ach ja, es hat keinen Sinn mehr gemacht. - Also, innerhalb einer Stunde kann sich das völlig ändern. Von



Nur zur dienstlichen Verwendung

dem her ist es kaum vorherzusagen. - An die dritte Frage müssen Sie mich noch erinnern.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Die unterschiedlichen Interpretationen der Sicherheitsabsprachen in Doha.

Sachverständiger Franz Marty: Ah, genau. - Nein, ich glaube, das war von Anfang an klar. Sie sehen es an anderen Beispielen im Text. Der Kollege Mujub Marshal* hat für die „New York Times“ geschrieben, dass die Taliban sehr darauf insistiert haben, dass das Wort „Terrorismus“ oder „Terrorist“ nicht im Text vorkommt*.

Das andere ist, was ich auch in der Stellungnahme geschrieben habe: Der Text erwähnt die afghanische Republik nicht ein Mal. Also, von daher haben die Taliban auf gewissen Dingen beharrt, dass man sie anders interpretieren kann. Und wenn die Amerikaner das nicht gemerkt haben, dass das für diese Sache ist, dann waren sie sehr naiv. - Ich hoffe, damit ist die Frage beantwortet.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann beginnen wir die zweite Runde. Ich will mich noch mal an Herrn General Domröse wenden. Wir fragen ja jetzt bei den Sachverständigen ein bisschen breiter, als es nachher bei den Zeugenvernehmungen der Fall sein wird. Wenn man Betrachtungen liest über den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan - längster Einsatz, teuerster Einsatz, die Zahlen gehen ein bisschen auseinander, wie viele Soldaten es waren, weil die Einsätze teilweise doppelt gezählt werden oder sie mehrmals da waren -, wie hoch würden Sie den Anteil der Soldatinnen und Soldaten schätzen, die die Kaserne einigermaßen regelmäßig verlassen haben und dann tatsächlich auch die ersten Kampfeinsätze hatten seit dem Zweiten Weltkrieg, wenn ich das richtig sehe? Es gibt ja auch sehr drastische Beschreibungen der Erlebnisse. Wie war die Realität bei denen, die quasi die Kaserne so gut wie nicht verlassen haben? Hat die Bundeswehr diese Dinge anders gehandhabt als etwa die Amerikaner?

Sachverständiger Hans-Lothar Domröse: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Aus den Kontingentgrößen ist es nur ein kleiner Prozentsatz, der draußen war. Wenn ich jetzt 10, 20 Prozent sage, dann ist das sehr über den Daumen geschätzt. Also, es war die Minderheit, die draußen war; die Masse war drinnen: Versorgung, Logistik im ganz großen Stil. Also, wenn Sie 1 000 haben, dann werden täglich, wenn überhaupt, 100 draußen gewesen sein. Nehmen wir das mal so als Maßstab; aber das ist keine ganz feste Aussage. Aber es ist der geringere Teil. Die haben was gesehen und erlebt. Die sind auch in die Minen gefahren und sind angesprengt worden, während sie in der Regel - ganz selten - in den Kasernen, also in den Lagern, nicht angegriffen wurden - in der Regel. Natürlich kam immer mal so eine Rakete rein, bei mir in Kabul ja zweimal. Die ist dann vorbeigeschlittert, und dann hat man eben auch Glück gehabt. Aber in der Regel ist die Gefahr draußen gewesen. Deswegen hat ja politischerseits das Mandat geheißen: „Wir machen das Training nur noch in der Kaserne“, und damit auch die Gespräche mit der Bevölkerung.

Was wir sehr gut hatten am Anfang, wie ich zumindest fand, waren unsere Medienteams, Aufbau von Medienzentren zur Verbesserung der Pressefreiheit. Das ist das Opinfo-Bataillon gewesen. Die haben das sehr gut gemacht, und die haben auch mit dem „local face“ oder mit den Kameraden aus der afghanischen Kompanie gesprochen, natürlich immer mit Sprachmittlern, und haben so Aufklärung betrieben im Sinne von: Chancen geben, Chancen nutzen und zeigen, wie es geht. Die hatten auch ihr Büro irgendwo in der Stadt. Die waren ja öffentliches Mediencenter. Die wurden auch besucht. Da gab es ja auch lokale Sender, genau wie bei uns. „Ruf an“, und das machten dann die jungen Leute, oder Twitter, „Wünsch dir einen Titel“, und dann sage ich: „Hier, ich fahre jetzt auf der Straße und bin gerade hier und fühle mich gut, und jetzt möchte ich Led Zeppelin hören“ oder so was.

Also, das war gut angekommen. Aber, wie gesagt, draußen waren sehr wenige. Dann gab es das Karfreitagsgefecht, aus dem ich selbst Kameraden im weitesten Sinne meiner Division verloren habe. Da war ich ja nicht mehr Divisionskommendeur.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jeder Tote ist ein trauriger Toter. Von meinen 358 Tagen, also ein bisschen über ein Jahr, 368 oder so, 2008 auf 2009, „containerised“ in Kabul, haben wir schätzungsweise an 80 Prozent der Tage Halbmast gehabt, weil immer ein Soldat gefallen ist. Ich rede jetzt nur von der ISAF-RSM-Truppe und nicht von den Afghanen, die noch viel höhere Verluste hatten. Ich habe an 52 Ramp Ceremonies teilgenommen, wo wir uns vom amerikanischen „hero“ verabschiedet haben. Also, es hat uns alle geprägt.

War er es wert, der Einsatz? - Ich glaube, ja, dass die Deutschen das sagen würden. Ob die Mütter, Töchter und Söhne das auch so sehen, weiß ich nicht. Wenn Sie heute, Herr Vorsitzender, mal zu den Verehrten und Verwundeten gehen wollen, wenn man die betreut: Was machen Sie, wenn Sie einen Hauptfeldweibel im Krankenhaus besuchen, der die Decke wegrißt und sagt: „Was soll ich denn jetzt überhaupt noch leben?“? Der endet nach einem Meter, oder wie lang man ist, wenn er keine Beine mehr hat. Der kann heute mit seinem Sohn Fußball spielen, weil die Orthopädie und die Medizin so gut sind. Das ermuntert einen dann; aber es erschüttert einen auch.

Also, draußen waren wenige. Die Gefahr war draußen. Aber das musste sein, weil wir ja nicht da waren, um stationiert zu sein; dann kann ich zu Hause bleiben, wenn es sicher ist. Also, Soldaten schickt man in den Einsatz; aber sie in einem Einsatz in eine „safe zone“ zu bringen, also in eine übertriebene Sicherheit - Bunkermentalität -, das habe ich für einen Fehler gehalten, habe das auch immer deutlich gemacht. Das ist dann, bezogen auf die Kosten, zu teuer.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Kollege Erndl.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Meine Frage geht noch mal nach Washington zu Frau Jalil. - Wir haben ja jetzt schon viel darüber gesprochen, welche Fehleinschätzungen wir gemacht haben, dass das Doha Agreement natürlich Konstruktionsfehler hat, und sozusagen diese ganze Sichtweise von außen. Aber wenn Sie als Regierungsmitglied heute zurückblicken: An welcher Stelle hat denn die afghanische Regierung dann auch

Fehler gemacht und Fehleinschätzungen gehabt, die jetzt sozusagen in der Rückschau anders hätten gemacht werden sollen?

Sachverständige Hosna Jalil: Thank you. Being part of the government and serving the latest Administration and being part of not all but some of the discussions in terms of how the Doha Agreement would leave an impact on security and stability and: are we able to take care of our territory and fight back the Taliban when the US leaves? The wrong assessment? I would say it's not at the security institution's level. I would say "the wrong assessment" when I reflect back on what could have been done differently or how we could have assessed things differently - I would leave that to the political leadership in Afghanistan.

The wrong assessment starts when we took the US presence in Afghanistan for granted. And we did. I echo what Ms Gailani mentioned. Everyone was surprised when in October 2018 the Doha talks between the US and the Taliban started. No one believed they would reach an agreement - within the government, within the top high hierarchy. But then when the agreement was signed, there was very high confidence that the technical and financial support would remain there. So every plan that we designed - every scenario, actually, that we developed and based on these scenarios, we plan differently for the Afghan Security and Defense Forces, including downsizing, including moving it towards the security sector reform, moving it towards more affordable security institutions and forces and defence forces, of course - all of them relied, again, on the assumption that the financial and technical support from the US and the NATO Allies would remain there.

And I still remember one of the discussions I had with the NATO's senior civilian representative, Mr Pontecorvo - when he arrived and replaced Mr Sir Nicholas Kay -, about the budgeting. And I remember when we were planning the post-US withdrawal plan for the Afghan Security and Defense Forces, I was part of the team. I had a very clear question for him and I was like, "What is the timeline for the financial support from the



Nur zur dienstlichen Verwendung

NATO? From the US, things have been very unclear. So from the NATO side, what is the timeline for the financial support?" And I'm quoting him that "until 2024, the financial support is going to be there. 2024 doesn't mean that we are going to drop off the financial support, but it's going to be a different budgeting cycle." So that's why all the planning has been based on that assumption. But there is one thing that I would say - again, no matter how divided or how politicised the Afghan armed forces have been - they could fight back. I had served with them I had worked with them. They could fight back the Taliban. But the main issue is: until when? Without the international support would that have been six months? Would that have been one year? Would that have been two years or four years?

But I could not foresee a sustainable Taliban having the inflow of the support from other sources and the source of support being cut for the Afghan National Defense Forces. I could not see a future in that fight for the Afghan armed forces. So in terms of where we failed with our assessment: the first failure was in taking the US presence in Afghanistan and their support for granted, but at the same time not being able to see that over the years - and I'm not talking about 2019 or '20, over years - the US Government and their interests changed. Counterterrorism for the US government dropped from the top priority and they changed their priority to pushing back Russia and China and getting into the great power competition - that's the term they use. But we did not feel like we are becoming irrelevant to the US interest and the only reason the US is present in Afghanistan is because we are relevant to their interest and their top priority. And that was counterterrorism. Plus, the US has been relying highly in the last few years on their over-the-horizon capability. So for them to take care of their counterterrorism mission in Afghanistan, they are like, "Okay, well, we can do it from other bases outside Afghanistan." So that is the wrong assessment we did at the political leadership level, where we are like, "Hey, you know what? Things are changing and we didn't change." And again, that comes down to taking them for granted. That's the term I use.

But then the other wrong assessment we did was - well, I can't say it was the wrong assessment. I would say: Without assuming that there will be enough financial and technical support from the international partners, there wouldn't have been any planning. Because the national revenue we had was not sufficient for the armed forces, even if we would have channelised it entirely to the security and defence sector and cut it from all the civilian government administration. That was \$2.5 billion and our cost was 4 billion, only in the security sector. So I would say the assessment at the top level was wrong. Thank you.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Thank you very much. - Dann geht das Wort jetzt an den Kollegen Wagener.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Zunächst wäre es nett, wenn Herr Dr. Kaim noch die übriggebliebene Frage von Frau Nanni von eben beantworten würde. - Dann geht noch eine zweite Frage in der Runde an Frau Gailani. Wie schätzen Sie die deutsche Beteiligung bei den Verhandlungen von Doha und den danach folgenden Gesprächen ein? Was wäre aus Ihrer Sicht ein mögliches Alternativverhalten gewesen, das vielleicht, je nachdem, wie Sie es einschätzen, andere Auswirkungen gehabt hätte?

Sachverständiger Dr. Markus Kaim: Das mache ich sehr gerne. - Ich hoffe, ich habe die Frage noch richtig im Kopf. Wenn ich am Ziel vorbeischieße, intervenieren Sie bitte. Ich glaube, es ging ja um das Verhältnis zwischen Regierung der Republik und den Taliban im Kontext des Verhandlungsprozesses. Ich würde einen Schritt zurückgehen und sagen: Eigentlich ist ja mit dem Doha-Abkommen schon eine Unwucht zwischen beiden Akteuren eingebaut, aufgrund der simplen Tatsache, dass die Regierung Ghani nicht Teil des Abkommens ist.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann sage ich es noch mal: Wenn die USA sich entschieden hätten, die Republik Afghanistan mit an den Tisch zu holen, hätte es dann strukturell überhaupt ein Fenster von Verhandlungsergebnissen gegeben? Oder ist sozusagen das, was die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Taliban bereit gewesen wären zu verhandeln, und das, was ein konstruierter gemeinsamer Akteur Republik Afghanistan bereit gewesen wäre zu verhandeln, ohnehin schon so weit auseinander, dass es da keine Übereinstimmungen gegeben hätte? Ich weiß, dass sie nicht dabei waren. Aber die Frage ist sozusagen, wenn man sie mit reingenommen hätte, was dann passiert wäre.

Sachverständiger Dr. Markus Kaim: Darauf habe ich eine zweigeteilte Antwort. Erster Teil der Antwort: Dass sie nicht mit reingegenommen worden sind, finde ich, illustriert noch mal den Punkt, den ich eben versucht habe zu machen. Die - in Anführungsstrichen - „verzweifelte“ Entschlossenheit der Regierung Trump, um jedem Preis Afghanistan zu verlassen, ist, glaube ich, noch mal eine äußere Illustration dessen. Noch mal: Ich weiß nicht, ob wir das damals richtig erfasst haben.

Die Frage: „Was wäre gewesen, wenn sie sich gegenübergesessen hätten“, ist natürlich schwierig zu beantworten. Diese eingebaute Unwucht ist sozusagen, wenn Sie so wollen, ein Konstruktionsfehler des Ganzen oder Ausdruck dieser Entschlossenheit, je nach Perspektive, wie Sie es wollen. Ich meine, man könnte jetzt viele Beispiele durchdeklinieren, wo die Taliban der Regierung hätten Konzessionen machen müssen, was Themen der Gespräche gewesen sind oder besser hätten sein können. Mir fällt das insofern schwer, als sich die Taliban im Doha-Abkommen ja gegenüber den USA auf relativ präzise Vereinbarungen eingelassen haben, wie Gefangenenaustausch, Abzugszeitlinie und anderes mehr. All das, was Sie dann beschrieben haben als unterschiedliche Interpretation, würde ich sagen, waren eingebaute Vagheiten, also die Frage der Reintegration von Kämpfern in das politische System, die Frage der Integration der Taliban in die Regierung. Alle Fragen, die da dranhängen, Gewährung von Menschen- und Bürgerrechten, die sind ja vergleichsweise vage beantwortet worden, sind dann, zumindest im Doha-Abkommen, den Gesprächen zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban überantwortet worden.

Das ist sozusagen die eingebaute Unwucht. Was gewesen wäre, wenn die USA sozusagen ein

Dreierabkommen konstruiert hätten, ist nicht zu beantworten.

Noch mal an den Ausgangspunkt zurück: Das markiert ja auch den Perspektivwechsel der USA oder vielleicht die Kehrtwende; das ist der bessere Ausdruck. Bis zum Herbst 2018, vielleicht 2019, war es ein Mantra amerikanischer Afghanistan-Politik, nie über die Köpfe der afghanischen Regierung zu verhandeln. Und mit einem Federstrich ändert das die Regierung Trump. Sozusagen dieser Wechsel in den Verhandlungspartnern markiert den Wechsel in der amerikanischen Afghanistan-Politik, ausgehend von der Prämisse: Jetzt müssen wir unter allen Umständen hinaus. - Dann kann man sagen: Es ist schlecht verhandelt worden, es ist schlecht konstruiert worden. Aber das ist - in Anführungsstrichen - „die Ursünde“, auf die das Ganze zurückzuführen ist.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann kommt jetzt Herr Keuter.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Meine Fragen gehen wieder an Herrn Professor Dr. Zerbin. Ich habe zwei Fragen. Die erste: Der amerikanische Präsident Joe Biden hat die politische Entscheidung seines Vorgängers fortgeführt und die US-amerikanischen Truppen praktisch ohne Einbindung der Verbündeten aus Afghanistan abgezogen. Wie beurteilen Sie das Verhalten der US-Regierung? Welche Auswirkungen sehen Sie für die zukünftige transatlantische Zusammenarbeit zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland? - Das ist die erste Frage.

Die zweite - da spielt das Thema Religion, das Sie eben mal kurz angesprochen hatten, eine Rolle, und ich würde Sie bitten, noch mal intensiver darauf einzugehen -: In der Verfassung der afghanischen Republik aus dem Jahr 2004 steht im Artikel 3, dass in Afghanistan kein Gesetz dem Glauben und den Bestimmungen der heiligen Religion des Islam widersprechen darf. Vonseiten der deutschen Bundesregierung ist immer wieder darauf verwiesen worden, man werde in Afghanistan demokratische Strukturen aufbauen



Nur zur dienstlichen Verwendung

und die Rolle der Frau stärken. Sahen Sie jemals eine Chance für die Verwirklichung dieser Ziele?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Darf ich Sie bitten, bevor Sie die Antwort geben, kurz zu warten? Ich hatte Frau Gailani übersehen. Sie hatte zwar nur noch eine Minute; aber ich gebe ihr zwei. Sie können die Frage gerne noch beantworten. Anschließend kommt Professor Zerbin. - Frau Gailani.

Sachverständige Fatima Gailani: Okay. Thank you. Very quickly. When it comes to Doha Agreement, it was impossible that anyone else from outside could influence it. The only person who could influence it was the president of Afghanistan. And the only way that he could influence it was to agree and push the Americans. There should be a very detailed political process for the interim and with the result of an inclusive government. But that meant that as soon as he spoke about the interim period, it would mean goodbye to him. So he was not interested. So that was the main problem.

What role Germany played was much more in the Doha peace negotiations. They did their best, really. I mean, whether it was Berghof and the whole team, whether it was Ambassador Potzel, because he spoke the language - really they did. But the good news is that they still can have that role because one important part of the Doha agreement between the Taliban and the Americans is an inclusive government at the end, which hasn't been materialised. And I think you still have a role to play. And it's good for Afghanistan. It's good for Taliban. It's good for everyone.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Thank you very much. - Jetzt sind Sie dran, Herr Professor Zerbin.

Sachverständiger Prof. Dr. Daniel Zerbin: Ich versuche, das noch mal wiederzugeben: Die erste Frage ging in die Richtung, dass ich mich dazu äußern sollte, dass die Amerikaner ohne die Einbindung Deutschlands abgezogen sind, und dass ich zur Zukunft der Zusammenarbeit etwas sagen sollte. - Eine Einbindung fand sicherlich statt, auf

jeden Fall die Information. Aber man ist halt nur konsultiert worden; man hat nicht partizipiert an der Entscheidung. Das war sicherlich schwierig. Das hat natürlich mit der gesamten Geschichte zu tun. Ich habe ja gerade noch mal den 11. September erwähnt. Wenn Sie sich daran erinnern: Vor 20 Jahren wurde ja dann auch gesagt: „Ihr seid entweder für uns oder gegen uns“, also es gab ein klares Schwarz-Weiß-Denken. Dabei sind die Deutschen dann mitgeschwommen. Da muss man sich für die Zukunft sicherlich genau überlegen, bei welchen Einsätzen man mitmacht, und man muss sich auch von den Amerikanern emanzipieren, die eine eigene Intention hatten. Ich habe es gerade schon gesagt. Das hatte sicherlich sehr viel auch damit zu tun, zurückzuschlagen. Weil man es nicht konnte, ist man auch militärisch reingegangen. Man hat ja sehr, sehr viel später erst Osama bin Laden dann bekommen, auch nicht in Afghanistan, sondern in Pakistan, wo er sich frei bewegt hat. Also, es ist, glaube ich, wichtig, dass man die europäische Komponente stärkt und sicherlich auch die deutsche.

Was jetzt die Religion anging - das war dann die zweite Frage -, also die Verbindung von Religion und Staat, dass der afghanische Staat dann gesagt hat: „Alle Gesetze, die verabschiedet werden sollen, müssen mit dem Koran übereinstimmen“ - dazu möchte ich auch noch was sagen; das hatte ich mir eigentlich schon für mein Schlussplädoyer hier aufgeschrieben -: Da sehe ich einen großen Fehler. Tilman Nagel hat mal gesagt, dass die Unterscheidung von Islam und Islamismus ohne Erkenntniswert ist, so ähnlich wie Alkohol und Alkoholismus. Also, irgendwie hat es miteinander zu tun. Man hat die Taliban als Islamisten gesehen, also so eine Art Bad Bank - das sind die Leute, mit denen spricht man nicht -, und die anderen sind halt die Guten. Die Wirklichkeit sah aber anders aus. Also es gab nicht diese Trennung von Gut und Böse.

Ich habe eine andere Erfahrung gemacht als Sie, Herr Marty. Mir haben Afghanen gesagt, dass sie die Taliban nicht toll finden: Die haben ja die Tonbänder kaputt gemacht, den Kindern haben sie Drachen weggenommen. Aber sie haben auch gesagt: Wir haben ja ein Mindestmaß an Sicherheit hier mit den religiösen Regeln. - Ich glaube,



Nur zur dienstlichen Verwendung

da liegt das Problem. Da muss man sich in Zukunft auch ehrlich machen und dann diese Probleme auch wirklich diskutieren. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Professor Zerbin, die fünf Minuten sind eine Ermächtigung, keine Verpflichtung. Also insofern, wenn Sie das nachher im Schlussplädoyer vortragen mögen, dann können Sie das gerne so halten.

Es folgt jetzt Frau Dr. Jurisch. Sie haben das Wort.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank. - Ich habe noch eine Frage an Herrn Dr. Kaim. Konnten Sie feststellen, dass die Bundesregierung auf den strategischen Shift, den das Doha-Abkommen in der US-Politik dargestellt hat, auch die eigene Politik reflektiert hat und auch die eigene Politik, die Afghanistan-Politik strategisch angepasst hat?

Falls nein, also wenn Sie keine Anpassungen oder Reflexionen in der deutschen Politik feststellen konnten, wäre Ihre Hypothese, dass das eine Fehleinschätzung war, also dass man gedacht hat: „Na ja, da passiert eh nicht so viel“, also dass man irgendwie einfach die Situation falsch eingeschätzt hat oder dass es eine allgemeine, sagen wir mal, Blindheit war? Sie hatten ja vorher gesagt, Sie hätten damals schon entsprechende Gutachten geschrieben, aber die seien nicht wahrgenommen worden. Was ist sozusagen Ihre Fehleranalyse?

Sachverständiger Dr. Markus Kaim: In welchem Umfang in der Exekutive damals Reflexionen stattgefunden haben, das kann ich naturgemäß nicht beurteilen. Aber ich habe ja versucht, es deutlich zu machen. So ein Zitat, das ich ganz zum Schluss an Sie herangetragen habe, aus dem letzten Mandat vom Februar 2021 markiert ja die Dilemmasituation der deutschen Politik: einerseits zu reflektieren oder zumindest anerkannt zu haben, dass der Abzug unausweichlich ist, dass man sozusagen auch keinen Hebel mehr in Bezug auf die USA hat - entweder alleine, vielleicht überhaupt nicht, aber auch nicht über die NATO -, sie da in dieser Frage umstimmen zu

können. Das war sozusagen gesetzt. Und gleichzeitig lese ich andererseits einen Satz wie

Ein Abzug unter den derzeitigen Voraussetzungen birgt nicht nur Gefahren für die unmittelbare Stabilität Afghanistans und der Region, sondern auch für die hart erungenen Fortschritte der letzten Jahrzehnte insgesamt

doch als Indiz, dass es zumindest bei denjenigen, die das mit dem Mandatstext verfasst haben, ein Bewusstsein für die Schwierigkeiten gegeben hat. Ich will nicht unfair sein. Das antizipiert ja in Konturen das, was sich da wenige Monate später entfaltet hatte.

Jetzt habe ich den zweiten Teil vergessen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielleicht kann ich auch noch eine Anschlussfrage stellen. Was glauben Sie, warum andere Länder, jetzt zum Beispiel Frankreich, 2021 schon mit Evakuierungen angefangen haben und Deutschland dann trotzdem noch gezögert hat? Was könnte dahinterstecken?

Sachverständiger Dr. Markus Kaim: Zu der konkreten Entscheidung Frankreichs kann ich nichts sagen. Man könnte den Bogen weiter spannen. Frankreich hat sich bereits viel früher militärisch aus Afghanistan verabschiedet. Das gilt auch für Länder wie Kanada; die könnte man gleichermaßen anführen. Das heißt, die gesamten Prämissen des Einsatzes wurden sukzessive nicht mehr geteilt. Und so stellt sich ja der Eindruck ein, dass es, wenn man mal schaut, wer Ende des Jahres 2019 und zu Beginn 2020 noch die tragenden Säulen der NATO-Mission in Afghanistan gewesen sind, und man die gesamten Partnerländer absichtigt, die mit minimalen Kontingenten dort vor Ort gewesen sind, ja nicht mehr viele gewesen sind. Also, wir sagen zwar noch „NATO-Einsatz“ und implizieren damit 30 Mitgliedsstaaten, die sich daran beteiligt hätten, aber das ist ja de facto gar nicht mehr der Fall gewesen. Dementsprechend könnte man auch aus dieser Perspektive gute Gründe dafür finden, zu argumentieren, dass dieses Zutrauen in diesen Einsatz in



Nur zur dienstlichen Verwendung

vielen westlichen Hauptstädten schon verloren gegangen war.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann kommt jetzt die Kollegin Yüksel.

Gülistan Yüksel (SPD): Vielen Dank. - Ich habe zwei Fragen. Die erste Frage geht an Herrn Domröse. Wir haben ja jetzt über das Doha-Abkommen in verschiedenen Varianten gesprochen. Mich würde interessieren: Haben die USA aus Ihrer Sicht die Machtübernahme durch die Taliban mit dem Doha-Abkommen unter Ausschluss der afghanischen Regierung bereits billigend in Kauf genommen, oder hatten auch die USA die Hoffnung, dass es tatsächlich zu einem innerafghanischen Friedensprozess kommen kann?

Meine zweite Frage geht an Sie, Frau Gailani. Sie haben als Mitglied der Delegation der Islamischen Republik Afghanistan an den interafghanischen Friedensverhandlungen mit den Taliban in Doha teilgenommen. Können Sie uns kurz schildern, mit welchen Erwartungen, Hoffnungen und auch Sorgen Sie in diese Verhandlungen gegangen sind und wie Sie da rausgekommen sind? Hat sich das erfüllt? Konnten Sie da was bewirken? - Danke schön.

Sachverständiger Hans-Lothar Domröse: Vielen Dank für die Frage, Frau Abgeordnete. - Ich kann nicht sagen, was die Regierung gemacht hat. Meine militärischen Kontakte, wenn Sie das akzeptieren, haben nicht daran geglaubt. Ich glaube - ich übertrage das einfach -, dass die amerikanische Regierung nicht böswillig in dem Sinne geglaubt hat: Wenn wir weg sind, kommen die Talibs. - Die Amerikaner haben in der Tat auch ihre Großzügigkeit unterschätzt. Das möchte ich deutlich machen an dem Begriff „Assistance“. Bei „Assistance“ gibt es ja immer zwei Möglichkeiten: Wir hätten gesagt: „Wir bringen dem die Voraussetzungen für den Führerschein bei, dann kann er selbst fahren“, und die Amis haben gesagt: „Nee, komm! Give you a lift“, und nehmen ihn mit. Na, klar, dann kommt er von A nach B, damit ist auch geholfen. Das waren die Unterschiede. So hatten die Amerikaner ihre Unterstützungsleistung unterschätzt und

dass die Afghanen so auf die Unterstützung angewiesen waren, und haben das gar nicht mehr gemerkt. Also, sie haben das nicht billigend in Kauf genommen, die Militärs mit Sicherheit nicht. Die wollten ja auch gerne noch ein wenig länger bleiben, weil sie fürchteten, das kann schiefgehen. Aber dass das über Nacht wegschmilzt, die Regierung, die komplette Regierung und andere Sicherheitsdienste - im Pandschir-Tal ein bisschen später -, das hat keiner vorhergesehen, und das hat man auch nicht gewollt - die Militärs zumindest nicht. Die Regierung, das White House, kenne ich nicht.

Sachverständige Fatima Gailani: This is another thing which is not just me. I mean, probably all men and women in the negotiation team faced a disappointment because all of us went with fantastic enthusiasm and belief. Every day we were in touch with civil society and several times per day, we were in touch with civil society from all over Afghanistan. We had Zoom calls that we could hardly handle and they would give their prescription to us. And mostly the four women, we played a fantastic role because they mostly wanted to talk to us for some reason. Every day we took those recommendations to our meetings, believing that it will work.

It didn't work for several reasons. The first shock was, as I mentioned earlier, the lack of a mediator. Second, the mistrust that the President Ghani had for anyone involved, mistrust for Americans, mistrust for NATO, and especially mistrust in Doha. And for God's sake, why did you accept that the peace talk happens in Doha if you had such a mistrust? So these were the things which were making everything weaker and weaker every day.

But the last nail was definitely an unconditional withdrawal. The unconditional withdrawal, in my opinion - I expressed it many times on the media - was the most dangerous, the most reckless act that could ever happen regarding Afghanistan. None of us, from the person who was in charge, like Ms Jalil or myself or anyone, we didn't want the Americans to be sitting in Afghanistan for the rest of our lives. But a withdrawal like this to leave us with the chaos, and for God's



Nur zur dienstlichen Verwendung

sake, the sentence that President Biden used, "I can't pass this bucket to the next president." Okay, don't do it, but don't leave it in my backyard, for God's sake. This is the bucket which was left in our backyard. And how could we deal with it? All we wanted was one thing: agreeing on a political process which brings an inclusive government. Nothing more. And was it too much to ask after billions, trillions of dollars spent and so many people who had died and come back with just one thing? And that was the disaster, really. So when unconditional withdrawal was announced, I for one knew that this is the end. And it's not going to happen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Thank you very much. - Herr Kollege Zippelius.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Danke, Herr Vorsitzender. - Meine Fragen gehen an Herrn Marty. Ich habe zwei Fragen. Die eine wäre, ob Sie noch mal genauer auf die Bedeutung der Nichtbeteiligung der afghanischen Regierung beim Doha-Abkommen eingehen könnten, also natürlich auf die innerafghanische Perspektive.

Sie schreiben in Ihrem Gutachten - ich drücke es mal so aus - von teilweise sehr großer Antipathie der Sicherheitskräfte gegenüber den Taliban. Die zweite Frage ist: Welche Bedeutung hat in diesem Zusammenhang, aber auch ganz generell die Flucht Ghanis gespielt? Das bezieht sich also auf die Perspektive der Sicherheitskräfte, aber auch generell auf die innerafghanische Perspektive.

Sachverständiger Franz Marty: Danke. - Die Nichtbeteiligung der afghanischen Regierung, wie ich es in der Stellungnahme geschrieben habe, war natürlich ein großes Problem, wie auch der Kollege vorher erwähnt hat. Es war immer das amerikanische Mantra: Es muss zwischen Afghanistan passieren. - Und dann wurde das auf einmal geändert. Ich kann nicht sagen, wie viel, aber es hat natürlich diesen Eindruck gestärkt: Die afghanische Republik ist passé. Wir reden jetzt mit den Taliban, und die müssen ja, so wie es im Abkommen geschrieben ist, mit den anderen afghanischen Seiten reden. Es wurde nie gesagt, dass das zwischen der Republik und den Taliban sein muss. Also, das wurde sicher vielerorts als Zäsur

verstanden im Sinne von „Jetzt kommt etwas Neues“. Ob das jetzt gut oder schlecht war und wie viele Leute genau das so verstanden haben, darüber lässt sich streiten. Aber es wurde eine solche Nachricht ausgesandt.

Die zweite Frage. Ja, viele der Streitkräfte waren extrem anti-Taliban. Was die Flucht von Ghani jetzt für eine Rolle gespielt hat: Ehrlich gesagt, ich glaube, die Flucht von Ghani wird überschätzt. Die Taliban waren rund um die Stadt. Ich meine, es war nur noch eine Frage der Zeit, bis sie übernehmen.

Zu den* Taliban, die dann irgendwie sagen: „Wir wollten ja gar nicht in die Stadt, wir wollten verhandeln“: Also, wenn sie mit der ganzen Streitmacht um die Stadt stehen und sagen: „Wir wollen verhandeln, wir wollen ja gar keine militärische Übernahme“, dann, meine ich, ist das ein Scherz. Das kann man nicht ernst nehmen. Von dem her: Wenn er geblieben wäre, hätte es vielleicht irgend so eine geordnetere Übergabe gegeben. Aber diese Idee, dass, wenn er geblieben wäre, man das Ruder hätte rumreißen können!

Ich war am 12. August aus Nurestan zurück auf dem Weg gen Kabul, habe die Nacht in Kunar verbracht, weil ich gedacht habe: „Das fällt nicht gerade“, kam am 13. August* an. Am 14. August habe ich Zabiullah Mudschahid, dem Sprecher der Taliban, eine WhatsApp-Nachricht geschickt und gesagt: Schaut, ihr seid ja bald hier. Muss ich was machen, dass ich keine Probleme kriege? Ich will nicht an irgendwelchen Kontrollpunkten festhängen, weil ich ein Ausländer bin. - Von dem her: Ja. Also, spätestens am 13., 14. war klar: Es ist vorbei.

Und dann die Flucht von Ghani: In Details; aber im größeren Bild, glaube ich, hat das in dem Sinne keine Rolle mehr gespielt. Die Republik war am Ende. - Ich hoffe, damit ist die Frage beantwortet.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Ich eröffne dann die nächste Fragerunde. Meine Frage geht an Herrn Dr. Kaim. Ich möchte Ihnen eine Frage stellen, die in der ersten Runde und auch bei den Einsätzen zum Schluss eine Rolle



Nur zur dienstlichen Verwendung

gespielt hat, nämlich: Hat die Bundesregierung die Lage in Afghanistan falsch eingeschätzt, oder hat man sich die Lage schöneredet, weil man auch aufs falsche Pferd gesetzt hat? Es gibt ja auch eine Kritik daran, dass die Zentralregierung unterstützt worden ist, dass es Wahlfälschung gegeben hat, dass es viel Korruption gegeben hat und dass die Taliban ja vielleicht doch auch von einem erheblichen Teil der Bevölkerung willkommen geheißen worden sind. Wenn Sie auf der Basis dessen, was Sie wissen, urteilen würden, was wäre Ihre Antwort?

Sachverständiger Dr. Markus Kaim: Ich glaube, das wird eine zentrale Frage für Sie in den nächsten Wochen und Monaten sein, wenn ich das Mandat des Untersuchungsausschusses richtig verstanden habe: Wer wusste was wann?

Ich würde ein bisschen differenzieren wollen. Ich glaube, es wäre vermessen, zu sagen: Wir wussten alle, dass am 15. August Kabul fallen würde. - Das wäre schierer Unfug. Wir wussten, dass ab dem Februar/März die Taliban erstarken würden und Distrikt über Distrikt übernehmen würden. Zu behaupten, das wussten wir, dass das so schnell gehen würde, oder das konnten wir antizipieren, ich glaube, das wäre auch vermessen.

Ich glaube, was vielleicht eine kritische Rückschau verdient, ist, dass wir bestimmte Indikatoren übersehen haben und bestimmte Eckpunkte oder bestimmte Entwicklungstendenzen übersehen haben. Ich versuche, das an ein paar Beispielen zu verdeutlichen. Ich beziehe mich vor allen Dingen auf zwei Quellen, die ich auch in den Fußnoten angegeben habe, die ich für eine kritische Bestandsaufnahme sehr gut finde: Das sind einmal die Quartalsberichte des UN-Generalsekretärs an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen: alle drei Monate eine, wie ich finde, sehr nüchterne Einschätzung der Sicherheitslage. Und das Zweite, was ich empfehlen würde, sind die Berichte des sogenannten SIGAR, des Special Investigator, der vom Kongress eingesetzten Aufsichtsinstitution, der alle Aufbauaktivitäten der USA in Afghanistan sogar bis heute überwacht.

Wenn man diese Berichte liest, dann sieht man, dass die auch nicht prognostizieren konnten, was

passieren würde. Aber es ist sehr frühzeitig deutlich und auch explizit aufgeführt worden, dass zum Beispiel die Zahl von 280 000 Mann Sicherheitskräfte wahrscheinlich nie gestimmt hat. Er geht davon aus: Es waren höchstens 150 000. Das wussten die USA; das ist im Kongress offenes Material gewesen. Wenn dem so gewesen ist, drängt sich die Frage auf: War das eine Prämisse deutschen Handelns und, wenn nein, warum nicht? Ich glaube, das ist so ein Indikator, den man nennen könnte. Oder ich denke an das tatsächliche Ausmaß der Korruption oder an die Tatsache - die habe ich angesprochen -, dass die afghanischen Streitkräfte so auf die amerikanische Luftunterstützung angewiesen waren. Das ist auch kein Geheimwissen. Wenn man dann hinzufügt: „Die Amerikaner ziehen ab, sie haben den Abzugsbeschluss gefasst“, dann liegt nahe, zu vermuten, dass das Implikationen für die Streitkräfte haben würde. Das ist also auch keine Raketenwissenschaft, sondern eigentlich relativ offen.

Damit stoßen wir zu der sehr unbequemen Frage vor, die ja auch in anderen Kontexten jetzt gerade für die deutsche Politik zu stellen ist: Wie konnten wir das nicht sehen, oder warum haben wir das nicht gesehen? Das ist letztlich eine politische Frage. Ich würde zwei Theorien anbieten; ich war ja nicht dabei.

Das Erste. Ich glaube, Afghanistan musste einfach zum Erfolg geführt werden. Das war politisch gesetzt. Und das würde ich keiner bestimmten Partei zum Vorwurf machen, sondern das war einfach ein gesetztes Ziel der letzten 20 Jahre des Einsatzes. Eine Niederlage in Afghanistan, etwas weniger als das Höchstmaß, konnte nicht zugelassen werden, und dementsprechend hat man sich damit arrangiert, dass die Zahl 282 000 immer genannt worden ist und vielleicht doch nie gestimmt hat.

Das Zweite, was, glaube ich, auch nicht originell ist, aber seit mehreren Hundert Jahren, wenn man sich mit Verwaltung beschäftigt, immer wieder auftaucht, ist, dass diejenigen befördert werden, die sagen: Es läuft gut. - Und diejenigen, die nicht befördert werden, die sagen: Es läuft nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

gut. - Ohne dass ich in die Exekutive hineinschauen kann - aber das ist ja an vielen Beispielen tausendfach untersucht worden -, kann ich sagen, dass das, glaube ich, auch ein Mechanismus ist, dass es das Wissen, auch das kritische Wissen über die Zustände, die uns vielleicht nicht so gefallen haben, durchaus gegeben hat. Aber das hat den Weg nach oben aufgrund des gesetzten politischen Ziels, des Erfolges, nicht gefunden.

Das sind nur Mutmaßungen. Die sind, wie ich finde, halbwegs plausibel. Aber ich kann sie natürlich hier nicht beweisen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie helfen uns ja möglicherweise dabei, Fragen zu stellen. Vielen Dank. - Herr Kollege Erndl.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - Es muss sowieso nicht gegen eine Partei gerichtet sein; denn Kanzleramt und Auswärtiges Amt sind ja immer unterschiedlich besetzt gewesen.

Meine Fragen richten sich an Herrn Marty. Sie haben vorhin gesagt: In manchen Bereichen hat die afghanische Armee durchaus heftigen Widerstand geleistet. - Was war sozusagen der Unterschied zwischen diesen Distrikten und anderen? War da irgendwie die lokale Bevölkerung auch anders eingestellt, oder welchen Unterschied kann man da festhalten, warum das so war?

Und dann ein zweiter Themenkomplex: Evakuierung afghanischer Ortskräfte. Sie haben auch mal in einem Interview ausgeführt, dass man wahrscheinlich früher mit der hätte beginnen sollen. Meine Fragen: Wie war denn die tatsächliche Gefährdungslage der Ortskräfte da in diesen Monaten, Sommer 2021? Und wie würden Sie die Gefährdung der Ortskräfte beurteilen, die jetzt noch in Afghanistan sind und da auf die Ausreise warten?

Sachverständiger Franz Marty: Danke. - Die erste Frage kann ich, ehrlich gesagt, nicht wirklich beantworten, weil es unterschiedlich ist und so viele Faktoren da reinspielen. Logisch könnte man sagen: „Wo die Taliban zum Beispiel historisch oder traditionell mehr verwurzelt waren“;

aber nehmen Sie Badachschan: Badachschan war die einzige Provinz, von der die Taliban nie einen Quadratmeter kontrolliert hatten während des ersten Emirats. Und im Juli fallen plötzlich alle Distrikte außer zwei inklusive des Wachans, wo noch nie ein Taliban war. Die fahren da - es gibt ein Video davon - mit zwei Toyota Corollas vor, und dann ist Ende Gelände.

Ein anderer Distrikt, nahe der tadschikischen Grenze, wurde von der afghanischen Polizei verlassen. Lokale haben dann irgendwie das Distriktsbüro quasi bewacht, bis die Taliban gekommen sind, und das hat acht Stunden gedauert; denn die mussten über den Berg laufen. Dort kann ich wirklich nicht erklären, warum. Also, es gibt extrem viele Faktoren und in jeder Ecke unterschiedliche, und das wäre extrem schwierig zu analysieren. Ich wüsste niemanden, der das könnte.

Wegen der Ortskräfte: Das* Überraschendste an der Machtübernahme durch die Taliban war: In den Wochen vor der Machtübernahme war es extrem blutig. Sie können da auch die Organisationen*, die ich in der Stellungnahme erwähnt habe, hernehmen. Die hatten noch nie so hohe Opferzahlen in den letzten zehn Jahren wie insbesondere im Juni, Juli 2021. Aber nachher, als im August die Taliban die Stadt übernommen hatten, gab es wenig Gewaltakte. Ja, es gibt beispielsweise diese „New York Times“-Untersuchung, etwa 500 Racheötungen oder so. Aber wenn Sie sich überlegen: Bei all den Tausenden Soldaten sind nur 500 nachgewiesene Tötungen überraschend wenig.

Bei den Ortskräften weiß ich nicht, ob es Statistiken gibt. Was ich sicher sagen kann, ist: Ich habe in Afghanistan seit der Machtübernahme der Taliban kein Anzeichen dafür gesehen, dass Ortskräfte spezifisch im ganzen Land in einer groß angelegten Operation verfolgt werden. Ich habe das nicht mal für afghanische Streitkräfte gesehen.

Ich habe mal jemandem gesagt: Wenn die Taliban jetzt anfangen würden, Racheakte systematisch durchzuführen, wären wahrscheinlich zuoberst das NDS, die Geheimpolizei, dann die Special



Nur zur dienstlichen Verwendung

Forces, verschiedene Einheiten, und die Ortskräfte kämen wahrscheinlich erst ziemlich spät. Also, wenn die Taliban sich irgendwie an jemandem rächen wollen, haben sie extrem viele Leute, die sie wahrscheinlich mehr hassen als die Ortskräfte.

Dass gewissen etwas zugestoßen ist, kann ich nicht ausschließen. Und ich habe selber das Erlebnis gehabt - also, es war keine Ortskraft, aber ein afghanischer Polizeibeamter -, dass ich gefragt wurde: Soll ich gehen, oder soll ich bleiben? Was meinen Sie? - Und, ja, wenn Sie dann einem Mann sagen müssen: „Schau, ich glaube, zu 95 Prozent bist du sicher, aber zu 5 Prozent klopft jemand an deiner Tür, zerrt dich raus und erschießt dich“, wie machen Sie das dann? - Ich hoffe, damit ist die Frage beantwortet.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann kommt Frau Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch mal zwei Fragen an Herrn Kaim, und zwar einmal: Wie haben sich die Taliban bewaffnet? Insbesondere: Wie sind sie über die letzten anderthalb Jahre vor dem Fall Kabuls sozusagen weiter an Munition gekommen? Und welche Rolle haben Schlachtfeldplünderungen in den letzten Wochen gespielt? Es wurde ja manchmal von so einer Lawine gesprochen. Könnten Sie dazu noch was sagen? Und der Kollege hat noch eine Frage an Frau Gailani.

Robin Wagner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Im Doha-Abkommen gab es ja auch Zusagen der Taliban und Vereinbarungen zu bestimmten Menschenrechten und solchen Dingen oder auch der Transition der Regierung. Die Frage ist: Wie haben Sie das eingeschätzt: Gab es ein Interesse der Taliban, das überhaupt einzuhalten, und gab es auch eine militärische Notwendigkeit oder irgendwas, was die Taliban aufgrund Ihrer Stärke, so wie Sie es damals wahrgenommen haben, motiviert hätte, die Zusagen einzuhalten, die sie gemacht haben?

Sachverständiger Dr. Markus Kaim: Ich weiß nicht, ob ich zur ersten Frage substantiell was sa-

gen kann; deshalb will ich mich da lieber kurzfassen. Es gibt eine Menge Berichte - aber die bleiben doch sehr im Vagen, sind unbestätigt - zur Bewaffnung der Taliban. Da wird auf die üblichen Quellen verwiesen - oder was heißt „die üblichen Quellen“? -, die Quellen, die wir auch mit den Unterstützungen der Taliban in Verbindung bringen. Das ist vor allen Dingen Pakistan. Das sind vor allen Dingen zum Teil Dinge aus russischen Beständen, die verloren gegangen oder verkauft worden sind. Aber da sind die Konturen so unscharf, dass ich mir da kein richtiges Urteil zutraue.

Und der zweite Verweis - da steckt in der Frage ja schon fast die Antwort -: dass in gewaltigem Umfang amerikanisches Kriegsmaterial, westliches Kriegsmaterial erbeutet worden ist und nutzbar gemacht worden ist. Die Voraussetzung dafür war der Seitenwechsel von westlich ausgebildeten afghanischen Soldaten, die das Material dann auch bedienen konnten; das ist, glaube ich, unstrittig. Ich glaube, wir gehen, wie ich finde, richtig in der Annahme, dass das auch einen substanziellen Beitrag beim militärischen Fortschritt der Taliban geleistet hat. Es fällt mir schwer, das zu quantifizieren, also zu sagen, ob das jetzt 10 Prozent ausgemacht hat, 20 Prozent, 30 Prozent; aber vielleicht geht es auch gar nicht darum, sondern es hat, glaube ich, einen substanziellen Beitrag geliefert, wobei die Frage im Raum stünde: Sind die letzten Wochen eigentlich eher ein Kennzeichen des Erstarken der Taliban oder einer substanziellen Erosion der Sicherheitskräfte auf republikanischer Seite? Es ist natürlich ein Wirkungszusammenhang, der leuchtet mir ein, oder der ist evident. Aber die Frage steht im Raum: Wie viel Bewaffnung war eigentlich noch nötig, um den tönernen Koloss zum Einsturz zu bringen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Gailani.

Sachverständige Fatima Gailani: It is very important to remember this: that each time Taliban spoke to us and when they made promises, they said - whether to us or to the international community -, they always insisted that it has come from the top, from their leaders. And these promises regarding women, regarding human rights, most of these things were made very eloquently



Nur zur dienstlichen Verwendung

at the first time when I heard it, which was at the meeting of special representatives. The second time it was repeated in Geneva, exactly the same, and the third time it was repeated by their spokesperson in Kabul after the fall. It was all repeated. I have very little doubt that it would have been fulfilled if we had had a handover. That's why I disagree with you that the president fleeing the country was not that important. I think it is extremely important because the institutions dissolved. If it was a handover, yes, the president wouldn't have been there. Probably the republic in the shape of that constitution wouldn't have been intact, but those promises would have been signed in Doha. Dr Abdullah Abdullah, President Ghani and other politicians would have come to Doha. That would have been with a signature. Now it is a word in the ear. At that time it would have been words on a paper and signed. That's why I think that we gave them an excuse not to fulfil those promises. But a promise of a Muslim is a promise of a Muslim. So they should fulfil it.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Thank you very much. - Herr Keuter.

Stefan Keuter (AfD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Professor Zerbin, kennen Sie das Buch „Am Ende der Straße. Afghanistan zwischen Hoffnung und Scheitern“ von dem „Zeit“-Redakteur Wolfgang Bauer?

Sachverständiger Prof. Dr. Daniel Zerbin: Ja. Ich habe es nicht gelesen, aber ich habe davon gehört.

Stefan Keuter (AfD): Okay, prima. Darin ist davon die Rede, dass der Afghanistan-Einsatz eine Fortsetzung des Kolonialismus mit militärischen Mitteln wäre. Wie stehen Sie zu dieser Aussage?

Und dann noch eine zweite Frage: Sind Sie der Meinung, dass wir, wir Deutschen, die moralische Pflicht hatten oder jetzt haben, afghanische Ortskräfte aufzunehmen und aus Afghanistan oder Pakistan zu evakuieren?

Sachverständiger Prof. Dr. Daniel Zerbin: Danke für die Frage. - Also, die erste Frage ging ja über

den Kolonialismus, ob es so ein Kolonialismus mit weicheren Methoden ist. Ich glaube, dass dieser Vergleich hinkt. Wenn man das mal vergleicht mit zum Beispiel Lateinamerika, wo ja die westlichen Staaten in der Vergangenheit engagiert waren: Da ging es in erster Linie darum, Ressourcen aus dem Land herauszuziehen, Gold beispielsweise, oder auch in anderen Ländern Sklaven, um sie dorthin zu verfrachten, damit sie dort arbeiten. Und in zweiter Linie ging es erst um die Verbreitung der Kultur und der Religion, in Lateinamerika de facto dann des Christentums.

Das war hier nicht der Fall, sondern wir haben ja Ressourcen reingesteckt - wir haben es ja auch gehört -: teilweise Millionen und Milliarden. Darum ging es also nicht. Der Fehler war sicherlich, dass man geglaubt hat, dass man dorthin das westliche Denken halt exportieren kann. Das war aber in letzter Konsequenz eine Utopie.

So, jetzt muss ich noch mal gucken. Die zweite Frage?

Stefan Keuter (AfD): Die zweite Frage war zur moralischen Verpflichtung -

Sachverständiger Prof. Dr. Daniel Zerbin: Ach so. Ja, ja.

Stefan Keuter (AfD): - zur Aufnahme von Ortskräften.

Sachverständiger Prof. Dr. Daniel Zerbin: Vielen Dank. - Ich habe heute auch noch was gelernt, muss ich sagen, nämlich von den Kollegen, wie es da weiterging mit den Ortskräften. Das wusste ich nicht. Ich habe letztes Jahr in einem Interview gesagt, dass es schwierig ist, aber dass ich nicht glaube, dass die Ortskräfte signifikant gefährdet sind, also 95/5 Prozent.

Dann ist natürlich die moralische Frage gewesen: Wie geht man damit um, mit diesen Ortskräften? Ich habe die ja durch eigenes Erleben kennengelernt. Ich fand es eigentlich ungerecht, muss ich sagen, weil die Ortskräfte relativ gut bezahlt worden sind. Sie haben also von unserem Einsatz profitiert und dürfen dann noch als Bonus hier



Nur zur dienstlichen Verwendung

herkommen und bekommen dann ja auch irgendwann mal die deutsche Staatsbürgerschaft. Mir taten die Leute leid, die da unten geblieben sind, die davon nicht profitiert haben, sondern die gar nichts hatten, die bitterarm waren und weiter bitterarm sind und dann jetzt in einem Staat leben müssen, wo jegliches Vergnügen verboten ist. - Ich hoffe, ich habe jetzt Ihre Fragen beantwortet.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank. - Ich habe noch ein bisschen Zeit. Ich würde von dem Herrn Marty gerne wissen, wie Sie diese Evakuierungsmission aus Afghanistan speziell nach Deutschland beurteilen, auch im Hinblick auf einen Braindrain, der ja dann einsetzt.

Sachverständiger Franz Marty: Die Evakuierung war chaotisch, aber das war auf den Flughafen beschränkt. Außerhalb, in der Stadt, war es ruhig. Aber es ist, salopp gesagt, in Afghanistan auch jetzt so: Wer kann, geht oder will gehen. Und ja, natürlich, besser ausgebildete Leute haben bessere Chancen, es irgendwie zu schaffen. Das ist ein Riesenproblem. In den zwei Wochen nach der Talibanmachtübernahme war es so chaotisch, da war es mehr oder weniger wie eine Lotterie: Sie gehen zum Flughafen, und vielleicht schaffen Sie es in ein Flugzeug, vielleicht nicht. - Ich hoffe, damit ist die Frage beantwortet.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann kommt jetzt der Kollege Müller.

Alexander Müller (FDP): Ja. - Vorab bedanke ich mich jetzt schon für die vielen Informationen heute Abend, weil das unsere letzte Frage sein wird. Das habe ich dem Vorsitzenden schon signalisiert. Wir haben sehr viel von Ihnen heute Abend erfahren. Dafür jetzt schon danke.

Unsere letzte Frage bezieht sich noch mal auf das Bundeswehrmandat, und zwar im Untersuchungszeitraum, also 2020, 2021. Das sind ja die Jahre, die wir hier untersuchen. Da hatten wir das Afghanistan-Mandat. Die Frage richtet sich wieder an Dr. Kaim aus der wissenschaftlichen Perspektive und an General Domröse aus der militärischen Perspektive. Wir hatten damals den

Auftrag, die Ausbildung afghanischer Soldaten vorzunehmen, und wir haben von General Domröse eindrucklich gehört, wie begrenzt erfolgreich wir dort unten agieren konnten, und haben im Lauf des Abends auch erfahren, wie viele afghanische Soldaten dann aus der ANA zu den Taliban gewechselt sind usw. Mit dem Wissen von heute - sorry, dass es wieder eine Was-wäre-wenn-Frage ist -: Wenn Sie damals Mitglied des Deutschen Bundestages gewesen wären und hätten über dieses Mandat abstimmen müssen, wie hätten Sie sich verhalten? Und begründen Sie es, bitte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Eine schöne Schlussfrage. - Herr Domröse.

Sachverständiger Hans-Lothar Domröse: Ich hätte dem hier zugestimmt. Ich hatte ja Protest eingelegt. Ich war ja noch in der Uniform und konnte das äußern. Ich sagte: Eine Trainingsmission ausschließlich in der Kaserne ist nicht gut. Es erfüllt den Auftrag nicht, den ich habe. Wenn ich ausbilden soll, dann brauche ich das ganze Ausbildungspaket und nicht nur ein halbes. Deswegen hätte ich, wäre ich Bundestagsabgeordneter gewesen, mich selbst aufgerufen und hätte gesagt: Genau! Dem stimme ich zu.

Also, wenn ausbilden, dann komplett, oder eingeschränkt, und dann kann man auch gleich den Abzug einleiten. Aber ich bin ja kein Bundestagsabgeordneter. - Danke.

Sachverständiger Dr. Markus Kaim: Ich glaube, ich hätte mich nach langem Ringen zu einem Nein durchgerungen, weil ich glaube - und dafür muss ich kurz ausholen -, die überwältigende Ausrichtung der Ausbildung - und da meine ich jetzt nicht nur das deutsche Mandat, sondern die grundsätzliche Ausrichtung der afghanischen Armee, getrieben von den USA mithilfe der NATO - hat eben nicht zu dem Ziel geführt und hat keine Form angenommen, wo die Ausbildung einzelner Einheiten Früchte tragen konnte.

Also, ich mache es mal konkret: Letztlich sind die afghanischen Streitkräfte so konzipiert worden, dass sie die amerikanischen Streitkräfte spiegeln sollten: Fähigkeit zu verbundenem



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kampf. Die Annahme war, man wäre in der Lage, gleichzeitig alle Teilstreitkräfte auf ein Niveau zu heben, dass so was wie verbundener Kampf wirklich möglich ist. Das war aber eine Illusion. Dementsprechend, glaube ich, ist die Frage der Ausbildung zu kurz gegriffen, wenn man nicht die Frage beantwortet: Ist die grundsätzliche Ausrichtung richtig? Und die war, glaube ich, damals schon als unzureichend erkennbar, um es mal ganz vorsichtig zu formulieren, und dabei lasse ich Größen wie Korruption, Personalstärke und so erst mal außen vor.

Also, im Nachhinein würde ich sagen: Hätte es Indikatoren gegeben - ich verwende das Wort noch mal -, die mich sehr skeptisch hätten sein lassen, ob dieses Konzept einer deutschen Ausbildungsmission, eingebettet in Bemühungen, die vor allen Dingen von den USA determiniert werden, Früchte tragen konnte, hätte ich Nein gesagt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich glaube, da fehlt der Konjunktiv.

Alexander Müller (FDP): Kann ich, wenn ich noch 10 Sekunden habe, noch mal nachfragen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, klar. Das war perfekt.

Alexander Müller (FDP): Eine kurze Nachfrage an General Domröse: Mit dem Wissen, dass wir Abgeordneten an dem Mandatstext nichts ändern dürfen - wir kriegen den von der Bundesregierung vorgelegt und müssen dann Ja oder Nein sagen; denn Sie haben sich so ausgedrückt, als hätten Sie was ändern wollen -: Wenn Sie es vorgelegt bekämen und müssten Ja oder Nein sagen, hätten Sie dann auch Ja gesagt?

Sachverständiger Hans-Lothar Domröse: Nein.

Alexander Müller (FDP): Das habe ich mir gedacht. - Danke.

Sachverständiger Hans-Lothar Domröse: Aber ich habe ja vorher Einfluss genommen. Und wie ich das gelernt habe: Advice is advice. Der wird gehört und wird genommen oder nicht. Und da habe ich die Hacken zusammengenommen. Es

ging nicht gegen die Menschenwürde, war nicht menschenverachtend. Also habe ich gesagt: Das kann man so machen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Aber, Herr Kollege Müller, Sie gestatten mir den Hinweis für die Öffentlichkeit, dass das zwar faktisch so ist, wie Sie es beschrieben haben, aber keineswegs sozusagen den Rechten des Deutschen Bundestages entspricht. Also, es bleiben natürlich Parlamentsbeschlüsse, und in den Parlamentsbeschlüssen sind die Abgeordneten frei. Aber Sie haben natürlich in der Beschreibung der Realität trotzdem recht.

Alexander Müller (FDP): Aber, Herr Vorsitzender, bei Bundestagsmandaten ist es so: Da haben wir kein Änderungsrecht, ne? Also, die Bundesregierung legt uns das vor, und wir als Parlament können uns auf den Kopf stellen, aber wir können da kein Komma ändern, keinen Nebensatz ändern, sondern Ja oder Nein sagen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist aber sozusagen Gewohnheitsrecht.

(Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Nein! Das ist im Parlamentsbeteiligungsgesetz so festgelegt!)

... (akustisch unverständlich) was man ändern könnte, was das Parlament ändern könnte. Egal. Wir müssen nicht streiten, weil unser Parlament handelt sozusagen wie ein Parlament, und theoretisch wären Sie in der Lage, auch das Gesetz zu ändern. Wir tun das nicht. Insofern war das schon richtig.

(Thomas Erndl (CDU/CSU):
Also, in der vorherigen Regierung haben die Fraktionen da ziemlich mitverhandelt bei dem Text!)

- Gut, das kommt dann noch erschwerend hinzu. - Insofern haben Sie Teile der Realität beschrieben, und wir haben der Öffentlichkeit demonstriert, wie Einigkeit im Parlament aussehen kann.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Heiterkeit)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich noch die Kollegen von SPD und CDU aufrufe, will ich nur sagen, damit Sie sich darauf einrichten: Wir haben uns darauf verständigt, dass mit dieser Fragerunde dann die Fragen enden und wir dann in umgekehrter alphabetischer Reihenfolge die Sachverständigen noch mal bitten, ein Schlussstatement von vier Minuten abzugeben mit dem, was Sie für wichtig halten, eine Schlusszusammenfassung, die Sie gerne vornehmen wollen.

Das Wort hat jetzt der Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Nachdem wir jetzt in der letzten Fragerunde auch sehr viele hypothetische und theoretische Fragen diskutiert haben, würde mich, Frau Jalil, noch mal die Situation von vielen Einzelschicksalen interessieren. Der Sachverständige Marty hat angegeben, dass es im Moment noch relativ einfach sei, Afghanistan zu verlassen. Teilen Sie diese Einschätzung? Denn auch an mich treten viele afghanische Menschen heran, die sich in Afghanistan bedroht fühlen und sich sehr schwer damit tun, das Land wirklich zu verlassen. Wie sehen Sie die Situation im Moment?

Sachverständiger Franz Marty: Also, da bin ich missverstanden worden. Ich habe nicht gesagt: Das ist einfach. Ich habe gesagt: „Wer kann, der geht“, nicht, dass es einfach ist. Entschuldigung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Mit der Korrektur nehmen Sie jetzt trotzdem mal die Frage und machen was damit. Bitte schön.

Sachverständige Fatima Gailani: Me?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Yes, please.

Sachverständige Fatima Gailani: That people can leave? I mean, I see people leaving and for me it is really, if someone wants to leave, they can leave. But if we think that in Afghanistan, no one is left to do something, I think we are wrong. I was pleasantly surprised. I met with a huge group of professional women and they are highly

educated in their professions. They're professionals and they wanted to carry on. All we need to do is to make the situation easy for them. And most importantly, aside from those who are outside the country: We should not lose the sight of people who are still in the country and what they want. Putting them in danger and talk about our illusions and our wish list is different from what is, namely: The majority of people are still in the country. Majority of women are still in the country. We have to talk on their behalf and do the talking regarding their wishes, not our own wishes.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: I think there was a misunderstanding. The question was directed to Washington D. C.

Sachverständige Fatima Gailani: Ah, okay.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: You have time to answer it anyway. That's the way to enlarge the contingent of the social democrats. - Please.

Sachverständige Hosna Jalil: Me?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: It's your turn, yes.

Sachverständige Hosna Jalil: Can I have the question again, please?

Jörg Nürnberger (SPD): I can repeat the question.

Sachverständige Hosna Jalil: That part of the question, yeah.

Jörg Nürnberger (SPD): The question would be: Is it easy at the moment to leave the country as I thought Mr Marty indicated? Which was not the case. He didn't indicate that. But can you report on the situation for the people who want to leave Afghanistan, if they are able to do so and whether it's an easy undertaking or whether it's difficult?

Sachverständige Hosna Jalil: If you ask two Afghans, they cannot give you one single image of how it looks like to leave Afghanistan. There are so many different stories on different parts in Afghanistan, but concerning the story which



Nur zur dienstlichen Verwendung

keeps coming to me and the colleagues, particularly the women who served together with me in the Afghan security and defense sector - and they are under imminent threat -, I would say: No, it's deadly hectic to leave the country. There is no way out for them, no countries issuing visas for them. And particularly that is because we in the Afghan security and defense sectors, we have 62% single moms serving among women. So it's even more hectic for the women in this sector and even in the Afghan government because they have to leave without a man and they are being stopped, even if they would be able to get a visa. And if they would leave the country illegally, again, they have to deal with the Taliban on the border first. They need to make sure that they are not identified because they are going to be taken prisoner if they happen to be on their list. Second, the countries are not issuing visas for them, and even if they would like to leave the country illegally, they are going to be stopped because they don't have a man.

And that's, I would say, a challenge that a specific group is having. But in general, if we talk with the people who are in Afghanistan, and I'm in touch with them on a daily basis, if I would ask them, they would tell me there is no way out. So even for those, yes, I agree with one thing: that Mr Marty mentioned that for those who are educated, it's a little bit easier compared to those who are not educated to get out of the country because they have contacts outside the country, they have served with non-Afghans, who are out of the country and who are more or less a source of support for them, but otherwise in general I know it's way too difficult for them to get out unless they would have an external support to help them get out of the country or have the immigrant visas arranged for them. Otherwise, the story coming to me is very different. I would say Afghanistan is a closed border for everyone inside Afghanistan.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Thank you very much. - Dann geht die letzte Frage an den Kollegen Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Meine Frage richtet sich, um Verwechslungen zu vermeiden,

an Frau Gailani und Frau Jalil. Uns bewegt ja auch die Frage: Wie ernsthaft war eigentlich die Zusage der Taliban im Doha-Abkommen, Friedensgespräche aufzunehmen und zu Ende zu führen? Sie haben beide in dieser Zeit Verantwortung getragen, indem Sie entweder direkt beteiligt oder in der Regierung waren. Können Sie uns schildern, was Ihr Eindruck war: Hatten die Taliban ein ernsthaftes Interesse an der Verhandlung, an dem Abschluss eines Friedensabkommens? - Das ist meine erste Frage.

Die zweite Frage richtet sich noch mal an Frau Gailani. Sie haben in Ihrem Statement vorhin hervorgehoben, dass Deutschland eine besondere Rolle gespielt hat. In diesem Zusammenhang die Frage: Meinen Sie, dass Deutschland Einfluss nehmen können auf den Gang dieser Friedensverhandlungen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Maybe we start in Washington, this time the other way around. - Please.

Sachverständige Hosna Jalil: Thank you, sir. So because I haven't been part of or directly involved in the peace negotiations, I've been looking at everything from a government lens and from the lens of my own colleagues in the Security and Defense Forces. So I would say my impression, as much as Ms Gailani mentioned, that they have been enthusiastic going there with a lot of hopes, a lot of wishes to talk with the Taliban and to finally bring an end to this war. I could also see that we have been on the other extreme; we haven't had a positive impression. There have been justified reasons behind that.

The first one was: The prerequisite for the intra-Afghan dialogue was a ceasefire, and the Taliban constantly rejected the proposal for a ceasefire. On our end, we have been enthusiastic about the ceasefire, but they choose to fight and talk. And that's why we never believed in their talk; we believed in their fight.

The second thing is: It was not because we had a military lens, or we have been, I would say, enthusiastic to fight in the battlefields. Yes. We also have been tired of fighting.



Nur zur dienstlichen Verwendung

But the second reason was because the Taliban have been talking with no progress in Doha with our Afghan negotiators, literally no progress. If they would have taken a step ahead, they would then have had three steps back. But then, if you would have looked at their military advances inside the country and how intensified the battles have been getting on a day to day basis, then yes, those have been the foundations why we didn't believe that Taliban really mean to talk to us. They want to fight because, I mean, looking at it logically, they have been the counterpart for the US, they negotiated with the US, they convinced the US to withdraw from the country and there was not much room left actually for the Afghans to talk about. So the Taliban already had the upper hand. And if looking from the Taliban's lens, they just needed to buy time - that's how I would assess it. They needed to buy time and to get closer to the withdrawal. They didn't mean to negotiate with our negotiators. So I am a little bit negative on my side because I have a specific lens. Thank you.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Thank you. - Ms Gailani.

Sachverständige Fatima Gailani: It is very difficult to know if they were sincere or not because we were fantastic in giving them excuses. Starting with, as I said earlier, the lack of having a mediator. If they accepted a mediator - Taliban accepted the mediator when they were talking with Americans - why wouldn't they accept a mediator when they were talking to us? We came with the idea of not having a mediator. They loved it. Excuse number one.

Excuse number two was that we were going round and round and they loved it. And if they were looking for an excuse, then they found it. I was one of the negotiators from the Republic side. Every week I asked our chief negotiator that. Talking with Taliban and being only a few times in contact group directly talking to Taliban, I understood what they want, I understood what their boundary is. For God's sake, what is our boundary? When we have come to a negotiation, where are our red lines? What is there that we can and what is there that we can't compromise

upon? Well, today, I don't know. They were going round and round. So if they were not sincere, we gave them a good excuse to stay this way. Whether this is good for even Taliban, namely that without a political settlement, they got out - I think it is even worse for them because now they got the cup, but it was empty and they have to deal with it.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Thank you very much.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): And the role of the Germans? Die Rolle der Deutschen wollte ich noch mal wissen.

Sachverständige Hosna Jalil: Am I allowed to add something here?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Go ahead.

Sachverständige Hosna Jalil: I would say, even if we would have given - this is something that I would partially disagree with Ms Gailani on - them the institutions, did they mean to keep those institutions? Because those institutions have been built, established and aligned with the constitution, with all the legal frameworks, and their mandate was defined according to those legal frameworks.

Second, have there been any Afghans who served in the previous administration who are ready to work for them because they go after each and every single individual? Have the soldiers that they keep going after to take revenge been ready to work for them anymore? Because the Taliban already had that mentality. They had the mentality to go after them. It's not that they kept the institutions. I'm not sure the Taliban, even if we would have handed over everything the way it was during the Republic time, would have kept it or would have been willing to continue.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Thank you very much.

Sachverständige Fatima Gailani: Well, it is disputable, my presumption is disputable, so is that



Nur zur dienstlichen Verwendung

they would or they wouldn't have. But they had the excuse. And they got what they did.

The role of Germany - they were really, really trying very hard to make us understand, especially the Berghof team. They were making us understand that, one, we have to come to a space that we have in common. Secondly, separately, for both sides, they were saying that we have to find the places where we can compromise. So that's why I was mentally ready for it - that when they came with the offer of constitution 1964, I believe that the constitution of 2004 is a much better constitution. But to leave a country without a constitution, it would have been better to take the constitution of 1964, even if the Republic side could keep the 25%. That would have been much better than the zero that we have today. The rest is disputable. What if that happened at that time? We don't know. We don't know. But the thing is that we were supposed to be the responsible side. We were supposed to do the right thing and not do the selfish thing, which we didn't.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Thank you very much. And as you can see: Even Germans can compromise on the rules. - Ich bedanke mich sehr herzlich für die Fragen und bei den Sachverständigen.

Wir kommen jetzt zu den abschließenden Stellungnahmen in umgekehrter Reihenfolge. Sie haben die Gelegenheit, Ihnen wichtige Punkte, zu denen Sie nicht gefragt worden sind oder die sich für Sie am Ende ergeben, noch mal zusammenzufassen. Wenn Sie sich auf vier Minuten beschränken könnten, wäre ich dankbar. - Wir beginnen in umgekehrter Reihenfolge bei Herrn Professor Dr. Zerbin. Bitte schön.

Sachverständiger Prof. Dr. Daniel Zerbin: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Es ist eine völlig ungewohnte Rolle für mich, als Erstes anzufangen, wenn man Zerbin heißt. Ich möchte drei Punkte nennen und beim dritten noch mal in die Zukunft gucken.

Der zeitliche Rahmen als Auflage des Ausschusses für die Gutachter, sich mit dem Thema zu beschäftigen, war sehr schmal, nämlich der Zeitpunkt ab dem Doha-Abkommen. Ich glaube, das war zu kurz gefasst. Das Doha-Abkommen war der Startpunkt des Endes, aber nicht die Ursache. Es gab eine Reihe von Ursachen, warum es gescheitert ist - wir haben viele genannt -: Korruption, der fehlende soziale Kitt, der nichtvorhandene Patriotismus, das Stammesdenken, die Anlehnung an die Warlords. Und wahrscheinlich war es eine Utopie, zu glauben, dass man Afghanistan befrieden kann, allein schon von der Topographie her: Pamir-Gebirge, Hindukusch, Berge bis 7 000 Meter hoch. Es ist schon sehr schwierig, das militärisch zu kontrollieren. Und viele vor uns sind ja schon gescheitert: die Briten und auch die Sowjetunion.

Zum dritten Punkt. Wie geht es denn jetzt weiter? Was ist denn, wenn man jetzt mal in die Zukunft schaut? Was sind denn Lessons learned, wie man beim Militär sagt? Also, sicherlich sollte man gucken, in welche Einsätze man in Zukunft reingeht. Das war ja der zweite, ich sage mal, Kampfeinsatz der Bundeswehr. Der erste war der Kosovo-Einsatz, wo erstmals deutsche Soldaten andere Menschen getötet haben. Da muss man sicherlich gucken, in welchen Einsatz man geht und wie man auch rauskommt, also dass das schon vorher klar ist, dass ich mir so ein Exit-Szenario überlege und auch eine Intention habe, was ich da genau erreichen will. Es gab diese starke Anlehnung an die USA, wie ich schon gesagt habe, aufgrund des 11. September. Ich will dazu nicht zu viel sagen; aber die USA haben da eine sehr selbstbewusste Rolle gespielt, auch im Auftreten, was sicherlich nicht immer förderlich war.

Was wir für die Zukunft meiner Meinung nach auch noch brauchen, sind Empathiefähigkeit und Realitätssinn. Ich habe vorhin zu der Unterscheidung Islamismus/Islam ausgeführt, dieses Packen in eine Bad Bank, zu sagen: „Die Taliban sind schlecht; mit denen reden wir nicht“, das ist zu einfach in Anbetracht der Wirklichkeit. In Wirklichkeit geht es um Egoismen. Menschen haben Egoismen, Gruppen haben Egoismen, Völker ha-



Nur zur dienstlichen Verwendung

ben Egoismen, und auch Kulturen und Religionen haben Egoismen. Das gehört halt zur Wirklichkeit. Da müssen wir uns ehrlich machen.

Über eine Sache haben wir noch gar nicht geredet - die will ich auch nur kurz erwähnen -: Das ist die Opiumproduktion. In den letzten 20 Jahren ist die Opiumproduktion signifikant angestiegen, sind Hunderte und Tausende Menschen in westlichen Ländern mit diesem Rauschgift vergiftet worden, und wir haben dabei zugeguckt.

Zur Wahrheit gehört weiter: Wir haben eine große afghanische Diaspora, die stark mit Kriminalität belastet ist, insbesondere, ich sage mal, bei Gewaltkriminalität oder auch Gruppenvergewaltigung. Das möchte ich jetzt einfach nur mal so im Raum stehen lassen.

Dann komme ich langsam zum Ende. Wir hatten über Moral gesprochen, oder ich bin noch mal in Bezug auf Moral gefragt worden. Da habe ich gesagt, dass ich da keine moralische Verpflichtung für uns sehe, die Ortskräfte jetzt aufzunehmen.

Eine Sache habe ich mir gerade noch kurz vorher aufgeschrieben: Also, wir Deutschen hatten da eine große Chance. Wir Deutschen waren sehr beliebt; die mochten uns, aus geschichtlichen Gründen natürlich. Und ich würde mir wünschen, dass wir die Ressourcen, die wir nutzen können, so einsetzen, dass wir Kinder und Frauen fördern und versuchen, bottom-up diesem Land was Gutes zu tun. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank an Ihre Adresse. - Das Wort hat Herr Marty.

Sachverständiger Franz Marty: Danke. - Ich werde es kurz machen. Ich glaube, das Wichtigste ist wirklich, dass man sich für jede Frage die Fakten ansieht. Wenn die Frage kommt: „Waren die Taliban ehrlich oder nicht?“, dann lesen Sie Taliban-Propaganda - das ist alles online -, oder lesen Sie das volle Transkript der Rede von Mullah Fazl vom März 2020, die nicht hätte publiziert werden sollen, die aber dann irgendwie rauskam. Ich meine, am besten würden Sie die Taliban direkt fragen; aber ich nehme an, das ist für Sie ein bisschen schwierig.

Wenn es um den Kampfeswillen geht, schauen Sie sich an: Wo wurde gekämpft, bis zu welchem Datum, wie lange? Denn Zusammenfassungen zu machen jetzt von mir als Sachverständigem oder von wem auch immer, ist immer extrem schwierig. Ich weiß, dass es sehr mühsam ist, wenn man in die kleinen Details und die faktischen Ereignisse gehen muss; aber ich denke, das ist der einzige Weg. - Damit schließe ich und bedanke mich.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich danke Ihnen für die Kürze, und die Ermahnung an die Parlamentarier ist, glaube ich, angekommen, Herr Kollege. - Herr Dr. Kaim.

Sachverständiger Dr. Markus Kaim: Ich bin jetzt versucht, noch mal so einen einzelnen Punkt herauszuzerren, den ich noch nicht gemacht habe; aber das scheint mir zum Abschluss nicht passend zu sein. Von daher würde ich gerne einen überwölbenden Punkt machen und auf eine Dimension des Einsatzes hinweisen, die wir verdeckt angesprochen haben; aber es scheint mir schon relevant zu sein, sie noch mal ans Licht zu holen.

Es hat sich in Afghanistan immer um einen multilateralen Einsatz gehandelt, und ich finde, das darf man nicht vergessen. Die multilaterale Dimension der Sicherheitspolitik hat uns nach Afghanistan hineingeführt, und die multilaterale Dimension hat uns - und das führt uns dann zu Doha - wieder hinausgeführt. Vielleicht sagt uns das ja was. Ich will jetzt nicht so weit gehen, dass vielleicht ein Grundproblem der 20 Jahre gewesen ist, dass spiegelbildlich dazu - -

Oder ich fange einfach anders an: Multilateralismus haben wir alle mit der Muttermilch aufgesogen, und das ist ein Eckpfeiler deutscher Sicherheitspolitik. Aber er hat ja auch was Verführerisches: sich hinter anderen zu verstecken, anderen zu folgen. Und vielleicht ist das ein Problem: dass wir zu wenig Rechenschaft darüber abgelegt haben, was denn Erfolgskriterien für Afghanistan sind.

An diesem Punkt will ich das nicht weiter vertiefen, weil das dann in den Bereich der Enquete-



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kommission übergleitet, was daraus zu lernen ist. Aber das hier, glaube ich, hat insofern auch diese Dimension; denn wenn man keine klaren Kriterien hat, was die Erfolge sind, dann kann man keine Misserfolge messen. Und das ist ja das, worüber wir heute Abend gesprochen haben: weshalb bestimmte Dinge nicht gesehen worden sind. Ich glaube, das hat auch damit zu tun, und vielleicht ist das auch ein bisschen eine Antwort auf Ihre Frage, Herr Dr. Stegner. - Danke sehr.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich danke Ihnen. - Ms Jalil, would you please give us your closing statement?

Sachverständige Hosna Jalil: Thank you, sir. So I would conclude my remarks with a couple of points.

First, the process itself, not the agreement, the process of the Doha talks between the US and the Taliban is considered flawed, but that's from an Afghan perspective. From a US perspective, it offered the US the stage to leave Afghanistan or withdraw its troops. And that was very much aligned with its top priorities in its national security strategy. How rushed that was or how unexpected the collapse was, that was a different case.

Coming to the Afghan armed forces, Afghan National Defense and Security Forces, looking at the history of it post-2001: sometimes when I reflect on the history or the proponents of the Afghan National Defense Security Forces, I would consider the establishment of the armed forces in Afghanistan as an auxiliary force to the US forces or a local force for the US forces in the earlier years. And later I would say that had a mandate as national defense and security forces. But I can again say that parts or specific factions within the Afghan National Defense and Security Forces have been more under the command of the US forces and less under the command of the Afghan forces. And that includes units of the National Directorate of Security. With the level of dependency that the Afghan National Defense Security Forces had I would argue that the sustainability or the affordability of the forces has been a question for the Afghan government.

Again, with all the imperfections, including the politicised forces we had on the ground, leaning on different political groups and, again, on the US forces itself, the dependency they had at that point in time, they have been able to push back the Taliban. And that's why I would say it was not a military surrender, it was a political failure of the Afghan political leadership. And the surrender was a negotiated surrender.

Ghani's ambition to champion a cleaning out the warlords backfired in two ways. First, he was caught up in a multi-front battle. He was fighting the warlords, but at the same time the Taliban. And when he needed the anti-Taliban warlords with the establishment of the state high council later in May 2021, it was too late for him to build that trust. And Taliban had already advanced both militarily and politically. They had won the ground.

And last I would say, Ghani's presence as a commander-in-chief in the country was important. His fleeing or escaping the country can never be justified. He was a commander-in-chief, and he should have been the last soldier leaving the battlefield. But I would argue it wouldn't have made any difference because he could not fight from Kabul. If he was supposed to fight, he should have fought in the provinces. He had already lost everything. And most of his commanders had already surrendered. Thank you.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Thank you very much. - Please, Ms Gailani.

Sachverständige Fatima Gailani: We have a very similar start. I also agree that the collapse was not a military failure. It was definitely a political failure, a political failure because everyone puts, as it was mentioned, their tribal, linguistic, religious importance before their importance for Afghanistan, and then the importance of corruption and the greed became even worse. And it was the last problem. The corruption was a worm which started eating the pillars of the Republic for a long time. But then the result was shown that very day.



Nur zur dienstlichen Verwendung

One important thing that I want to mention is that Islam will always be very important for Afghanistan. It's impossible to see Afghanistan any other way for a long time, not at least for the lifetime of the young people who are there, let alone my lifetime. Even the communist constitution cannot say that it is a secular constitution. We had to have an Islamic constitution, but it doesn't mean that we cannot have a fair constitution. I had the honor to be a commissioner in the last constitution we had. And I played a very important role for the rules and regulations for women. I challenge every Muslim in the world, including Taliban, to show me one article which is against Islam in this constitution, a constitution which is not a secular constitution, which is an Islamic constitution. Men, women, gender, linguistic problems, all were solved.

It was not the constitution which had a fault. It was the implementation of the constitution which brought problems to us. We have to remember that we, the negotiators, didn't expect President Ghani to stay to fight. Our expectation was for President Ghani to stay in order that a transition may take place. To sign this paper, say goodbye gracefully, instead of fleeing, and then let the interim period come. And that was what we wanted from him. I didn't want him to sit there and go and take up arms. I actually wouldn't expect that from him. But he should have done the right thing because he was the chief of the Army - I mean, whatever he's called, the head of the government, of the army. You don't have one function, you have many. And one is to make a country safe, even if you put yourself in danger or make yourself irrelevant. He had to do this.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr General Domröse, Sie sind der Letzte im Bunde.

Sachverständiger Hans-Lothar Domröse: Vielen Dank, dass mir diese Ehre zuteilwird. Ganz herzlichen Dank für die Einladung. - Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich habe über anderthalb Jahre in Afghanistan gelebt. Das ist nichts im Vergleich zu Ihnen, Herr Marty, und anderen. Aber ich bin stolz darauf, dass wir das gemacht haben. Wir haben dem

Land 20 Jahre Chancen eingeräumt, Hoffnungen auf eine faire Entwicklung gegeben, die, wie wir heute ja wissen, dann politisch gescheitert ist, weil wir unsere Mission nicht ganz erfüllt haben. Wir haben daraus gelernt und haben es auch im Laufe der Zeit schon gewusst, dass man an dieses riesige Land mit seiner wunderbaren eigenen Kultur nicht die gleichen Maßstäbe anlegen kann wie an eine moderne westliche Demokratie. Unser Spiegel war also ausgangsmäßig falsch.

Das Beispiel „Mohn- und Drogenanbau“ steht in meinem Report. Man konnte sich auch einen Checkpoint mieten; das steht auch in meinem Report. Und schließlich „Benzin und Öl“; das war das gängige Schmiermittel, im wahrsten Sinne des Wortes. Also: Korruption war natürlich die Krebskrankheit Afghanistans, auch anderer Länder. Bestechlichkeit bis in hohe und höchste Ämter führte zu einem Reputationsverlust der Staatsorgane und letztlich zum Zusammenbruch der demokratischen Lebensweise - in Führungsstrichen -, die dem Land fremd war.

Der internationalen Gemeinschaft ist es auch in 20 Jahren leider nicht gelungen, ein stabiles Gemeinwesen zu etablieren, in dem das Recht über allem steht. Der Traum von einem zentral, fair und anständig regierten Afghanistan entpuppte sich als Albtraum. Ein kulturell völlig anders gewachsenes Land, das auf Stammeszugehörigkeit und dezentralen Strukturen und Gebräuche aufgebaut ist, sollte man nicht umerziehen wollen und zum Spiegelbild unserer Kultur machen.

Also: „Local ownership“ ist wesentlich. Ich habe aber auch miterlebt, dass die afghanische Regierung sehr zögerlich an Partizipation herangegangen ist, was die Taliban angeht. Wir hatten ja mal die Vorstellung, dass man das so ein bisschen wie in Irland macht, dass es Beteiligungen gibt. Dahin gehend hat auch das Doha-Abkommen allen unseren Aufbauvorstellungen widersprochen und gegen all unsere Absprachen verstoßen, dass man das gemeinsam macht und immer gesagt wird: Die Afghanen müssen selbst zum Frieden kommen, und wir schützen den Rahmen und gehen dann in eine Übergangsphase. - Das ist leider zerstoßen worden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich will aber auch sagen: Aus meiner Sicht heraus war schon ein Gefühl der Fatigue, der Kriegsmüdigkeit, da. Deutschland und auch andere wollten gehen. Insofern waren wir auch zufrieden mit dem Biden-Entschluss, zu gehen - aber nicht ganz so schnell. Perspektivisch war der Satz von Peter Struck, dem Verteidigungsminister zu jener Zeit - wir hatten ja viele -, „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“ damals richtig - 9/11, Artikel 5; völlig in Ordnung, völlig d'accord. Wir haben auch viel daraus gemacht; aber das Ende haben wir eben leider nicht gut hingekriegt. Das ist sehr bedauerlich. Und es geht jetzt natürlich darum, der Bevölkerung noch da zu helfen, wo wir helfen können. - Ich bedanke mich, dass Sie mich eingeladen haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herzlichen Dank an Herrn Domröse.

Wir sind am Ende dieses zweiten Panels. Ich will Ihnen gerne noch sagen, dass Ihnen das Stenografische Protokoll übersandt wird und Sie dann zwei Wochen Zeit haben, es zu korrigieren oder zu ergänzen.

Ich will mich vor allen Dingen aber ganz herzlich bei Ihnen allen dafür bedanken, dass Sie uns mit Ihrer Expertise, mit Ihrem Engagement, mit Ihren Haltungen zur Verfügung gestanden haben. Auch zu Ihnen nach Washington vielen herzlichen Dank, dass Sie zugeschaltet gewesen sind und Ihre Einsichten mit uns geteilt haben. Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind darauf angewiesen, auch solche Expertisen zu hören, und wir werden versuchen, mit den Fragen, die Sie uns mitgegeben haben, gut umzugehen.

In der Demokratie - das will ich gerne sagen - gehört es zu den vornehmsten Aufgaben des Parlaments, Fehlentwicklungen kritisch zu hinterfragen, auszuforschen und dann auch zu korrigieren, wenn das möglich ist. Insofern hoffe ich, dass wir am Ende was daraus gelernt haben.

Ich will mich bei Ihnen allen für die Sitzung bedanken und dafür entschuldigen, dass es heute so viel Hin und Her mit den Unterbrechungen gegeben hat. Es war für uns auch ein bisschen

schwierig, muss ich Ihnen ehrlich sagen, so eine Nachricht in die Sitzung zu bekommen. Dafür bitte ich auch um Verständnis.

Ich möchte die Sitzung mit dem Hinweis schließen, dass die nächste Sitzung, eine nichtöffentliche Beratungssitzung, am Donnerstag, den 29. September, um 11.30 Uhr, stattfindet, und anschließend wird dann um 12 Uhr die Beweiserhebung mit der Fortsetzung der Vernehmung von Zeugen folgen. - Vielen herzlichen Dank.

Ich schließe die Sitzung.

(Beifall)

(Schluss: 22.12 Uhr)

Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des
Zeugen Herrn Conrad Schetter

S. 21: Spalte1/ Spalte 2: „Sie können sich vorstellen, dass in der Friedens- und Konfliktforschung das Doha-Abkommen von vornherein als das einzige weltweit gesehen wurde, das hätte erfolgreich sein können.“

-> Satz bitte streichen.

S.22: Spalte: 1: „Die kritischere, dramatischere war, dass das gesamte Land wieder in Kriegsfürstentümer zerfällt, wie es in den Jahren 1992 bis 1996 denkbar war.“

-> „denkbar“ ersetzen durch „der Fall“

S.22: Spalte 1: „Der erste ist, dass Ashraf Ghani sich immer gegen die Einsetzung einer Übergangsregierung wehrte, dass er sich natürlich als der gewählte Präsident des Landes verstand

-> „... als der natürlich gewählte Präsident...“

S. 32: Spalte 1: „Ein anderer war - und der hat an sich die gesamten 20 Jahre der Intervention überschattet und damit in gewisser Weise auch Wiedererkennungseffekte der Zeit des kommunistischen Regimes 1978 bis 1986 ..“

- > „1986“ ersetzen durch „1988“

Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des
Zeugen Herrn Franz Marty

1. Franz J. Marty

10 October 2022 at 14:06:51

Erklärung zum Verständnis, die NICHT schriftlich übernommen werden muss:

Der Teilsatz "Aber auch das bis im Sommer 2021," is ein Satz den ich begonnen, dann aber nicht abgeschlossen habe. Ich wollte sagen, dass intensivierte Kampfhandlungen der Taliban bis im Sommer 2021 nicht bedeuteten, dass die Republik in Gefahr schwebt zu fallen. Dann habe ich mich auf halben Wege jedoch dazu entschieden, den genannten Bericht zu erwähnen.

Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
der 20. Wahlperiode

Ausschussdrucksache
20(27)143

26.10.2022

Korrekturen Franz J. Marty

Stenografisches Protokoll - Vorabfassung - der 5. Sitzung [vom 22. September 2022] - vorläufige Fassung*

Seite 71

Der erste ist der, dass ich eine gewisse Tendenz sehe, dass im Nachhinein, ~~jetzt da zu dem, was~~ alles passiert ist, ~~gesagt wird und ich~~ ich Leute sagen höre: Ja, man hat das schon früh erkennen können.

(...) was die Amerikaner „~~B~~Bastion“ oder „~~L~~Leatherneck“ genannt haben

1 Und die Taliban haben Kampfhandlungen entgegen ihren Behauptungen intensiviert, ~~a~~Aber auch das bis im Sommer ~~2020/2021~~... — ~~d~~Das können Sie online nachlesen, ~~E~~ein Bericht, der von mir Anfang Juli publiziert worden ist, hat gesagt: Ja, es ist kritisch; aber die Regierung wird nicht sofort auseinanderbrechen.

Von dem her ~~war auch~~basierte viel Hoffnung, dass dieser Doha-Prozess irgendwie erfolgreich sein könnte, ~~Es basierte viel~~ auf Hoffnungen von westlichen Politikern, dass es ~~dann~~, wenn es mit Kämpfen nicht geht, mit dem Doha-Deal gehen muss, obwohl eigentlich wenig Anzeichen dafür bestanden, dass das der Fall ist.

Seite 72

Es fängt schon mit Schwierigkeiten an, dass ~~Kontrollen~~ von Taliban und Regierung mit verschiedenen Ellen gemessen wurde.

Das sehen wir nur nicht, weil es damals - ich war im Land - kaum möglich war, sich mit Taliban zu treffen, geschweige denn irgendwie einen ~~Embed~~ [englischer Begriff, der den Aufenthalt eines Journalisten innerhalb von militärischen Einheiten bezeichnet] ~~Anband~~ (?) mit ihren Streitkräften zu machen.

Seite 82

Es war Anfang Juli, als praktisch ganz Badakhshan fiel, außer Faizabad und ~~Keron~~ Wa Mandschon [beides Distrikte in Badakhshan] ~~Kherano-manschon~~ (?). ~~Djuhem~~ (?) Dschurm [Distrikt] war schon immer irgendwie zum Großteil Taliban. Das ~~Istrik~~ (?) ~~Z~~Distriktszentrum wurde belagert. Einer der NDS-Mitarbeiter, also der Geheimpolizei, war ein Bekannter von mir. Ich habe ihn angerufen. Er hat gesagt: Ja, die Taliban stehen vor dem Tor; aber wir kämpfen weiter, wir schießen zurück. Das wird nicht fallen. - Eine Stunde später erhalte ich die Nachricht, ~~Dschurm~~ ~~Djuhem~~ (?) ist gefallen.

Seite 83

Nein, ich glaube, das war von Anfang an klar. Sie sehen es an anderen Beispielen im Text [des Doha-Abkommens]. Der Kollege Mujib Mashal hat für die „New York Times“ geschrieben, dass die Taliban sehr darauf insistiert haben, dass das Wort „Terrorismus“ oder „Terrorist“ nicht im Text vorkommt [siehe «U.S. Peace Talks With Taliban Trip Over a Big Question: What Is Terrorism?», The New York Times, 7. März 2019, <https://www.nytimes.com/2019/03/07/world/asia/taliban-peace-talks-afghanistan.html>].

Seite 90

Die ~~Zu den~~ Taliban, die dann irgendwie sagen: „Wir wollten ja gar nicht in die Stadt, wir wollten verhandeln“... Also, wenn sie mit der ganzen Streitmacht um die Stadt stehen und sagen: „Wir wollen verhandeln, wir wollen ja gar keine militärische Übernahme“, dann, meine ich, ist das ein Scherz.

Ich war am 12. August aus Nuriestan zurück auf dem Weg gen Kabul, habe die Nacht in Kunar verbracht, weil ich gedacht habe: „Das fällt nicht gerade“, kam am 13. August [in Kabul] an.

Seite 92

Und im Juli fallen plötzlich alle Distrikte außer zwei, inklusive des Wachans, wo noch nie ein Taliban war.

Wegen der Ortskräfte: Etwas vom ~~Das~~ Überraschendsten an der Machtübernahme durch die Taliban war... In den Wochen vor der Machtübernahme war es extrem blutig. Sie können da auch die Organisationen, die ich in der Stellungnahme erwähnt habe [International NGO Safety Organisation (INSO)], heranziehen, die haben die Zahlen.